

**BETRACHTUNGEN ÜBER DIE
AKTIVE TIERSCHUTZARBEIT
DES PRAKTISCHEN TIERARZTES**

Gunhild Muntau

1977



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Aus der Medizinischen Tierklinik
Lehrstuhl für Innere Krankheiten des Pferdes und der
Fleischfresser und für Gerichtliche Tiermedizin
des Fachbereichs Tiermedizin der Universität München

Komm. Vorstand Prof. Dr. G. Dirksen
Arbeit angefertigt unter der Leitung von Prof. Dr. H. Kraft

BETRACHTUNGEN
ÜBER DIE AKTIVE TIERSCHUTZARBEIT
DES PRAKTISCHEN TIERARZTES

INAUGURAL - DISSERTATION
zur Erlangung der tiermedizinischen Doktorwürde
des Fachbereichs Tiermedizin der
Ludwig - Maximilians - Universität München

von
Gunhild Muntau
aus
Celle

München 1977

Gedruckt mit Genehmigung des Fachbereichs
Tiermedizin der Universität
München

Dekan : Prof. Dr. B. Vollmerhaus
Referent : Prof. Dr. H. Kraft
Korreferent: Prof. Dr. Dr. H.H. Sambraus

Tag der Promotion: 25. Februar 1977



Den Tieren gewidmet,
denen es auferlegt wurde,
die Erde mit den Menschen zu teilen.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1 EINLEITUNG	1
2 LITERATUR	2
2.1. Tierschutz	2
2.2. Tierhaltung	10
2.2.1. Umgang und Fütterung - Pferd	11
2.2.2. Umgang und Fütterung - Hund	17
2.2.3. Gesundheitsfürsorge - Pferd, Hund, Katze	25
2.2.4. Heilbehandlung	32
2.2.5. Laienbehandlung	33
2.3. Tierhandel	34
2.4. Töten von Tieren	38
3 EIGENE UNTERSUCHUNGEN	46
3.1. Tierhaltung	47
3.1.1. Umgang mit Tieren	47
3.1.2. Fütterung	61
3.1.3. Gesundheitsfürsorge	67
3.1.4. Heilbehandlung	73
3.1.5. Laienbehandlung	88
3.2. Tierhandel	95
3.3. Entledigung und Töten von Tieren	98
3.3.1. von kranken, alten, bösartigen Tieren	106
3.3.2. von Jungtieren	115
3.4. Verschiedenes	116
4 DISKUSSION	123
4.1. Tierhaltung	123
4.2. Tierhandel	138
4.3. Töten von Tieren	141
4.4. Der Tierarzt als Tierschützer	145
5 ZUSAMMENFASSUNG	154
6 SUMMARY	156
7 LITERATURVERZEICHNIS	158

" Es ist ja bedauerlich, daß viele Menschen immer noch nicht wissen, daß Tierschutz eine Frage des Wissens von den Tieren ist ".

(Trumler 94)

1 EINLEITUNG

In den Augen vieler "Tierschützer" besteht zwischen Tierschutz und Tiermedizin ein Kontrast. Der Tierarzt, von berufswegen dazu verpflichtet, sich mit Tieren zu beschäftigen, handelt nach Meinung mancher "Tierschützer" bisweilen roh und gefühllos. Der Tierarzt dagegen empfindet oft die "Tierschützer" als Menschen, die den Tierschutz zu sehr gefühlsmäßig betreiben und damit den wahren Erfordernissen nicht immer Genüge leisten. Dies Mißverständnis zwischen "Tierschützer" und Tierarzt mag darauf beruhen, daß der Tierschützer i.d.R. emotionell, der Tierarzt aber auf Grund seiner wissenschaftlichen Kenntnisse handelt. Was also auf den "Tierschützer" bisweilen roh und gefühllos wirkt, ist vom tierärztlichen Standpunkt aus notwendig und verstößt keineswegs gegen den Grundsatz des Tierschutzgesetzes (TSchG §1). Gerade der Tierarzt ist, als einziger Berufsstand, auf Grund seiner Ausbildung verpflichtet und befähigt, Tiere zu schützen, das Leben der Tiere zu erhalten, solange es nach tierschützerischen Maßstäben überhaupt möglich ist (Kraft 55). Im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen ist er der erstrangige, d.h. fachlich disponierte Tierschützer und auf Grund des § 1 der Bundestierärztleordnung vom 17. Mai 1965 dazu berufen, "... Leiden und Krankheiten der Tiere zu verhüten, zu lindern und zu heilen ...".

Die Ursache dieser Leiden und Krankheiten liegt oft im Verhalten der Tierbesitzer selbst begründet, die, sei es aus Unkenntnis oder aus Unfähigkeit auf Grund ihrer geistigen und sozialen Struktur, dem ihnen anvertrauten Tier Schmerzen, Leiden und Schäden zufügen, also tierschutzwidrig handeln.

Diese Tierschutzprobleme, mit denen sich der Tierarzt täglich in seiner Praxis auseinanderzusetzen hat, sollen im Folgenden an Beispielen besprochen werden.

2 LITERATUR

2.1. Tierschutz

Unter Tierschutz ist die Gesamtheit der Bestrebungen zu verstehen, die auf rücksichtsvolle Behandlung und ordnungsgemäße Haltung, Pflege und Unterbringung der Tiere zur Vermeidung von Tierquälerei abzielen (Der Neue Brockhaus). Der Tierschutz wird durch das Tierschutzgesetz gesetzlich geregelt und durch die Tierschutzvereine gefördert (Der Neue Herder). Die Mitglieder dieser Vereine sind nach den Worten von Weichert (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tierschutz e.V.) die einzigen zuständigen Tierschützer: "... Genau betrachtet sind zu einer Aussage über den Tierschutz eigentlich nur wir zuständig, der Tierschutz und zum Teil die Tiermedizin, weil wir die Interessen der Tiere objektiv vertreten. Wir sind in gar keiner Weise Nutznießer der Tiere ...".

Über das Gebiet des Tierschutzes ist schon viel diskutiert worden. Aus dieser Vielfalt sollen ein Tierarzt und ein Verhaltensforscher zitiert werden, die sich ebenfalls zum Thema Tierschutz äußerten. "... Die Grundlage des Tierschutzes ist zwar ein Gefühl, nämlich das des Mitleids, dieses Gefühl darf aber nicht zur Emotion ausarten. Es muß vielmehr in rationalen Überlegungen, in sachlichen und wissenschaftlichen Erkenntnissen fundiert sein und darf nicht etwa lediglich sentimental oder gar leidenschaftlichen Motiven ausgeliefert werden ..." (Blendinger). Und von Trumler (94) stammen die Worte: "... Um Tiere zu schützen, muß man eine ausreichende Kenntnis von der Natur der jeweiligen Tierarten haben. Nur wer diese Kenntnis hat, ist berechtigt, seine Person in den Dienst der Sache zu stellen. Wer diese Kenntnisse nicht hat, soll seine Finger davon lassen, denn er kann unter Umständen mehr Schaden als Nutzen anrichten ...". Stolting u. Zoebe bezeichnen den Tierschutz sogar als "... Gradmesser für die Kultur eines Volkes ...".

Um den Wert des gültigen TSchG zu erkennen, sei ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung der Beziehung Mensch - Tier gegeben.

Im Alten Testament finden sich bereits Hinweise über das Verhalten des Menschen zum Tier. In den Sprüchen Salomons heißt

es u.a.: "... Der Gerechte erbarmt sich seines Viehs; aber das Herz des Gottlosen ist unbarmherzig ..." oder bei Mose findet man folgende Verse: "... Wenn du deines Feindes Ochsen oder Esel begegnest, daß er irret, so sollst du ihm denselben wieder zuführen. Wenn du den Esel des, der dich hasset, siehest unter seiner Last liegen, hüte dich und laß ihn nicht, sondern versäume gern das Deine um seinetwillen ..." (Die Bibel).

Im klassischen Altertum wurde schließlich das Tier von den Römern im Gesetz dem allgemeinen Sachbegriff unterstellt; dagegen findet sich bei den Griechen keinerlei Andeutung, daß das Tier als Sache angesehen wurde. Es wird sogar in Überlieferungen erwähnt, daß man den Tragtieren, die Marmorblöcke zum Bau des Parthenon auf die Akropolis trugen, eine Gnadenpension gewährte, wenn sie ausgedient hatten.

Weit mehr als das Römische Recht haben die Thesen und Theorien der Philosophen des 17. Jahrhunderts das Verhältnis Mensch - Tier negativ beeinflußt. Descartes degradierte die Tiere zu Automaten und Reflexmaschinen, Kant zählte sie ebenfalls zu den Sachen und Spinoza vertrat die Meinung, der Mensch dürfe mit dem Tier völlig nach seinem Belieben verfahren. So ist es nicht verwunderlich, daß im Deutschen BGB, was auf dem Römischen Recht basiert, das Tier unterschiedslos als Sache eingestuft wird, d.h. z.B., Pferd und Hund stehen auf gleicher Stufe mit Tisch und Stuhl (Eberle). Inzwischen hat sich aber mit dem ethischen Tierschutzrecht durchgesetzt, das Tier nicht nur als Sache sondern zugleich als Lebewesen zu werten. Wenn man auch im ursprünglichen Tierschutzgedanken davon ausging, den Menschen vor dem Anblick eines gequälten Tieres zu schützen, so brach sich schließlich doch der Gedanke des ethischen Tierschutzes Bahn, d.h. das Tier um seiner selbst willen zu schützen. Dieser Gedanke lag bereits dem Reichstierschutzgesetz von 1933 zu Grunde (Grünberger). Maurach hat den Gedanken des ethischen Tierschutzes wie folgt formuliert: "... Das Tierschutzgesetz hat den Schritt von der Sache zum Mitgeschöpf vollzogen und dem Tier absoluten Schutz vor Mißhandlung gewährt ...". Als das Gesetz von 1933 den Anforderungen unserer Zeit nicht mehr entsprach, wurde 1972 ein neues TSchG geschaffen, das nach Vit noch deutlicher auf

einem ethisch ausgerichteten und wissenschaftlich fundierten Tierschutz beruhen sollte.

Zum Gesetzentwurf zum neuen TSchG sagte Ertl (Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) in einer Sitzung des Deutschen Bundestages folgendes: "... Dieses Gesetz dient dem Schutz des Tieres vor Schmerzen, Leiden oder Schäden. Es enthält darüber hinaus gegenüber dem bisherigen Tierschutzgesetz eine um die Schutzbedürftigkeit des Lebens des Tieres erweiterte Zielsetzung. Der Gesetzentwurf sieht ferner vor, die Beurteilungsmaßstäbe hinsichtlich der Verpflichtung zum Schutz der Tiere weniger aus den Empfindungen des Menschen zu begründen und gefühlsbetont zu sehen, als sie zunehmend durch exakte und repräsentative wissenschaftliche Feststellungen über tierartgemäße und verhaltensgerechte Normen und Erfordernisse zu ersetzen ...". In diesem Entwurf "... wird den modernen Erkenntnissen der Verhaltensforschung bei Tieren in dem gebotenen Umfang Rechnung getragen ...".

Das TSchG vom 24. Juli 1972 trat schließlich am 1. Oktober 1972 in Kraft. "... Es hält an der Grundkonzeption eines ethisch ausgerichteten Tierschutzes fest ..." und "... ersetzt die bisher mehr gefühlsbetonten Beurteilungsmaßstäbe zunehmend durch exakte, repräsentative, wissenschaftliche Erkenntnisse über tierartgemäße und verhaltensgerechte Normen und Erfordernisse. So sind insbesondere die Vorschriften über Haltung, Pflege und Unterbringung von Tieren, der Handel mit Tieren, ihre Überwachung und die Versuche an Tieren neu gefaßt worden. Auch zur Regelung von Fragen der Tierhaltung auf begrenztem Raum in neuzeitlichen Haltungssystemen sowie des Transports sieht das Gesetz die notwendigen Ermächtigungen vor ..." (BMELF - Informationsdienst). Auch Ruppert stimmt insofern der Entwicklung des neuen TSchG bei, da nach seiner Ansicht Tierschutz "... auf Dauer nicht auf empirischer Basis und auf Grund menschlichen Ermessens ..." praktiziert werden kann. Dennoch bleibt es seiner Meinung nach zweifelhaft, ob es möglich sein wird, "... die Verhaltensmerkmale der Tiere soweit zu objektivieren, daß nicht doch noch Spielraum bleiben muß für individuelle Interpretation. Bei der Bestandsaufnahme und Analyse wissenschaftlich fundierter Fakten erfolgt die Abwägung im Sinne einer Diagnosestellung. Da diese Ent-

scheidung allein persönlichen Erwägungen überlassen bleibt, muß der Irrtum als mögliche Fehlerquelle einkalkuliert werden. Hier liegt die große menschliche Verantwortung. In Zweifelsfällen sollte stets zugunsten von Tieren entschieden werden. Die Tatsache des Vorhandenseins des neuen TSchG allein verbürgt noch nicht die befriedigende Lösung aller Probleme im Bereich der Beziehung Mensch - Tier ...". Nach Tegge obliegt die Anwendung des TSchG den Tierhaltern und - betreuern: "... Neben ihnen steht der kraft einschlägiger Aus- und Fortbildung sowie Erfahrung hier sachverständige Veterinärmediziner, der daher besonders berufen ist, an der Durchsetzung des mit diesem Gesetz aufgezeigten Rechts des Tieres auf Schutz vor vermeidbaren Schmerzen, Leiden oder Schäden gegebenenfalls mit der nach Landesrecht für die Durchführung des Gesetzes zuständigen Behörde und letztlich der Justiz mitzuwirken ...". Auch Ruppert weist darauf hin, daß dem Tierarzt eine besondere Qualifikation im TSchG zugesprochen wird: "... Die wissenschaftliche, tierschutzbezogene Grundlagenforschung muß vor allen Dingen über die veterinärmedizinische Forschung und Lehre getätigt und erweitert werden ...". Der Tierarzt "... wird an der Verbesserung und Ausfüllung des Rechtsrahmens des neuen Tierschutzgesetzes mitwirken. Gutachten, Grundsatzfragen werden über sachverständigen Kommissionen erstellt. ... Dabei geht es ... um alle Bereiche, in denen Mensch und Tier in mittelbare oder unmittelbare Beziehung treten, z.B. Heimtierhaltung, ... Tiertransporte, ... pferdesportliche Veranstaltungen, das gesamte Schlachtrecht u.a. ...". Ruppert weist darauf hin, daß zwar der beamtete Tierarzt im neuen TSchG in erster Linie als Sachverständiger benannt ist, was aber keinesfalls ausschließt, "... daß Tierärzte aller Fachgebiete mit Tierschutzproblemen befaßt sein können ...". Dabei hebt er besonders den praktizierenden Tierarzt hervor, der mit Fragen, wie z.B. vollständige oder teilweise Amputation von Körperteilen eines Wirbeltieres, konfrontiert wird und eine tierschutzgerechte Entscheidung treffen muß. Ferner ist er der Meinung, daß der Tierarzt von der Aufgabenstellung seines Berufes her, Tierschutz ganz allgemein in erster Linie unter ethischen Gesichtspunkten sehen wird. "... Diese Grundeinstellung dokumentiert sich in be-

sonderem Maße in der nebenberuflichen, ehrenamtlichen Mitarbeit einer sehr großen Zahl von Tierärzten aller Fachrichtungen in den auf karitativen Tierschutz ausgerichteten Tierschutzorganisationen, in vielen Fällen sogar in verantwortlicher Leitung dieser Verbände ...". Hammanns äußerte sich zur Aufgabe des Tierarztes im Hinblick auf das TSchG wie folgt: "... Mit diesem Gesetz wird den Tierärzten erneut große Verantwortung aufgebürdet. Ich bin sicher, daß sie diese annehmen und im Geiste des Gesetzes handeln ...". Lorz (60) sieht die Tätigkeit des Tierarztes in Verbindung mit dem TSchG, daß sich dieser in spezieller Weise zur Aufgabe gemacht hat, "... leidenden Tieren zu helfen und für sie zu sorgen ...". Er räumt der Veterinärmedizin eine hervorragende Stellung unter den Wissenschaften vom Tier ein. Dabei erinnert er in seiner Rede auch an den § 1 der Bundestierärzteordnung: " Der Tierarzt ist berufen, Leiden und Krankheiten der Tiere zu verhüten, zu lindern und zu heilen, ..." und an die Bestallungsordnung für Tierärzte, in der dieser Gedanke "... dahingehend entfaltet und vertieft ..." ist, "... daß Tierschutz zum Lehr- und Prüfungsfach erklärt wurde. Nach allem sind der Tierschutz, die Tierärzteschaft und die tiermedizinische Wissenschaft vom Gegenstand ihrer Bemühungen her eng miteinander verbunden ...". Mit ähnlichen Worten verweist Kraft (55) auf die Zuständigkeit der Veterinärmedizin in Sachen Tierschutz, d.h., der Tierarzt ist auf Grund seiner Berufsausbildung und -ethik in erster Linie für den Tierschutz kompetent. Schon in der amtlichen Begründung zum Reichstierschutzgesetz von 1933 wird als "... sachverständiger Helfer ..." in erster Linie der Tierarzt "... kraft seiner Vorbildung ..." berufen, da er "... die erforderliche praktische Erfahrung in Tierschutzfragen ..." besitze und in seinem Beruf ständig der Aufgabe lebt, "... die Leiden der Tiere zu lindern ..." (Giese - Kahler). Schließlich sei noch ein Referat von Schultze-Petzold (78) erwähnt, in dem er in Verbindung mit der Bundestierärzteordnung darauf hinweist, daß das TSchG vor allem die Veterinärmedizin "... und zwar in Praxis, Lehre, Forschung und Verwaltung ..." dazu auffordert, "... den notwendigen Beitrag zur Lösung der hier anstehenden Aufgaben zu leisten; denn vom Tierarzt wird in erster Linie Sachverständigkeit hinsichtlich der Lebensumstände sowie

berechtigten Lebensansprüche der Tiere erwartet. Sichere Kenntnisse der gesetzlichen Vorschriften sowie ihrer Ratio sind dazu ebenso unerlässlich wie ein Vertrautsein mit den Grundvorstellungen der Verhaltenslehre des Tieres. Dies erscheint deshalb von besonderer Bedeutung, weil der Tierarzt damit zugleich in die Lage versetzt wird, nachdrücklich und überzeugend auf die Vorstellungen der Bürger über Lebensumstände und Lebensansprüche der Tiere einzuwirken. Die Qualität tierschutzrechtlicher Regelungen eines Staates wird nun einmal weitgehend von diesen Vorstellungen mitbestimmt ...". Ferner hält er zur Lösung der Probleme eine Zusammenarbeit der Tiermedizin mit der Zoologie und Landwirtschaftswissenschaft für geboten.

Im Anschluß soll nun das TSchG von 1972 kurz besprochen werden. Das Gesetz besteht aus 23 Paragraphen die in 12 Abschnitte unterteilt sind. Der 1. Abschnitt, § 1, enthält den "Grundsatz" des Gesetzes, nämlich den Schutz des Lebens der Tiere schlechthin, "... wodurch gleichzeitig das Recht des Tieres auf Leben anerkannt wird ..." (Kraft 55), und daß niemand einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen darf. Der 2. Abschnitt, die §§ 2 und 3, betrifft die "Tierhaltung", "... ein Kernstück dieses Gesetzes ...". Der § 2 "... enthält neben anderen die grundlegende Vorstellung, daß jedermann, in dessen Obhut sich ein Tier, wenn auch nur vorübergehend befindet, gehalten ist, dem Tier unter Berücksichtigung seiner Entwicklungs-, Anpassungs- oder Domestikationsstufe angemessene, artgemäße Nahrung und Pflege angedeihen zu lassen ..." (Hammanns). In § 3 folgen Verbote. U.a. ist es verboten "... einem Tier außer in Notfällen Leistungen abzuverlangen, denen es wegen seines Zustandes offensichtlich nicht gewachsen ist oder die offensichtlich seine Kräfte übersteigen ...". Der 3. Abschnitt, § 4, "Töten von Tieren", schreibt eine schmerzlose Tötung durch eine dazu befähigte Person vor. Der Tötung muß, soweit es nicht andere Umstände verhindern oder unnötig machen, eine Betäubung vorausgehen. Der 4. Abschnitt, "Eingriffe an Tieren", umfaßt die §§ 5 und 6. Im § 5 Abs. 1 wird bei einem mit Schmerzen verbundenen Eingriff eine Betäu-

bung des Wirbeltieres verlangt, wobei diese bei einem warmblütigen Wirbeltier durch den Tierarzt vorzunehmen ist. Ausnahmen betreffen u.a. die Betäubung durch Betäubungspatronen. In den Absätzen 2 und 3 des § 5 folgt eine Aufzählung von Eingriffen, bei denen eine Betäubung nicht erforderlich ist, u.a. betrifft es die Kastration, Enthornung und Kürzen des Schwanzes bei bestimmten Tierarten bis zu einem festgelegten Alter, so auch das Kürzen der Rute von unter 2 Tage alten Welpen. § 6 behandelt das Amputationsverbot und dessen Ausnahmen; u.a. ist eine Amputation erlaubt, wenn der Eingriff nach tierärztlicher Indikation geboten erscheint. Ebenfalls dürfen Hundeohren, allerdings nur vor dem 3. Lebensmonat und unter Schmerzausschaltung, kupiert werden. Im letzten Satz des § 6 wird bestimmt, welchen Personen die Durchführung der in den §§ 5 und 6 aufgezählten Eingriffe erlaubt sind. Der 5. Abschnitt behandelt in den §§ 8 und 9 die "Tierversuche". Der 6. Abschnitt, § 10, beschäftigt sich mit den "Eingriffen zu Ausbildungszwecken". Der 7. Abschnitt, § 11, betrifft den "Tierhandel". Im 8. Abschnitt folgt mit § 12 das Verbringungs-, Verkehrs- und Haltungsverbot, der besagt, daß Wirbeltiere, denen Schäden durch tierschutzwidrige Handlungen vermutlich zugefügt wurden, nicht in den Geltungsbereich dieses Gesetzes gebracht werden dürfen. Der 9. Abschnitt betrifft in § 13 die Ermächtigung des Bundesministers zum Erlaß von Rechtsverordnungen, mit Zustimmung des Bundesrats, und in § 14 die mitwirkenden Zolldienststellen. Der 10. Abschnitt bestimmt in den §§ 15 und 16 die "Durchführung des Gesetzes". Absatz 2 des § 15 lautet: "Die zuständigen Behörden sollen im Rahmen der Durchführung dieses Gesetzes oder der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen den beamteten Tierarzt als Sachverständigen beteiligen". § 16 weist in Absatz 1 auf die Aufsichtspflicht der zuständigen Behörde bei bestimmten Tierhaltungen hin. Der 11. Abschnitt befaßt sich in den §§ 17, 18, 19 und 20 mit den Straf- und Bußgeldvorschriften. § 17 enthält 2 Hauptstraftatbestände: 1. Die Tötung eines Wirbeltieres ohne vernünftigen Grund und 2a die Zufügung von Schmerzen oder Leiden aus Rohheit oder 2b länger anhaltende oder sich wiederholende erhebliche Schmerzen oder Leiden. In § 18 folgen die Ordnungswidrigkeiten. § 19 erlaubt die Einziehung des Tieres, wenn eine Straftat nach

§ 17 oder eine Ordnungswidrigkeit nach § 18 vorliegt. § 20 befaßt sich mit dem Verbot der Haltung von Tieren über einen bestimmten Zeitraum und mit der Aufhebung des Verbotes. Der 12. Abschnitt, die §§ 21, 22, 23, beinhaltet die "Übergangs- und Schlußvorschriften".

Bezüglich Strafvorschriften ist zu sagen, daß besonders die Vorschriften der §§ 1 und 2 bei Unerheblichkeit nicht mit Strafe belegt werden müssen. Dies kann nicht dazu führen, daß sie nicht zu beachten sind. Vielmehr will der Gesetzgeber nur gravierende Verstöße gegen das TSchG als Unrecht darstellen und seine Zwangsmittel zur Verhinderung dieses Unrechts einsetzen (Ennulat u. Zoebe). Obwohl das Tier in der rechtsformalen Ordnung als Sache gilt, weist Hammanns darauf hin, daß damit die Pflicht des Menschen keineswegs eingeschränkt ist, "... das Tier als Mitlebewesen, das seiner Obhut und Verantwortung anheimgegeben ist, vor Schmerzen und Leiden zu bewahren, sofern diese nicht nach Maßgabe der verbindlichen Sittenordnung unserer Gesellschaft, d.h. aus vernünftigem, berechtigtem und unvermeidbarem Grund dem Tier zugeordnet werden können ...". Unter diese Gründe fällt z.B. die Tötung von Tieren zur Ernährung des Menschen (Kraft 55). Wie jedes Gesetz, so wurde auch das neue TSchG von 1972 von der Öffentlichkeit nicht kritiklos entgegengenommen. Dies beruht auf der Problematik, die entsteht, "... wenn man ethische Normen durch Gesetze und Strafbestimmungen durchsetzen will. Gesetze können nicht den Charakter des einzelnen Menschen verändern, aber sie können, wie es hier geschieht, für bestimmte Gebiete den erlaubten Handlungsrahmen abstecken, über den es einen Konsens innerhalb der Gesellschaft gibt. Das bedeutet gleichzeitig aber auch, daß Erziehung, Aufklärung und Information auf dem Gebiete des Tierschutzes durch dieses Gesetz nicht ersetzt werden können, sondern weiterhin eine wichtige Aufgabe bleiben ..." (Löffler). Löffler ist auch der Meinung, daß man das TSchG "... nicht mit buchhalterischer Pedanterie anwenden und interpretieren ..." kann, sondern daß vielmehr "... Zielsetzung und Geist dieses Gesetzes die starren Normen, ohne die es auch in einem solchen Gesetz nicht geht, in der Praxis beleben ..." müssen. Zur Interpretation des TSchG liegen die Kommentare von

Lorz (59) und Ennulat u. Zoebe vor. Die zu den Fällen in 3 Eigene Untersuchungen gehörenden Punkte aus den Kommentaren werden an entsprechender Stelle (Diskussion zu jedem Fall) herangezogen; ebenso finden die zum Teil von Gerold ausgezeichneten Reden zum TSchG im Bundestag an gegebener Stelle Erwähnung.

2.2. Tierhaltung

Im Zusammenhang mit meinen Untersuchungen hat der 2. Abschnitt des TSchG die größte Bedeutung, da die Tierhaltung ein Großteil meiner Fälle betrifft.

Der Wortlaut von § 2 ist folgender:

"(1) Wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat,

1. muß dem Tier angemessene artgemäße Nahrung und Pflege sowie eine verhaltensgerechte Unterbringung gewähren,
2. darf das artgemäße Bewegungsbefürfnis eines Tieres nicht dauernd und nicht so einschränken, daß dem Tier vermeidbare Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden ...".

Die amtliche Begründung zu § 2 TSchG lautet: "Jedermann, in dessen Obhut sich ein Tier - auch nur vorübergehend - befindet, ist gehalten, dem Tier unter Berücksichtigung seiner Entwicklungs-, Anpassungs- oder Domestikationsstufe angemessene artgemäße Nahrung und Pflege angedeihen zu lassen. Dies ist im allgemeinen dann der Fall, wenn gestörte körperliche Funktionen, die auf zu vertretende Mängel oder Fehler in Ernährung oder Pflege zurückgeführt werden, nach den Regeln der tierärztlichen Kunst oder nach anderen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen nicht feststellbar sind. Darüberhinaus sollen bei der Unterbringung des Tieres die wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse der Verhaltensforschung angemessene Berücksichtigung finden. Das ist im allgemeinen dann der Fall, wenn die angeborenen, arteigenen und essentiellen Verhaltensmuster des Tieres durch die Unterbringung nicht so eingeschränkt oder verändert werden, daß dadurch Schmerzen, Leiden oder Schäden an dem Tier selbst oder durch ein so gehaltenes Tier an einem anderen entstehen. Auszugehen ist davon, daß das Wohlbefinden eines Tieres im wesentlichen auf einem ungestörten, artgemäßen sowie verhaltensgerechten Ablauf der Lebensvorgänge beruht. Schmerzen und Leiden sind

danach Reaktionen des Tieres auf Einwirkungen jeder Art, die zu nachhaltiger Beeinträchtigung des Wohlbefindens oder zusätzlich zu Abwehrreaktionen von Seiten des Tieres führen. Eine bleibende Beeinträchtigung des Wohlbefindens eines Tieres infolge Schmerzen oder Leiden ist als Schaden anzusehen". Zum besseren Verständnis ist hier einzufügen, daß nach Lorz (59) unter "Pflege" allgemein Fütterung, Tränkung, Reinhaltung, Reinigung, Gesundheitsfürsorge, Heilbehandlung, Schutz vor Witterungseinflüssen und die Schaffung günstiger Luft- und Lichtverhältnisse verstanden wird. Es handelt sich also um die sog. "... gute Behandlung ...", die das "... dem Wohlbefinden der Pfleglinge zuträgliches Fluidum ..." schafft (Lorz 59). Um dem Tier diese "gute Behandlung" zukommen zu lassen, bedarf es gründlicher Kenntnisse über die Haltung dieser Tierart, denn nur dann sind die Vorschriften des TSchG annähernd zu erfüllen.

Im Zusammenhang mit den Fällen in Teil 3 sollen hier einige, im Umgang und Fütterung mit Pferd und Hund, wichtige Aspekte Erwähnung finden.

2.2.1. Umgang und Fütterung - Pferd

An erster Stelle soll hier das Pferd genannt werden, das durch zunehmende Beliebtheit als Freizeittier einer fehlerhaften Haltung besonders ausgesetzt ist. Zum Thema Pferd allgemein, zu seinem Verhalten, seiner Haltung, Ernährung und Zucht möchte ich vor allem die Literatur von Blendinger, Hölzel, Löwe u. Meyer, Schäfer, Uppenborn und Xenophon erwähnen. Hier soll aber nur ein kurzer Überblick über die wichtigsten Punkte der Pferdehaltung gegeben werden, während genauere Ausführungen an den entsprechenden Stellen der Diskussion genannt werden.

Dem Besitzer ist das Wesen des Pferdes, d.h. seine Herkunft, seine Psychologie, sein Verhalten häufig nur ungenügend bekannt und so wird dem Pferd, trotz gutem Willen und wohlgemeintem Tierschutzgedanken oft mehr Schaden als Nutzen zugefügt (Blendinger); denn nur wer das Wesen des Pferdes erfaßt hat, kann erkennen, wie es unter falscher Haltung leiden muß. Seiner Herkunft nach ist das Pferd ein in sozialen Gruppen

lebendes Tier der Savanne, d.h. der Wald- und Parksteppe, was auf gegenseitige Hilfe im Familienverband angewiesen ist. Es kann täglich weite Strecken zurücklegen. Wie groß diese Wanderungen und täglichen Laufstrecken beim Urpferd waren, läßt sich heute gar nicht mehr feststellen. Es dürften jedoch erhebliche Entfernungen gewesen sein (Blendinger). So wie seine wilden Vorfahren verhält sich das Pferd annähernd auch heute noch. Trotz seiner langen Domestikationszeit von 4000 bis 5000 Jahren hat es sich mit den vom Menschen bestimmten Lebensbedingungen keineswegs abgefunden, wie z.B. das Hausrind (Schäfer).

Auf Grund seiner Herkunft muß die Bewegungseinschränkung für das Pferd, dem seit Hunderttausenden von Jahren die Bewegung unaufhörliches Lebenselement war, unnatürlich und schädlich sein. "... Es gibt kaum etwas Grausameres gegenüber einem Wesen, das wie kein anderes zum Laufen in der großen Weite geschaffen ist, als es tagelang mit dem Kopf unmittelbar vor einer Wand anzubinden, ohne es ausreichend zu bewegen. Nur die Macht der Gewohnheit hält die Öffentlichkeit davon ab, sich über diese Haltungsform zu erregen, sonst würde man sich, wäre diese Sitte erst heute erfunden worden, mit ebensoviel Berechtigung darüber empören, wie über die Käfighaltung der Hühner oder über kurz angebundene Kettenhunde. Man muß berücksichtigen, daß in früheren Zeiten Arbeitspferde täglich viele Stunden in Bewegung waren, so daß das gezwungenermaßen unvermeidliche Anbinden in relativ engen Ständen längst nicht die Bedeutung hatte, wie die gleichartige Unterbringung von vielen Luxusperden in heutiger Zeit, die oft nur 1 Stunde am Tag, wenn überhaupt, vom Anbindestrick gelöst werden ..." (Blendinger). Schäfer bezeichnet den oft 23 stündigen täglichen Stallaufenthalt der Freizeitpferde als "trostlose Einzelhaft". In der angegebenen Literatur finden sich Hinweise, wie dem Bewegungsbedürfnis des Pferdes Genüge zu leisten ist (Bewegung unter dem Reiter, in der Anspannung, Longieren, freies Laufen in der Reithalle, Weidegang ...). Dabei weisen Blendinger, Hölzel und Schäfer daraufhin, daß Pferde, sei es aus Übermut, sei es aus Futterneid, bisweilen auskeilen und dabei die Gefahr der Verletzung des Artgenossen gegeben ist. Um diese Art der Verletzung zu vermeiden, sollte man nur einander wohlgesinnten

Pferden gemeinsamen Koppelaufenthalt gewähren, wobei Hölzel und Pick (71) darauf verweisen, daß beschlagene Pferde niemals gemeinsamen Weidegang haben dürfen, sondern immer einzeln zu halten sind! Ähnliche Vorsicht ist auch in der Fohlenhaltung geboten. Uppenborn befaßt sich eingehend mit der Haltung von Mutterstute und Fohlen, wonach Stute und Fohlen in der ersten Zeit nach der Geburt in einer geräumigen Box gehalten werden, die, um dem Fohlen und der Mutter möglichst früh nach der Geburt Auslauf zu gewähren, in direkter Verbindung mit einer Weide stehen sollte, so daß Mutter und Kind jederzeit den Stall aufsuchen können. Dabei sind der Stute bereits einige Tage vor dem Abfohlen die Hufeisen abzunehmen. Weiter geht Uppenborn auf die Erziehung des Fohlens ein, wobei er gemeinsam mit Blendinger die Gefahr des 1. Anbindeversuchs hervorhebt. Löwe u. Meyer sind der Meinung, daß man es später umso leichter hat, die Fohlen an die ihnen zugedachte Aufgabe zu gewöhnen, je früher und je intensiver man beginnt, das Vertrauen des Fohlens zu gewinnen. Nach Uppenborn soll man dem Fohlen bereits im Alter von 6 Tagen ein Halfter anlegen und einen 1. Anbindeversuch mit etwa 4 Wochen folgen lassen, mit der Bedingung, daß das Fohlen sich bereits gehorsam führen läßt. Als Vorsichtsmaßnahme sollte beim Anbinden zwischen Halfter und Anbindestrick ein Bindfaden zwischengeschaltet werden, der, falls sich das Fohlen plötzlich versucht zu befreien, zerreißt und auf diese Weise ein Unfall verhindert werden kann. Diese Gefahr des Losreißen erwähnt Blendinger im Zusammenhang mit dem Unabhängigkeitstrieb, den er als fundamentales Lebensbedürfnis vielen hochstehenden Lebewesen, so auch dem Pferd, zuschreibt: "... Je edler und höher entwickelt ein Pferd ist, desto schwerer fällt es ihm, sich fremdem Zwang unterzuordnen. Deshalb sollte man auch edle und sensible Pferde möglichst nicht anbinden oder wenigstens nicht irgendwo angebunden sich selbst überlassen. Sie bleiben vielleicht zunächst ruhig stehen, solange sie den Zwang nicht bemerken, plötzlich aber fühlen sie den Strick und beginnen so lange zu zerren, bis sie sich losgerissen, wenn nicht gar verletzt haben ...". Aus diesem Grund darf nach Meyer (66) ein Vollblutpferd niemals angebunden werden.

Als weiterer Punkt der Haltung ist die Körperpflege einschließlich der Hufpflege zu erwähnen. Die Notwendigkeit er-

gibt sich wiederum aus der unnatürlichen Haltung des Pferdes; denn nur Stallpferde bedürfen einer intensiven Fellpflege. Pferde, die überwiegend im Freien gehalten werden, sollten in erster Linie von groben Schmutzkrusten gereinigt werden, denn ein gründliches Putzen mit der Kardätsche würde nicht nur den Schmutz, sondern auch die schützende Fettschicht der Haut und die isolierende feine Unterwolle entfernen (Schäfer). Für Stallpferde dagegen ist die Fellpflege eine dringende Notwendigkeit, und zwar dient sie nicht nur der Reinigung sondern auch der Anregung der Haut, da diesen Tieren die Möglichkeit des Fellpflegeverhaltens, wie Wälzen im Morast oder Sand, Scheuern an Bäumen und der gegenseitigen sozialen Hautpflege (das Beknabbern von Mähnen- und Schweifansatz zweier einander wohlgesinnter Pferde), genommen ist (Blendinger, Schäfer). Nach Löwe u. Meyer ist das Putzen für das Wohlbefinden und damit letzten Endes für die Gesundheit der Pferde von nicht zu unterschätzender Bedeutung, da es bei richtiger Anwendung wie eine Massage mit starker Belebung der Hautatmung und der Blutzirkulation wirkt. Nach Hölzel empfindet das Pferd das Putzen als angenehme Abwechslung, soweit es nicht mit schlechten Erinnerungen verbunden ist und es fördert außerdem das bessere Verständnis zwischen Pferd und Reiter. "... Die meisten Privatpferde werden nicht von Hunger oder Durst, sondern von Langeweile und Stumpfsinn geplagt ...". Daher gewinnt die Pferdepflege nicht nur durch herkömmliche Aspekte, wie Sauberkeit, bessere Hautatmung und Massage für das Wohlbefinden des Pferdes Bedeutung, sondern bringt in "... das stumpfsinnige Einerlei der Boxe ..." eine Abwechslung. Putzanweisungen sind bei Uppenborn, Hölzel, Schäfer zu finden. Löwe u. Meyer gehen auch auf die Pflege der Beine besonders nach langem Stehen oder nach Anstrengungen ein.

Ferner gehört zur Erhaltung des Wohlbefindens der Pferde die sachgemäße Hufpflege (Löwe u. Meyer). Bereits Xenophon macht Angaben über die Huf- und Beinpflege, wobei er besonders auf das Hartmachen des Hufes eingeht, da die Pferde im Altertum nicht wie heute beschlagen wurden. Art und Häufigkeit der Hufpflege hängen u.a. von der Haltungsform und der Nutzung des Pferdes ab (Stede). Uppenborn hält die Hufpflege schon

im Fohlenalter (ab der 4. Lebenswoche) für erforderlich. Nach Stede gehört zu einer artgemäßen Haltung und Pflege von Pferden, daß die Hufe im Abstand von 6 bis 8 Wochen zugerichtet und, wenn notwendig, beschlagen werden. Der Hufbeschlag selbst, der eine zu starke Abnutzung des Hufes durch den Boden verhindert, dient außerdem auch zur Regulierung falscher Gliedmaßenstellung und ist zur Heilung bestimmter Erkrankungen von Gliedmaße und Huf notwendig, z.B. bei Hornspalten des Hufes, Hufrehe (Uppenborn, Ruthe).

Weiter äußert sich Stede zur Hufpflege wie folgt: "... Der Zustand der Hufe dient der Beurteilung einer Pferdehaltung im Sinne des § 2 (1) TSchG insbesondere dann, wenn ein Pferd dem tierärztlichen Sachverständigen außerhalb seines Standplatzes vorgestellt wird. Aus dem Zustand der Hufe kann ... auch auf die Art der Unterbringung und Fütterung geschlossen werden ..." (Diese Äußerung bezieht sich im besonderen auf 2 Fälle, die im Kapitel 3 Eigene Untersuchungen aufgezeichnet sind).

Ein weiterer, unter den Begriff Tierhaltung fallender Punkt, ist nach Lorz (59) "... die Überwachung der Gerätschaften oder sonstiger Gegenstände ..., die im Zusammenhang mit der Tierhaltung stehen. So ... Geschirr, Zaum- und Sattelzeug ...". Hölzel, Schäfer und Uppenborn geben Richtlinien für passendes Sattelzeug und dessen Pflege und weisen auf die Gefahr des Satteldrucks und daraus sich ergebender Folgen bei falsch sitzendem Sattelzeug hin. Eikmeier, Silbersiepe und Berge sowie Müller sehen die Ursache von Erkrankungen in der Sattellage und Widerristfisteln u.a. in einem unpassenden Sattel und Woilach.

Einer der gravierensten Punkte der Pferdehaltung umfaßt die Fütterung. Löwe u. Meyer und Uppenborn geben eine genaue Abhandlung über Pferdeernährung. "... Die richtige Ernährung des Hauspferdes basiert auf dem Wissen um die anatomischen und physiologischen Grundlagen der Futteraufnahme und -verwertung und besteht in der Kunst, auch unter den veränderten Futter-, Haltungs- und Nutzungsverhältnissen im Haustierstand den Grundforderungen eines solchen Organismus soweit wie möglich gerecht zu werden. Diese anatomischen und physiologischen Grundlagen ergeben sich aus dem natürlichen Nahrungsaufnahmeverhalten des Wildpferdes, die das Hauspferd über-

wiegend beibehalten hat: "... Nahrungssuche über weite Strecken mit ausgiebiger Bewegungsmöglichkeit, kontinuierliche Aufnahme kleiner Futtermengen unter Einschaltung kurzer Ruhepausen, Selektionsmöglichkeiten bei der Futtersuche sowie Auswahl strukturiertester schwerverdaulicher Futterstoffe, die eine ausgiebige längerdauernde Kautätigkeit verlangen ..." (Löwe u. Meyer).

In der herkömmlichen, traditionsbedingten Fütterung wurden i.d.R. Hafer und Heu gefüttert. Neuzeitliche Forschungen haben aber ergeben, daß das Pferd nicht auf bestimmte Futtermittel, sondern primär auf Nähr- und Strukturstoffe angewiesen ist. Um den Bedarf des Pferdes an diesen Stoffen zu decken, können, unter Berücksichtigung ernährungsphysiologischer sowie ökonomischer Bedingungen, die verschiedensten Futtermittel eingesetzt werden. "... Voraussetzung für eine richtige und zweckmäßige Ernährung des Pferdes, d.h. für Erhaltung von Gesundheit, Fruchtbarkeit und Leistung, ist die Kenntnis des Nährstoffbedarfs ..." (Löwe u. Meyer). Dieser schwankt nach Alter, Leistung und Individualität.

Löwe u. Meyer vermitteln in ihrem Buch einen umfassenden Überblick über die verschiedenen Futtermittel und die Fütterung selbst. Aus dieser Vielfalt sollen, im Hinblick auf die nachfolgenden Fälle, besonders die Fütterung von Trockenschnitzeln, Trebern und verdorbenem Futter besprochen werden.

Trockenschnitzelfütterung:

Hier gilt den Rüben sowie den Rückständen der Zuckerrüben besondere Beachtung. Zuckerrübenschnitzel, die aus den Zuckerrüben selbst oder aus dem nach der Entzuckerung verbleibenden Rübenmark hergestellt werden, gelangen i.d.R. als Trockenschnitzel in den Handel. Die Trockenschnitzel sind vor der Verfütterung in Wasser einzuweichen. Nach Löwe u. Meyer erfolgt dieser Vorgang im Verhältnis von 1 : 4 mit Wasser. Uppenborn fordert einen 10 bis 12stündigen, Pick (71) sogar einen 24stündigen Quellvorgang vor der Verfütterung. Bei Nichtbeachtung dieser Zubereitungsvorschrift kann eine Verfütterung der trockenen Schnitzel zu schwerwiegenden Erkrankungen, wie z.B. Schlundverstopfung, Magenruptur, führen (Eikmeier, Löwe u. Meyer, Ullrich 97).

Treberfütterung:

Unter den Brauereirückständen sind die Treber zu erwähnen. "... Die Treber bestehen vorwiegend aus den Schalenanteilen des Gerstenkornes sowie den Eiweißen des Mehlkörpers. Es sind somit eiweiß- und rohfaserreiche Produkte, die jedoch hinsichtlich des Mineralstoff- und Vitamingehaltes ähnliche Schwächen aufweisen wie das Gerstenkorn selbst. Frische Biertreber sollten nur unmittelbar nach der Herstellung verfüttert werden, da sie leicht in Verderbnis übergehen. Risikoloser ist die Verwendung getrockneter Biertreber. Im Gemisch mit anderen Futtermitteln können bis zu 20% im Kraftfutter enthalten sein ..." (Löwe u. Meyer).

Verdorbenes Futter:

Verdorbenes Futter ist in jedem Fall gesundheitsschädlich. Es kann zu schwerwiegenden Verdauungsstörungen, Organerkrankungen, sowie Hufrehe und Abort kommen. Daher sollte jedes Futter nur in einwandfreiem Zustand verfüttert werden.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß sich bei Löwe u. Meyer eine Tabelle für die Futterration bei der traditionellen Heu - Hafer - Ration findet, die angibt, welche Futtermenge ein Pferd bei verschiedenen Arbeitsleistungen benötigt. Abschließend sei zur Fütterung noch folgender Satz zitiert: "Das Pferd lebt nicht von dem, was es frißt, sondern von dem, was es verdaut" (Löwe u. Meyer, Uppenborn).

2.2.2. Umgang und Fütterung - Hund

Hierzu wurde besonders die Literatur von Brunner (12, 13), Niemand (69, 70) und Trumler (94) herangezogen.

Wir sollten uns gleich anfangs daran erinnern, "... daß es unter allen Tieren der Welt keines gibt, mit dem wir so engen, freundschaftlichen Kontakt bekommen können wie mit dem Hund..." (Trumler 94). Diese Tatsache bedeutet aber auch die ständige Gefahr der Vermenschlichung für dieses Haustier. Brunner (12) äußert sich dazu wie folgt: "... Der Mensch vermenschlicht den Hund und der Hund verhundlicht den Menschen - jeder drückt seine Zuneigung mit den ihm gegebenen Möglichkeiten aus ...".

Trumler (94) betont allerdings, daß "... das Sozialverhalten des Menschen und das des Hundes viele Gemeinsamkeiten haben ..., aber es gibt nun einmal artliche Verschiedenheiten, die sich nicht nur im Fell oder in der Vierbeinigkeit ausdrücken. Diese artlichen Verschiedenheiten sind auch psychischer Natur. Wer sie übersieht und wer den Hund als eine Art von Mensch auf 4 Beinen betrachtet, der kann sich - wäre der Hund wirklich als eigene Kategorie im Gesetz anerkannt! - vorsätzlicher Tötung schuldig machen ...". So ist auch besonders im Falle des Hundes der Tierschutz "... nicht eine Frage menschlicher Gefühle, sondern eine Frage des Wissens. Nur mit fundiertem Wissen kann man den Hund vor seiner unverdienten Rolle als Gefühlsableiter schützen, vor seiner Rolle als Handelsware, vor seiner Rolle als seelenloses Ausstellungsobjekt ..." (Trumler 94).

Zum Verständnis des Hundes, im Hinblick auf die erwähnten Fälle meiner Arbeit, soll ein Überblick über seine Jugendentwicklung und sein Verhalten gegeben werden. "... Ein erwachsener Hund ist das Ergebnis des Zusammenwirkens von angeborenen Anlagen und den auf diese Anlagen wirkenden Umwelteinflüssen. Beide, Anlagen wie Umwelteinflüsse, sind gleichermaßen entscheidend, wie ein Hund wird. Die schönste Ahnentafel hilft nichts, wenn ein Hund eine Jugendentwicklung unter ungünstigen Bedingungen durchgemacht hat, und ebenso wenig läßt sich an einer schlechten Veranlagung etwas ändern, wenn man ihm die besten Lebensbedingungen bietet. Er ist ein Lernwesen, umweltoffen und in sehr starkem Maße auf das Sammeln von Erfahrungen angewiesen. Um zu lernen, um aktiv Erfahrungen zu sammeln, benötigt er aber auch einen Antrieb dafür. Neugier und Lernfreudigkeit sind ihm daher von der Natur mitgegeben ...". Der Hund muß "... diese Anlagen auch entfalten können, und zwar in jedem Alter, das hierfür am besten geeignet ist ...". Wenn man der Lernfreudigkeit des Hundes keine Anreize gibt, so verkümmert sie (Trumler 94). Trumler (94) hat sich mit der Entwicklung des Welpen zum erwachsenen Hund eingehend beschäftigt. Er machte seine Beobachtungen speziell an Dingofamilien (Hündin, Vaterrüde, Welpen). Dabei beginnen seine Beobachtungen bei der Geburt. Dieser folgt die "vegetative Phase" (1. und 2. Woche), in der der Welp

nur trinkt und schläft. In der 3. Woche, der sog. "Übergangsphase" kommt es zur Kontaktaufnahme unter den Welpen und schließlich wird zum 1. Mal von diesen das Wurflager verlassen. In der 4. bis 7. Woche, der "Prägungsphase", in der die Sinnesleistungen der Welpen nun voll entwickelt sind, wird der Welpen auf seine Artgenossen geprägt. Tritt der Mensch während dieser Prägungsphase in Erscheinung, indem er seine Hand den Welpen immer wieder anbietet und so mit ihnen Berührungskontakt aufnimmt, wird er für die Welpen auch zum Artgenossen, d.h. der Welpen wird auch auf den Menschen geprägt. Wird diese Phase vom Menschen nicht täglich genützt, wird es zwischen Mensch und Hund niemals einen Kontakt geben, sondern nur eine gewisse Zähmtheit des Tieres dem Menschen gegenüber, oder sogar eine Entwicklung zum Angstbeißer. Zusätzlich wird in diesem Abschnitt die Vater - Welpen - Beziehung festgelegt. In der 8. bis 12. Woche folgt die "Sozialisierungsphase". Es kommt zu Kampfspielen unter den Welpen und zu Meutespielen mit dem Vater-Rüden. "... Während bislang die Welpen volle "Narrenfreiheit" genossen hatten und praktisch alles durften, setzt nun eine zunehmende straffere Disziplinierung durch den Vater-Rüden ein ...". Das ist auch die Zeit, in der sich der Mensch besonders um den Welpen bemühen muß, "... um eine Sozialisierung mit dem Menschen auszubauen. Wird das unterlassen, so wird die soziale Bindung an den Artgenossen stärker als die zum Menschen ...". Dabei ist das Spielen mit dem Welpen und ein erstes, als Spiel empfundenes, also lustbetontes Lernen in dieser Phase sehr wichtig, denn in dieser Zeit ist er besonders lernfreudig. Der Mensch muß während dieser Phase seine Rolle als Erzieher, als anführender Sozialpartner erfüllen, durch Spiele, Lob und Tadel, um eine sinnvolle und beständige "Mensch- Hund - Meute" aufzubauen. "... Weite und Umfang der sozialen Partnerschaft zwischen Mensch und Hund werden eben jetzt in der Sozialisierungsphase unwiderruflich geprägt und wirken für alle weitere Zukunft auf fast alle Eigenschaften des Hundes ein".

"... Die vorgebliche 'Wesensschwäche' so vieler Hunde beruht häufig genug auf Erziehungsfehlern in der Sozialisierungsphase, in der zumeist viel zu wenig mit dem Hund gespielt, dafür um so mehr 'dressiert' wird ...". "Die in dieser Zeit durch falsche Behandlung erworbenen Unsicherheiten sind kaum

mehr rückgängig zu machen, die unverkraftbaren Konfliktstoffe wirken in der Seele des Hundes zeitlebens nach. Das Schicksal eines in seiner Jugend falsch behandelten Hundes liegt auf der Hand. Oft genug muß die Spritze des Tierarztes seinem verpfuschten Leben ein Ende setzen und nur sehr, sehr selten findet er verständnisvolle Menschen, die sich seiner mit viel, viel Geduld annehmen, um ihm wenigstens ein endgültiges Zuhause bieten zu können ..." (Trumler 94).

Dieser so wichtigen Sozialisierungsphase folgt in der 13. bis 16. Woche die "Rangordnungsphase". Hier baut der Vater-Rüde, als uneingeschränkte Autorität von den Welpen respektiert, die Jagd- und Beutespiele aus. Nun erhalten die Welpen allmählich das Rüstzeug zum späteren Jäger. Denn man muß sich immer wieder klar darüber sein, "... daß die ganze Jugendentwicklung darauf abgestimmt ist, aus dem unerfahrenen Welpen einen brauchbaren Jagdgehilfen zu machen ...". Gemäß dem Verhalten des Vater-Rüden kann nun der Mensch mit den Unterordnungs- und Gehorsamsübungen bei seinem Hund anfangen. Dabei dürfen die Übungen ihn niemals langweilen oder gar Furcht in ihm hervorrufen.

Mit dem 5. und 6. Monat folgt die "Rudelordnungsphase". Die Vorrangstellung der Eltern als Rudelführer und die Rangordnung unter den Jungen ist geklärt. Es kommt zu einer straffen Rudelorganisation zwischen Eltern und Junghunden, in der die Junghunde bereits zu vollwertigen Jagdpartnern werden; denn nur ein diszipliniertes Rudel, in dem es keine Rangstreitigkeiten gibt, schafft die Voraussetzung zur Sicherung der Rudelexistenz.

Trumler (94) weist darauf hin, daß Junghunde im Alter von 5 und 6 Monaten dazu neigen, größere Streifzüge zu unternehmen, allerdings stets gemeinsam mit anderen Junghunden oder bisweilen auch einem erwachsenen Hund. Auch Brunner (13) erwähnt diese Rudelordnungsphase, in der der Hund besonders gelehrig und willig ist und "... Sinn für gruppenkoordinierte Zusammenarbeit ... " hat. "... Hunde, die während dieser Zeit vernachlässigt werden und die Gelegenheit haben, aus dem Garten zu entweichen, könnten zu unverbesserlichen Streunern und Wilderern werden, wenn sie während dieser Entwicklungsstufe in dieser Richtung lustbetonte Erlebnisse haben ..." (Brunner 13). Es handelt sich also um eine kritische

Phase, in der der Junghund ein "Leitbild" erwartet, nämlich das eines "... erfahrenen, psychisch überlegenen Anführers...", wie es der Vater-Rüde darstellt. Wenn der Mensch, der diese Stellung als Leitbild übernimmt, versagt, ist der Hund geneigt, seine Ranghöhe zu verbessern. Das kann soweit führen, daß er sich zum Haustyrann entwickelt, denn für den Hund kann ein Rudel, in diesem Falle die menschliche Familie, ohne Leittier nicht bestehen (Trumler 94).

Auf die Rudelordnungsphase folgt die "Pubertätsphase". Je nach Hunderasse liegt hier der Zeitraum verschieden. Als frühester Termin kommt wohl der 7. Monat in Frage. "... Ganz allgemein kann man sagen, daß der Hund bei Eintritt der Geschlechtsreife erwachsen ist ...". Der Rüde erfährt seine endgültige Ausreifung am Ende des 2. Lebensjahres (Trumler 94).

Im Zusammenhang mit den nachfolgenden Fällen, soll noch der Aggressionstrieb in Verbindung mit dem Menschen erwähnt werden. Trumler (94) sagt dazu: "... Wenn der gesunde, normale Hund einen Menschen beißt, dann beißt er seinen Artgenossen. Und ein normaler, gesunder (!) Hund beißt einen Artgenossen eben nur dann, wenn er seine Gründe hierfür hat ...". Und Brunner (12) meint: "... Ein Hund, der sich als Herr der Familie betrachtet, beißt die Familienangehörigen ...".

Eine überhöhte Aggressionsbereitschaft erklärt Trumler (94) mit den beiden "... in den Erbanlagen verankerten Möglichkeiten Enthemmung und Übersteigerung sowie die nicht erbliche, durch Umweltstörungen bewirkte Überaggressivität. Welche der 3 Möglichkeiten jeweils das aggressive Verhalten eines Hundes bestimmt, läßt sich vielleicht nur in Einzelfällen gelegentlich erkennen, ist aber grundsätzlich kaum analysierbar. "...Hunde, die jahrelang in einem kleinen Zwinger gelebt haben oder deren Jugendentwicklung unter fehlgesteuerten Voraussetzungen verlaufen ist ...", oder die einschneidende Erlebnisse gehabt haben, können eine erhöhte Aggressionsbereitschaft besitzen (Trumler 94). So ist es z.B. nicht gleichgültig, ob und wie ein Welp und Junghund von Kindern behandelt wird (Brunner 12). "... Ein erstes charakteristisches Erlebnis genügt bereits zur Fixierung schwer oder nie mehr

lösbarer (umlernbarer) Angst-, Aggressions- oder Zuneigungsbereitschaft ..." (Brunner 12).

Eine Form der Aggression ist die, mit der der Hund versucht, seine Rangstellung in der "sozialen Hausgemeinschaft" festzulegen oder zu ändern. Als soziales Wesen testet der Hund, besonders wenn er in eine neue soziale Umgebung eingegliedert wird, wie weit er seine Rangposition im neuen Milieu verbessern kann. Darin unterstützt ihn häufig noch der Mensch durch sein nachgiebiges Verhalten, das der Hund als Unterlegenheit betrachtet (Brunner 12). Dagegen wird ein normal veranlagter Hund, der sich als Rudelmitglied in die menschliche Familie eingeordnet hat, nicht ohne weiteres ein Rudelmitglied oder einen Fremden beißen; zumindest warnt er ihn erst sichtbar und hörbar. Außerdem wartet er auf die Entscheidung des Rudelführers, seines Herrn, um sich ihm anzuschließen (Trumler 94). Ebenso ist die Vorstellung falsch, daß ein guter Schutz- oder Wachhund aggressiv sein muß. Nach von Stephanitz (87) soll ein Schutzhund scharf sein, "... aber diese Schärfe muß durch Erziehung gebändigt, in die rechten Bahnen gelenkt und mit sicherem Gehorsam verbunden sein. Schärfe hat mit Bissigkeit nicht das geringste zu tun; böse und bissige Hunde sind das Ergebnis falscher Erziehung und Haltung ...". Brunner 12 geht ebenfalls auf diese Hunde ein, die er als "verdorben" bezeichnet, die gegenüber dem Menschen oder nur bestimmten Menschen mißtrauisch sind. Seinen Erfahrungen nach stammen sie häufig aus Tierheimen, wobei er ihr Verhalten auf die wohl vielseitigen Erfahrungen zurückführt, die sie im Umgang mit dem Menschen gesammelt haben. Allerdings weist er darauf hin, daß sich ein Hund, der durch rohe Behandlung "sozial entmutigt" wurde und sich als typischer rangtiefer Hund verhält, durch die verständnisvolle Betreuung eines neuen Besitzers innerhalb einer gewissen Zeit wieder normal verhält, "... es sei denn, er hätte sämtliche Sozialisierungsphasen der Jugendentwicklung unter hierfür extrem ungünstigen Bedingungen verbracht ...". Als ungünstige Bedingung muß das Tierheim an sich schon betrachtet werden. Efkes u. von Bredow haben die Probleme der Hundehaltung in einem Tierheim für 1 Jahr studiert. Dabei stellte sich heraus, daß der Heimaufenthalt für sog. Abgabehunde (Hunde, die vom Besitzer abgegeben werden) zwischen 0 und 54 Tagen (Durchschnitt 7 Tage)

und sog. Findlinge (herumstreunende, herrenlose Hunde) zwischen 0 und 119 Tagen (Durchschnitt 14 Tage) schwankte. Dabei wurden überwiegend Welpen und Junghunde abgegeben. Für Findlinge war eine 3 monatige Quarantänezeit vorgeschrieben, in der sie ohne täglichen Umgang mit Mensch oder Hund lebten. Efkes u. von Bredow kommen schließlich bei ihren Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß sich der Hund als Gruppenwesen in der Isolation des Tierheims nicht zu einem normalen Gefährten des Menschen entwickeln kann, da ihm die intensive Zuwendung fehlt. Daher kommt es wahrscheinlich zu einer Schädigung im Sozialverhalten, so daß sich junge Hunde zu kontaktarmen oder schwer erziehbaren und unterzuordnenden Tieren entwickeln.

Nun sollen einige Bemerkungen über die Fütterung des Hundes gemacht werden.

Der Hund ist, obwohl er sich durch das Zusammenleben mit dem Menschen der Ernährungsweise des Allesfressers angepaßt hat, in seiner Verdauungsart ein echter Fleischfresser geblieben. Gebiß und Magen - Darmkanal kennzeichnen den Karnivoren, für den die natürlichste Nahrung tierisches Eiweiß in Form von Fleisch ist. Daneben benötigt er, allerdings in geringem Anteil, Fett, Kohlenhydrate, Mineralien, Vitamine und Rohfaser (Donath, Niemand 69).

Nach Deschambre soll das Hundefutter einen Fleischanteil von mindestens 40% aufweisen. Als vorbildlich betrachtet er eine Ernährung, die zu 70% Produkte tierischer Herkunft - vor allem Fleisch - enthält. Nach Niemand (69) besteht das beste Futter für den Hund aus Rindermuskelfleisch, Milch, Mohrrüben und Hefe. Zur besseren Verdaulichkeit sollte das Gemüse mit wenig Wasser nicht zu lange gekocht werden. Zur Milchfütterung ist hinzuzufügen, daß sie nicht alle Hunde vertragen. Milch verursacht bisweilen Durchfall, weil den Tieren ein zur Milchverdauung notwendiges Enzym fehlt. Der Organismus kann sich aber durch anfangs geringe Mengen, die langsam gesteigert werden, an die Milchnahrung gewöhnen und so die Milch für den Hund verwertbar machen.

Da aus wirtschaftlichen Gründen die oben angegebene Fütterung nach Niemand (69) nicht immer möglich ist, gilt als Faustregel für die Ernährung des erwachsenen Hundes: 1/3 tieri-

sches Eiweiß, 2/3 Zerealien.

Die Knochenfütterung hat mit größter Vorsicht zu geschehen, da übermäßige Gaben zur Koprostase führen können. Besonders junge Hunde nagen mit Vorliebe an Knochen, was ihnen zu einem leichteren und schnelleren Zahndurchbruch verhilft (Donath, Niemand 69). Niemand (69) äußert sich zur übermäßigen Knochenfütterung folgendermaßen: "... Magen und Darm absorbieren aus dem aufgenommenen und zerkauten Knochen die verwertbaren Anteile, namentlich die Gelatine; übrig bleiben die nicht resorbierten Mineralsalze des Knochens, die wegen ihres Überangebotes nicht aufgenommen werden. Der Körper entzieht im Dick- oder Enddarm dem im Dünndarm noch flüssigen Nahrungsbrei das Wasser; die nach außergewöhnlicher Knochenfütterung übrig bleibenden Mineralsalze formen sich zu harten, trockenen Kotballen, kleben sozusagen am Darm fest und bewegen sich weder vor- noch rückwärts ...". In einem solchen Fall muß dann der Tierarzt Abhilfe schaffen. "... Knochen von Geflügel oder Kleinwild sind für den Hund absolut schädlich ..." (Donath), da Verletzungen von Magen und Darm möglich sind oder harte, splitternde Knochen Zahn- und Zahnfleischverletzungen hervorrufen können. Niemand (69) ist allerdings der Meinung, daß der Magen-Darmkanal des Hundes auch von den spitzesten Knochen nicht verletzt wird und die alleinige Gefahr der Knochenfütterung in der möglichen Koprostase liegt.

Zum Schluß sei noch gesagt, daß Hundenahrung möglichst abwechslungsreich sein soll, jedoch Küchenabfälle und Süßigkeiten nicht zu verfüttern sind (Donath, Niemand 69).

"... Wir Menschen aber, von denen doch der zahme Hund ganz und gar abhängig ist, pflegen meist die Gegebenheiten willkürlich zu formen. Wie groß mag wohl der Prozentsatz der Hunde sein, die selten oder nie jene Nahrung erhalten, die ihnen allein zuträglich wäre: nämlich eine große Ration Fleisch oder Fleischabfall täglich ?" (Donath).

2.2.3. Gesundheitsfürsorge - Pferd, Hund, Katze

Ein weiterer, für die Gesundheit und das Wohlbefinden des Tieres entscheidender Punkt der Tierhaltung, ist die Gesundheitsfürsorge (Lorz 59, Ennulat u. Zoebe).

Im Hinblick auf die nachfolgenden Fälle sollen hier die wichtigsten Punkte der Gesundheitsprophylaxe für das Pferd, den Hund und die Katze behandelt werden.

Pferd:

Für das Pferd betrifft dies die Wurmprophylaxe und die Schutzimpfungen gegen Tetanus, die Erkrankungen der oberen Luftwege (Influenza, Rhinopneumonitis) und die Fohlenerkrankungen (Fohlenlähme).

a. Wurmprophylaxe

Bei allen Pferden ist ein mehr oder weniger starker Wurmbefall vorhanden. Dies gilt für Stall- und Weidepferde jeden Alters (Schäfer). Zu den Wurmart, von denen unsere Pferde in Mitteleuropa am häufigsten befallen sind zählen Ascariden (*Parascaris equorum*), große und kleine Strongyloiden, Strongyloiden (*Strongyloides westeri*), Oxyuren (*Oxyuris equi*), Gastrophiluslarven und selten Bandwürmer (Zeller 111, Rick 72, Stoye). "... Die Pathogenität fast aller dieser Arten beruht im wesentlichen auf in den Geweben wandernden Larvenstadien ..." (Stoye). Diese gefährden die Gesundheit des Tieres und führen u.a., je nach Grad der Verwurmung, zu Abmagerung, Blutarmut, Verdauungsstörungen mit Kolikerscheinungen, Herabsetzung der Widerstandsfähigkeit, glanzlosem und struppigem Haarkleid, bei Fohlen besonders zu Entwicklungsstörungen, Lungenentzündung und tödlichen Verlusten (Boch u. Supperer, Löwe u. Meyer, Uppenborn). I.d.R. erfolgt die Ansteckung oral, über das Futter. Parasiteneier und -larven werden mit dem Kot ausgeschieden, verunreinigen damit die Einstreu oder die Weide und gelangen bei der Nahrungsaufnahme vom Boden wieder in den Wirt oder Zwischenwirt, das Pferd. Daher sind Weidepferde besonders gefährdet, Parasiten aufzunehmen, vor allem, wenn nur geringe Umtriebsflächen an Weide vorhanden sind (Löwe u. Meyer). Dabei ist zu beachten, daß die infektionstüchtigen Larven, besonders der großen Strongyloidenarten den Winter auf den Weiden ungeschädigt überstehen können. "... Auch im Heu bleiben sie infektionstüchtig, nicht dagegen in der Silage. Bei Stall-

pferden erfolgt häufig eine Reinfektion über das Heu" (Löwe u. Meyer). Aus diesem Grund darf auf Pferdeweiden gewonnenes Heu (Reinigungsschnitt) nicht an Pferde verfüttert und keine Düngung mit schlecht verrottetem Pferdemist von Pferdeweiden durchgeführt werden (Löwe u. Meyer, Uppenborn).

Auf Grund dieser großen Gefahr des Endoparasitenbefalls bei Pferden, bedarf es einer planmäßigen Parasitenbekämpfung. Diese "... ist der systematische oder strategische Einsatz von Maßnahmen mit dem Ziel der Tilgung oder Eindämmung von Parasitosen ..." (Eckert).

Eine möglichst wirksame Einschränkung des Parasitenbefalls bei Pferden ist durch den "... Einsatz geeigneter Antiparasitaria als auch durch intensive stall- und weidehygienische Maßnahmen möglich ..." und kann nach Stoye auf dreierlei Weise erfolgen:

"... 1. Durch tägliche Gabe bestimmter Präparate in subtherapeutischen Dosen über bestimmte Zeiträume im Wechsel mit behandlungsfreien Phasen als Chemoprophylaxe.

2. Durch regelmäßige Applikation geeigneter Präparate in therapeutischen Dosen als regelmäßige Behandlung.

3. Durch eine begrenzte Zahl von Behandlungen in bestimmten, sich aus der Biologie und Epizootologie der zu bekämpfenden Arten ergebenden Zeitpunkten als strategische Behandlung...". Die unter 1. genannte "Chemoprophylaxe" beruht auf einer täglichen Gabe einer subtherapeutischen Dosis eines bestimmten Präparates, die meist nur eine geringe anthelmintische Wirkung hat, aber eine m.o.w. lang andauernde Schädigung der Parasiten im Tier bewirkt und eine Ausbildung der ausgeschiedenen parasitären Entwicklungsformen unterbinden kann.

Bei der unter 2. genannten "regelmäßigen Behandlung" erhalten alle Tiere des Bestandes in regelmäßigen Abständen eine therapeutische Dosis eines Präparates, das "... die Ausbildung reproduktionsfähiger Stadien im Tier verhindert bzw. ihre Lebensdauer ... möglichst einschränkt ...". Die Behandlungsfolge ist hier von den Entwicklungszeiten der Parasiten und der chemotherapeutischen Beeinflussbarkeit ihrer Entwicklungsstadien und sekundär von den Infektions- bzw. Reinfektionsmöglichkeiten im Bestand abhängig.

Die unter 3. erwähnte "strategische Behandlung" besteht aus nur einer oder einer sehr begrenzten Zahl von Behandlungen.

"... Das primäre Ziel des Medikamenteneinsatzes ist eine auf bestimmte Zeiten beschränkte oder in bestimmten Zeiten gesteigerte Ausscheidung parasitärer Entwicklungsformen zu verhindern. Diese Form des Medikamenteneinsatzes ist damit zwangsläufig nur zur Bekämpfung solcher Arten geeignet, von denen Entwicklungsstadien nur zu bestimmten Jahreszeiten oder in bestimmten Zeiten in stark erhöhtem Maße ausgeschieden werden ..." (Stoye).

Von den 3 oben genannten Möglichkeiten der Parasitenbekämpfung kommen i.d.R. 2. und 3. in Betracht. Dabei sollte in regelmäßigen Abständen eine Kotuntersuchung auf Parasiten des gesamten Bestandes gemacht werden, um die vorkommenden Arten zu erfassen und den Behandlungserfolg zu kontrollieren. Ferner sind stall- und weidehygienische Maßnahmen (Reinigung und Desinfektion der Boxen, große hygienisch einwandfreie Weiden, Entfernung des Kotes von den Weideflächen) zur Unterstützung des Erfolges wertvoll (Stoye).

Zeller (111) und Pick (72) stellen Entwurmungsprogramme zur planmäßigen Endoparasitenbekämpfung auf.

b. Schutzimpfungen

Tetanus

"... Das Pferd steht in seiner Empfindlichkeit gegenüber dem vom *Clostridium tetani* produzierten Neurotoxin Tetanospasmin an der Spitze der Haustiere. Deshalb treten gerade unter den Vertretern dieser Tierart die häufigsten Intoxikationen nach Wundinfektionen auf. Jede Gelegenheitswunde sollte als tetanusinfiziert angesehen werden, weil gerade die Bagatellverletzungen häufig Ausgangspunkt einer Tetanusinfektion sein können ..." (Wintzer, Körber, Holland). Bei den erkrankten Tieren kommt es zum tetanischen Krampf der gesamten Skelettmuskulatur, wobei die Tiere i.d.R. eine sägebockartige Stellung einnehmen und unfähig sind, Nahrung aufzunehmen (Ullrich 97). Bei 60 bis 70% der erkrankten Pferde führt der Wundstarrkrampf zum Tode. In einigen Fällen tritt der Tod schon am 2. Tag der Krankheitsdauer ein, häufiger dagegen erst nach 8 bis 14 Tagen. "... Dauert die Erkrankung länger als 14 Tage, geht sie im allgemeinen in Heilung über ...". Es schließt sich eine Rekonvaleszenz von 6 bis 8 Wochen an (Löwe u. Meyer). "... Die Mortalität tetanuserkrankter Pferde ist trotz Inten-

sivbehandlung hoch, weshalb der Schwerpunkt der Tetanusbekämpfung auch weiterhin in der Prophylaxe liegen muß ..."
(Wintzer, Körber, Holland). Diese ist durch eine passive oder aktive Immunisierung möglich. Da der Impfschutz einer passiven Immunisierung (alleinige Verabreichung von Serum) nur 2 bis 3 Wochen andauert, ist zum ständigen Schutz eine aktive Immunisierung mit Tetanustoxin ("Toxoid") notwendig. Serum oder Serum + Toxoid (Simultanimpfung) wird nur bei akut gefährdeten Tieren (Notfallsituationen) verabreicht, wenn diese vorher noch keine Schutzimpfung erhalten haben (Wintzer, Körber, Holland). Die Grundimmunisierung sollte bereits beim 3 Monate alten Fohlen durchgeführt werden. Ab diesem Zeitpunkt setzt die dazu notwendige Immunglobulinbildung des Fohlens durch die fortschreitende Ausbildung des lymphatischen Systems in verstärktem Maße ein (Zeller 112). Die Grundimmunisierung besteht aus 2 Impfungen der gleichen Impfstoffmenge im Abstand von 4 Wochen. Untersuchungen von Wintzer, Körber u. Holland haben ergeben, daß eine, dieser Grundimmunisierung folgende einmalige Wiederholungsimpfung 1 Jahr später, einen wirksamen Impfschutz von mindestens 4 Jahren gewährleistet. Im Gegensatz zu Eikmeier und Ullrich (97), die eine jährliche Wiederholungsimpfung fordern, scheint diese nach Wintzer, Körber und Holland nicht zwingend erforderlich. Löwe u. Meyer schlagen eine Impfauffrischung nach 2 bis 3 Jahren vor. "... Allerdings wird sich beim verletzten und akut tetanusgefährdeten Patienten eine Revakzination empfehlen, die den Impfschutz unmittelbar sicherstellt, ohne, daß in einem solchen Fall eine Serum-Notimpfung erforderlich wird ..." (Wintzer, Körber, Holland). Im Verletzungsfall können für den Tierarzt nur die Eintragungen im Impfpass als bindend gelten und nicht die Angaben des Besitzers. Liegen keine ordnungsgemäßen schriftlichen Unterlagen vor, muß das Pferd als nicht immunisiertes Tier angesehen und behandelt werden (Wintzer, Körber, Holland). Es ist hinzuzufügen, daß Stuten im letzten Drittel der Trächtigkeit aktiv immunisiert werden sollten, da der aktiv erworbene Impfschutz der Stute dem Fohlen über die Kolostralmilch zugute kommt und bis zu 6 Monaten nach der Geburt festgestellt wurde (Radwilla u. Löhrer). "... Liegt eine aktive Schutzimpfung zur Zeit der Geburt schon länger zurück, so sollte dann eine

Auffrischungsimpfung vorgenommen werden, denn nur die humoralen Antikörper werden über die Kolostralmilch an das Fohlen weitergegeben ..." (Wintzer, Körber, Holland).

Influenza und Rhinopneumonitis

Als weitere Krankheiten, bei denen eine Schutzimpfung möglich ist, sind die Virusinfektionen der Luftwege des Pferdes, Influenza und Rhinopneumonitis, zu nennen. Seit einigen Jahren bilden Pferde mit Influenza und Rhinopneumonitis einen Großteil der Patienten des Tierarztes. "... Leider sind die klinischen Erscheinungen meist so geringgradig, daß oft vom Besitzer der Erkrankung keine Bedeutung beigemessen oder sie vom Tierarzt nur unzureichend behandelt wird. Dazu tragen dann noch allgemein wirkende Arzneimittel in Laienhand, z.B. Hustenpulver bei, die durch geschickte Werbung als besonders wirksame empfohlen werden, allein aber nie eine ausreichende Wirkung erzielen können ..." (Kraft 54).

Da die Infektionen der oberen Luftwege i.d.R. noch durch bakterielle Sekundärinfektionen kompliziert werden, kommt es häufig zu schwerwiegenden Erkrankungen der Atemwege (u.a. Bronchopneumonie, Mikrobronchitis) (Hurtienne, Kraft 54). Nicht selten führen diese Erkrankungen zum Lungenemphysem und schließlich im fortgeschrittenen Stadium zur Dämpfigkeit (Kraft 54). "... Die nicht ausgeheilten ansteckenden Katarrhe der Luftwege bilden die häufigste Ursache der Dämpfigkeit..." (Eikmeier).

Ferner ist im Zusammenhang mit der Influenza zu erwähnen, daß selbst ein zweimaliges Überstehen der Krankheit keinen sicheren Schutz gewährt, daß jedoch die Stärke der Immunität bei jeder Neuerkrankung wächst (Ullrich 97).

Auf Grund dieser Tatsachen wurden zur Prophylaxe der beiden Infektionen Impfstoffe entwickelt, die in regelmäßigen Abständen verabreicht werden müssen.

Nach Eikmeier gilt folgender Impfplan:

Influenzaimpfstoffe (Prevacun, Pferde-Influenza-Vakzine, Fluvac): Zur Grundimmunisierung 2malige Injektion im Abstand von 6 bis 12 Wochen; jährliche Wiederholungsimpfung. Fohlen sind nicht vor Ablauf des 3. Lebensmonats zu impfen.

Rhinopneumonitisimpfstoff (Praevaccinol): Zur Grundimmunisierung: Fohlen ab 2. Lebensmonat 2malige Injektion im Abstand

von 3 bis 4 Monaten. Nichttragende Stuten und männliche Tiere: 2malige Injektion im Abstand von 3 bis 4 Monaten. Tragende Stuten: 1. Impfung 2. bis 3. Trächtigkeitsmonat, 2. Impfung 6. bis 7. Trächtigkeitsmonat. Jährliche Wiederholungsimpfungen, bei Stuten im 6. bis 7. Trächtigkeitsmonat. Auch zur Notimpfung geeignet.

Fohlenlähme

Als weitere Krankheit soll noch die sog. Fohlenlähme erwähnt werden, die in die "Frühlähme" (Erreger u.a. *Shigella equirulis*) und in die "Spätlähme" (Streptokokkeninfektion) unterteilt wird. Erstere tritt i.d.R. zwischen 1. und 4. Lebens- tag auf, letztere dagegen erst am Ende der 1. Lebenswoche bis zum 3. Lebensmonat. Die Bezeichnung Fohlenlähme kommt daher, daß Fohlen im Laufe dieser Erkrankung häufig Anzeichen einer Lahmheit zeigen, da es u.a. auch zur Ansiedlung der Krank- heitserreger in den Gelenken gekommen ist (Löwe u. Meyer, Ullrich 97). Da Fohlenerkrankungen sehr stürmisch verlaufen und innerhalb weniger Stunden zum Tode führen, sollte mög- lichst frühzeitig ein Tierarzt zugezogen werden (Löwe u. Meyer).

Im Hinblick auf die Prophylaxe dieser Fohlenerkrankungen er- wähnen Löwe u. Meyer als entscheidende Maßnahme: Säubern des Euters vor der Geburt, Nabelpflege, frühzeitige Aufnahme des Kolostrums. Zur Impfung sagen sie folgendes: "... Die Impfung der Mutterstuten, wie sie früher vorgenommen wurde, ist durch neuere Untersuchungen sehr fragwürdig geworden. Das betrifft auch die Impfung der Fohlen mit Immunseren. Nur Seren, die spezifische Immunglobuline enthalten, sind angezeigt. Diese Seren können aber zur Zeit von den Impfstoffwerken noch nicht hergestellt werden. Die Prophylaxe der infektiösen Fohlener- krankungen beschränkt sich z.Z. deshalb darauf, in den ersten 24 Stunden auf jeden Fall die Aufnahme der Kolostralmilch zu gewährleisten und durch Antibiotika-Gaben gleich nach der Ge- burt für 1 bis 3 Tage die Fohlen in diesem gefährlichen Zeit- abschnitt gegen Infektionserreger abzuschirmen ...". Ullrich (97) gibt u.a. zur Vorbeuge Hochimmunserum und stallspezi- fische Vakzine an und Eikmeier rät in gefährdeten Beständen zur Verabreichung von Immunglobulinen oder Fohlenlähmeserum.

Hund:

Hier sollen insbesondere die Schutzimpfungen gegen Staupe, Hepatitis contagiosa canis (Hcc) und Leptospirose besprochen werden.

Von diesen 3 Infektionskrankheiten ist die Staupe besonders weit verbreitet, namentlich bei Jungtieren. Da die Anfangssymptome der Infektion oft zu wenig Beachtung finden, kommt es i.d.R. zu einem schwerwiegenden Krankheitsverlauf, wobei die Sterblichkeitsziffer zwischen 20 und 66% liegt; d.h. die Prognose staupeerkrankter Hunde ist ungünstig (Ullrich 97). Ebenso ist die Hcc eine gefährliche Erkrankung für Hunde. Bei perakutem Verlauf sind Behandlungsversuche erfolglos, d.h. die Tiere sterben häufig schon über Nacht (Eikmeier, Ullrich 97).

Bei den durch verschiedene Leptospiren hervorgerufenen Erkrankungen ist hervorzuheben, daß Hunde, die äußerlich genesen, also gesund erscheinen, die Seuche weiterverbreiten, da sie die Leptospiren als Dauerausscheider über den Harn ausscheiden (Ullrich 97). Gegen die 3 erwähnten Infektionskrankheiten ist eine Impfprophylaxe möglich, die bei regelmäßiger Anwendung einen wirksamen Schutz vermittelt. Zur aktiven Immunisierung werden Impfstoffe verschiedener Hersteller verwendet. I.d.R. erfolgt eine Grundimmunisierung gegen alle 3 Krankheiten gleichzeitig (Kombinationsimpfstoff). Je nach Impfstoff liegen das Impfalter und die Wiederholungsimpfungen verschieden. Die Grundimmunisierung soll im Alter von 12 bis 14 Wochen mit einem (Kombinationsimpfstoff gegen Staupe, Hcc und die Leptospirosen) durchgeführt werden. Nach 2 bis 4 Wochen erfolgt eine 2. Impfung nur gegen die Leptospirosen. Wiederholungsimpfungen sind gegen die Leptospirosen jährlich, gegen Staupe und Hcc alle 1 bis 2 Jahre erforderlich. Voraussetzung für die Impfung ist ein entsprechendes Alter (nicht unter 10 Wochen), Wurmfreiheit und Freisein von Krankheiten, die die Ausbildung der Immunität beeinträchtigen könnten (Eikmeier, Ullrich 97). "... Grundsätzlich dürfen nur gesunde Tiere vakziniert werden. Bei Ansteckungsverdacht und zur Erzielung eines sofort wirksamen Schutzes verabreicht man Serum oder besser Immunglobuline und wartet mit der aktiven Immunisierung 2 bis 3 Wochen ..." (Eikmeier). Zur Ergänzung sei gesagt, daß auch eine Impfprophylaxe gegen

Tollwut möglich ist.

Weiterhin ist eine regelmäßige Wurmkur zur Gesundheitsfürsorge erforderlich, da Darmparasiten gesundheitsschädigend wirken und besonders junge Tiere befallen. Nach Niemand (69) sollte die 1. Wurmkur (betrifft besonders Spulwürmer) bereits am 18. Lebenstag der Welpen erfolgen. Eine Wiederholung ist nach 8 Tagen und danach eine nach weiteren 2 bis 3 Wochen durchzuführen. Jeder Wurmkur sollte eine Kotuntersuchung vorausgehen. Kotuntersuchung und evtl. erforderliche Wurmkur sind in Abständen zu wiederholen.

Katze:

Hier soll die Impfprophylaxe gegen Katzenseuche erwähnt werden. Die Katzenseuche, auch infektiöse Laryngoenteritis, Panleukopenie oder infektiöse Agranulozytose genannt, ist nach Ullrich (97) die verlustreichste Katzenerkrankung. An dieser Viruserkrankung erkranken Katzen jeden Alters, jedoch sind Jungkatzen besonders gefährdet (Eikmeier). Die erkrankten Tiere gehen "... in nicht oder nicht rechtzeitig behandelten Fällen mitunter schon über Nacht, sonst nach wenigen Tagen zugrunde ..." (Ullrich 97).

Zur Prophylaxe dieser Seuche ist eine aktive Immunisierung möglich. Die Impfung kann ab der 8. Lebenswoche durchgeführt werden. Im Abstand von 14 Tagen erfolgt eine 2. Vakzination. Um eine belastungsfähige Immunität zu erlangen, ist eine jährliche Wiederholungsimpfung erforderlich (Eikmeier, Ullrich 97).

2.2.4. Heilbehandlung

Wie schon anfangs im Kapitel "Tierhaltung" erwähnt, ist nach Ennulat u. Zoebe und Lorz (59) derjenige der ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat, dazu verpflichtet, im gegebenen Falle für eine vollwertige Heilbehandlung des Tieres zu sorgen. Lorz (59) erinnert dabei auch an die Geburtshilfe.

"... Sie muß wie die Heilbehandlung vollwertig sein. Dabei ist Vorsicht gegenüber 'Hausrezepten' geboten und rechtzeitig der Tierarzt beizuziehen. Auch die Schmerzen eines unrettbar kranken Tieres müssen gelindert werden ...".

Ennulat u. Zoebe äußern sich u.a. zum Problem des unrettbar

kranken Tieres nach der Auffassung des OLG Hamm: "... Der Halter eines unrettbar kranken Tieres macht sich grundsätzlich nicht einer Tierquälerei schuldig, wenn er das Tier nicht tötet oder töten läßt. ... Eine Pflicht zur Tötung eines Tieres habe der Gesetzgeber ausdrücklich nur in § 7 Nr. 4 ... festgelegt. ... Die dem Tierhalter durch § 2 des Gesetzes auferlegte Rechtspflicht zur ordnungsgemäßen Haltung eines Tieres gebiete daher lediglich Linderung von Schmerzen oder Leiden, nicht jedoch die Tötung, selbst wenn diese die einzige Möglichkeit der Schmerzbeseitigung wäre ...".

Abschließend sei nochmals hervorgehoben: Soweit eine Heilbehandlung möglich und tierschützerisch sinnvoll ist, hat sie rechtzeitig zu erfolgen und muß vollwertig sein.

2.2.5. Laienbehandlung

Laienbehandlung, in Form von eigenmächtiger Auswahl und Verabreichung eines Arzneimittels und in Form von manuellen Eingriffen, und deren Folgen sind ein weiteres Problem der tierärztlichen Praxis.

Es ist bekannt, daß die Laienbehandlung in Form von manuellen Eingriffen gerade in der Rindergeburtshilfe beinahe alltäglich ist. "... Manche Tierbesitzer verfügen ... über geburts-hilfliche Erfahrungen am Tier. Die Häufigkeit von Geburtsbeobachtungen und leichten Hilfeleistungen vermitteln auch dem Laien Kenntnisse, die vergleichsweise jenen einer Hebamme im humanmedizinischen Bereich entsprechen können ..." (Baier u. Walser). Daß diese Laiengeburtshilfe zu erheblichen Verletzungen von Muttertier und Kalb führen kann, zeigt eine Arbeit von Fröba auf. Er berichtet über Uterusperforationen bei Rindern in 9 Patientenfällen. Bei 8 dieser 9 Rinder mußte angenommen werden, (aufgrund des Vorberichts und einer gynäkologischen Untersuchung durch den Tierarzt), daß die Perforationen durch Laiengeburtshilfe verursacht wurden. Dabei kam es zu erheblichen Verletzungen, wie: Uterusperforation von 10 bis 25 cm Länge; Vorfall des Jejunums aus der Vagina; Ruptur der A. uterina caudalis dextra. 3 der 9 geborenen Kälber waren tot. Der Tierarzt wurde jeweils nach entstandennem Schaden zugezogen. Bei allen 9 Tieren konnte Heilung erzielt werden (grundsätzlich wurden nur Tiere mit ungestörtem

Allgemeinbefinden und frischen, perforierenden Gebärmutterverletzungen operiert). Allerdings war eine weitere Zuchtbenutzung nicht bei allen Tieren möglich oder die Konzeption gelang erst nach mehrmaliger Sterilitätsbehandlung durch den Tierarzt.

Diese eigenmächtigen Eingriffe der Tierbesitzer sind daher auch in der Haftpflicht und Gewährschaft der Tierärzte berücksichtigt. Danach kann die Schadenersatzpflicht des Tierarztes eingeschränkt oder aufgehoben werden, "... wenn der Geschädigte an dem entstandenen Schaden eigenes Verschulden hat oder wenn er seiner Schadenminderungspflicht nicht nachgekommen ist. ... In der Praxis kommen solche Fälle nicht selten vor. Möglicherweise entsteht ein Schaden ganz oder teilweise dadurch, daß der Tierarzt zu spät gerufen wird, daß Behandlungsversuche von dritter Seite durchgeführt, unter Umständen auch verschwiegen wurden, daß angeordnete Maßnahmen nicht durchgeführt wurden, daß die empfohlene Notschlachtung nicht oder nicht rechtzeitig veranlaßt wurde. In allen diesen Fällen kommt dem Tierbesitzer die Pflicht zu, den durch sein Verhalten verursachten Teil des Schadens selbst zu tragen ..." (Baier u. Walser).

Aus dem oben Genannten ist zu ersehen, daß der Tierarzt mit der Laienbehandlung rechnen muß.

2.3. Tierhandel

Der 7. Abschnitt des TSchG befaßt sich in § 11 mit dem Tierhandel. In diesem Paragraphen heißt es u.a.: "(1) Wer gewerbsmäßig mit Tieren handelt, hat dies bei Beginn der Tätigkeit der zuständigen Behörde anzuzeigen. Dies gilt nicht für Personen, die mit landwirtschaftlichen Nutztieren aus dem eigenen Betrieb handeln, sowie für Züchter, die eingetragenen Züchtervereinen angehören und ausschließlich im Rahmen der Zweckbestimmung des Vereins Tiere halten, züchten und handeln ...".

Nach Ennulat u. Zoebe gilt diese Vorschrift somit "... nur für den allgemeinen Handel mit Tieren aller Art, beispielsweise für den zunehmend zu beobachtenden Handel mit Hunden, für den Handel mit Tieren in Zoofachhandlungen und Zoofachabteilungen großer Kaufhäuser, aber auch für den Handel mit

Pferden außerhalb des landwirtschaftlichen Nutztierhandels...". In Verbindung mit meiner Arbeit soll hier besonders auf die sog. Zoofachhandlungen hingewiesen werden. Nach § 16 (1) TSchG sind Zoofachhandlungen und ähnliche Einrichtungen, in denen Tiere zum Verkauf angeboten werden, durch die zuständige Behörde zu beaufsichtigen, d.h., "... Wer also Tiere feilhält, zum Verkauf anbietet, unterliegt einer besonderen behördlichen Aufsicht Diese Aufsicht durch die zuständigen Behörden soll sicherstellen, daß die Haltungsvorschriften dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes zu erlassenden Rechtsverordnungen beachtet werden. Die zuständige Behörde wird durch die Vorschrift zur Aufsicht verpflichtet. Sie wird dieser Verpflichtung durch unregelmäßige, unangekündigte Kontrollen genügen, muß jedoch bei Beschwerden über nicht tierschutzgerechte Tierhaltungen jederzeit diese Aufsicht ausüben. Um Mißstände abzustellen, stehen ihr die Befugnisse nach § 2 Abs. 2 und 3 des Gesetzes zu ..."
(Ennulat u. Zoebe).

Noch vor einigen Jahren war es üblich, daß Rassehunde vom Interessenten direkt beim Züchter gekauft wurden. Als die Nachfrage schließlich das Angebot überstieg, wurden manche Liebhaberzuchten in gewerbliche Zuchten umgewandelt, oder der Züchter kaufte sogar Welpen aus gewerblichen Zuchten dazu, um seinen Bedarf zu decken. Die Hunde, die in Zoofachhandlungen zum Verkauf angeboten werden, stammen i.d.R. aus diesen gewerblichen Zuchten, "... d.h. sie werden weniger gezüchtet als produziert. Das Ziel heißt: Möglichst viele Welpen aufziehen, absetzen und verkaufen ..." (Gass).

Grzimek bezeichnet diese Massenhundezuchten zur Produktion von Rassehunden als "Hundefabriken", in denen die Hündinnen ausschließlich in Drahtkäfigen gehalten werden und den Menschen nur zur Futterzeit und beim Säubern sehen. Er nennt diese Erscheinung ein Kennzeichen des Wohlstandsbürgers, dem ein teurer Rassehund mit Stammbaum wichtiger ist, als ein Hund bekannter Herkunft aus einer Liebhaberzucht. Zu dem Gedanken Rassehund - rasseloser Hund äußert sich auch Pommery. Unter dem Buchtitel "Geld verdienen mit Tieren" ermuntert er den Leser, das Zuviel an Freizeit sinnvoll auszufüllen, z.B. mit Hundezucht, und hier nur mit der "Vermehrung" reinrassiger Tiere, "... denn sie sind die einzigen,

die kommerziell verwertbar sind ...". Dagegen ist er der Meinung, daß rasselose Hunde, die er als Früchte des Zufalls oder der Nachlässigkeit des Besitzers bezeichnet, die auf den Markt gebracht werden, zu Preisen verkauft werden, "... die in keinem Verhältnis zu ihrer Qualität stehen ...". Daher bezeichnet er diesen Handel mit rasselosen Hunden als weder "besonders lukrativ" noch als eine "interessante Freizeitbeschäftigung".

Stern (89) äußerte sich zu dem Problem der Tierhandlungen auf dem Deutschen Tierärztetag 1974 mit folgenden Worten: "... In den Schaufenstern der Ladengeschäfte, in den Vitrinen der Kaufhäuser betteln die sorgfältig ausgesuchten Demonstrationsobjekte die Menschen an, man möge sie doch endlich von der Lieblosigkeit einer gewerblichen Welt erlösen, sprich: sie kaufen ...".

Fleischer ist der Meinung, daß dieses Zitat die Händler zu verstärkten Bemühungen anregen sollte, die Haltungsbedingungen der von ihnen betreuten Tiere so optimal wie möglich zu gestalten, denn die Öffentlichkeit erwartet mit Recht von den Tierhandlungen das Optimum in Bezug auf Tierhaltung.

Fleischer erwähnt in seinem Bericht des Veterinäramtes Hamburg - Mitte allerdings auch, daß sich etwa die Hälfte aller Beschwerden, die sich von der Öffentlichkeit gegen die Tierhandlungen richteten, als nicht berechtigt erwiesen. Im übrigen gab das Veterinäramt an die Tierhändler folgende Anordnungen heraus: "Es dürfen nur solche Hunde in Zoo- und Hundehandlungen verbracht werden, die vor Einstellung gegen Staupe Schutzgeimpft sind. Die Impfbescheinigungen sind im Ladengeschäft aufzubewahren, der beaufsichtigenden Behörde auf Verlangen vorzulegen und den Käufern der Hunde auszuhandigen. ... Der Verkauf kranker und krankheitsverdächtiger Hunde ist unzulässig. Sie sind unverzüglich zu isolieren und fachgerecht zu behandeln. ... Zur fachgerechten Behandlung gehört nicht in jedem Fall die Hinzuziehung eines Tierarztes. Es gehört aber dazu in jedem Verdachtsfall eine Fiebermessung. ... Bei Feststellung von Fieber muß ein Tierarzt zugezogen werden. Wird das unterlassen, so kann diese Versäumung als Verstoß gegen § 2 (1) des TSchG gewertet werden, weil einem offensichtlich kranken Tier die angemessene Behandlung nicht gewährt wurde. ... Der Verkauf von unter 8 Wochen alten

Hunden ist unzulässig ...". Fleischer begründet letztere Vorschrift damit, daß unter 8 Wochen-alte Welpen "... nach der Trennung von der Mutter und bei den veränderten Haltungs- und Fütterungsbedingungen in Zoo- und Hundehaltungen erfahrungsgemäß besonders anfällig gegen Erkrankungen sind ...". Auch von Stephanitz (86) warnt vor dem Kauf von unter 8 Wochen alten Hunden: "... Manche Züchter nehmen gern einige Welpen früh vom Wurf weg, damit die übrigen um so kräftiger werden und die Mutter verschont wird. Solche früh der Mutter fortgenommenen Welpen erleiden aber leicht Wachstumsstörungen und sind besonders anfällig für Störungen im Bereich des Verdauungstraktes und besonders auch für Staupe. Daher sollte man niemals einen Hund erwerben, der jünger als 8 Wochen ist...". Das Problem der Tierhandlungen erwähnt auch Wolff (107), in Verbindung mit Katzen. Sie rät dringend davon ab, eine Katze in einer Tierhandlung zu kaufen: "... Nur ganz gewissenlose Züchter mit minderwertigen Tieren verschicken ihre Würfe, die meist viel zu jung sind, in eine solche ungeeignete Umgebung, wo es an sachgemäßer Pflege mangelt. ... Fast immer stellen sich bei solchen Tieren später Mangelerscheinungen ein: Ernährungsstörungen, Rachitis, Würmer, Hauterkrankungen oder schwere Infektionen, die sie entweder von einem zweifelhaften Zuhause mitbringen oder sich auf ihrem Leidensweg zuziehen ...". Wolff (107) ist der Meinung, daß eine Katze beim Kauf "... keinesfalls jünger als 10 Wochen ..." sein sollte; und in einem Merkblatt des Deutschen Edelkatzenzüchterverbandes wird empfohlen, ein Jungtier nicht unter 9 Wochen abzugeben (Wolff 107). Das Absetzen von der Mutter in diesem Alter ist immer noch sehr früh, wenn man bedenkt, daß von Natur aus die Auflösung der Katzenfamilie ungefähr mit dem Versiegen der Muttermilch zusammenfällt. Dies ist bei großen Würfen (5 bis 6 Junge) bereits mit 6 Monaten der Fall, bei 2 bis 3 Jungen dagegen erst mit etwa 8 Monaten (Leyhausen).

Um den Abschnitt "Tierhandel" abzuschließen, sei nochmals auf den Bericht von Fleischer hingewiesen. Er erwähnt, daß es in den Fällen von berechtigten Beanstandungen doch meistens gelingt, die Händler ohne schriftliche Anordnungen zur Abstellung der Mängel zu veranlassen. "... Es gibt aber auch uneinsichtige Händler, die berechtigten Argumenten

des Tierschutzes nicht zugänglich sind. So sind einige Händler der Ansicht, daß die von ihnen angebotenen Tiere nicht 'gehalten', sondern nur 'feilgehalten' würden. Die Unterbringung im Ladengeschäft sei nur ein Übergangszustand; erst der Käufer beginne mit der eigentlichen Tierhaltung ...". Fleischer widerspricht entschieden dieser Ansicht und weist darauf hin, daß nach Lorz (59) der Gesetzgeber neben dem eigentlichen Tierhalter auch den Personenkreis erfaßt, der Tiere nur kurzzeitig zu betreuen hat, also auch Zoo- und Hundehändler.

2.4. Töten von Tieren

Der Abschnitt des TSchG "Töten von Tieren" (§ 4) und die damit verbundenen §§ 1 und 17,1, erlangen in der tierärztlichen Praxis besondere Bedeutung.

Schultze-Petzold (78) ist der Meinung, daß dem Tierarzt im Zusammenhang mit diesen Paragraphen insbesondere dann Probleme erwachsen, wenn z.B. von ihm die Tötung eines Haustieres verlangt wird, die aus tierärztlichen Gründen nicht erforderlich ist.

§ 4 (1) lautet: "Ein Wirbeltier darf nur unter Betäubung oder sonst, soweit nach den gegebenen Umständen zumutbar, nur unter Vermeidung von Schmerzen getötet werden. Ist die Tötung eines Wirbeltieres ohne Betäubung im Rahmen weidgerechter Ausübung der Jagd oder auf Grund anderer Rechtsvorschriften zugelassen oder erfolgt sie im Rahmen zulässiger Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen, so darf die Tötung nur vorgenommen werden, wenn hierbei nicht mehr als unvermeidbare Schmerzen entstehen. Ein Wirbeltier töten darf nur, wer die dazu notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten hat".

In diesem Paragraphen ist also nicht "ob" sondern "wie" das Tier getötet wird von Bedeutung. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Tötung als solche rechtmäßig oder unrechtmäßig ist -sie hat unter Vermeidung von Schmerzen zu erfolgen. Als geforderte Betäubung in § 4 (1) kommt nach Lorz (59) nur die "... Totalbetäubung (Ausschaltung des Bewußtseins)..." in Betracht. "... Es handelt sich um eine künstliche Betäubung, bei der durch den Menschen eine möglichst sofortige Bewußtlosigkeit des Tieres hervorgerufen wird. ... Die Be-

täubung ist hier in keinem Falle dem Tierarzt vorbehalten..." (Lorz 59); z.B. erfolgt die Betäubung vor der Schlachtung eines Tieres mit dem Bolzenschußapparat durch den Metzger. Ennulat u. Zoebe äußern sich dazu wie folgt: "... § 4 schreibt hinsichtlich der Qualifikation dessen, der eine Betäubung vornimmt, keine besonderen Voraussetzungen vor, hingegen darf nach § 5 Abs. 1 Satz 2 nur ein Tierarzt die Betäubung eines warmblütigen Wirbeltieres vornehmen, soweit es sich um Eingriffe handelt. ... Wenn daher auch für die Betäubung nach § 4 die Qualifikation eines Tierarztes nicht vorgeschrieben ist, wird sich empfehlen, in jedem Fall einen Tierarzt zuzuziehen und die Betäubung von diesem ausführen zu lassen, da i.d.R. nur auf diese Weise sichergestellt werden kann, daß die Betäubung selbst nicht zu strafbaren Beeinträchtigungen des Tieres führt. Jedoch ist es auch zulässig, daß ein Laie die Betäubung durchführt. ... Hinsichtlich der Art der Betäubung ist Voraussetzung, daß diese dem Tier keine Schmerzen oder Leiden verursacht, es kommen daher die nach dem jeweiligen Stand der tierärztlichen Wissenschaft als nicht quälerisch festgestellten Betäubungsmethoden in Betracht ..." (Ennulat u. Zoebe).

Auf einer DVG-Tagung wurden unter dem Thema "Zum Töten von Wirbeltieren aus der Sicht des TSchG vom 24. 7.1974" verschiedene Tötungsformen erwähnt, so z.B. für den Hund: "... Beim Hund ist in Anwesenheit des Besitzers eine ästhetische Tötung angezeigt. Eine Barbituratüberdosierung führt durch alle Narkosestadien. Nach einer Schmerzausschaltung kommt es zur Asphyxie und zum Herzstillstand ..." (von Cramon).

Diesem § 4 steht nun zum einen der Grundsatz des TSchG, nämlich der Schutz des Lebens (§ 1), und zum anderen die Strafe für denjenigen, der ein Wirbeltier ohne vernünftigen Grund tötet (§ 17,1.), gegenüber. In § 1 wird das Leben des Tieres schlechthin geschützt. "... Dem steht nicht entgegen, daß der Mensch bei einer Minderheit von Tierarten im Interesse seiner eigenen Existenz, namentlich zur Nahrungsgewinnung oder Schädlingsbekämpfung, Tiere tötet und sogar töten muß oder daß er dies zur Ernährung von Tieren tut ..."; denn der Mensch darf "... die Tiere für seinen Zweck benutzen und ab-

nutzen, gebrauchen und verbrauchen - nicht aber mißbrauchen...". Das ist ein elementarer Satz der Sittlichkeit (Lorz 59).

"Es ist uns auferlegt, daß Lebendiges sterben muß, damit wir leben können. Da gibt es wohl nur Eines, nicht stumpf zu werden" (Guardini). Kotter äußerte sich zu diesem Problem in seiner Rektoratsrede 1966 wie folgt: "... Fast unmöglich ist es, den Konflikt zwischen den Erhaltungsinteressen der Menschheit und ihren ethischen Pflichten gegenüber den Nutztieren zu lösen. Wo der Hunger die Nahrungsgewinnung zur bitteren Notwendigkeit macht, ist zwar das allgemeine ethische Gebot zur Nutzungsbeschränkung nicht aufgehoben, die aus echter Not handelnden Menschen haben jedoch zumindest eine Rechtfertigung für gewisse Einschränkung. Die Rechtfertigung ist aber dann nicht gegeben, wenn die Kalkulation allein entscheidet...". So ist auch Schultze-Petzold (78) der Meinung, daß eine Wirbeltiertötung immer dann geboten und damit gerechtfertigt ist, "... wenn das schutzwürdige höherwertige Rechtsgut eine Tötung geradezu erfordert. So kann kein Zweifel darin bestehen, daß jede Tötungshandlung zum Zwecke der Sicherstellung der Ernährung des Menschen gerechtfertigt ist ...". Dagegen wird jeder Mißbrauch mit Strafe belegt und im Falle der grundlosen Tötung eines Wirbeltieres tritt § 17,1. TSchG in Kraft: "... Mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer 1. ein Wirbeltier ohne vernünftigen Grund tötet oder ...".

Die Tötung ohne vernünftigen Grund ist also rechtswidrig und strafbar; "... wird sie aber von einem vernünftigen Grund getragen, so ist die Tötung rechtmäßig und straffrei ..."

(Lorz 59). Ennulat u. Zoebe weisen darauf hin, daß der Gesetzgeber an keiner Stelle, auch nicht in der amtlichen Begründung, darauf eingegangen ist, was er unter der Formulierung "ohne vernünftigen Grund" verstanden wissen will.

Als vernünftige Gründe, die eine Tiertötung rechtfertigen, betrachtet Lorz (59) z.B. die Ernährung des Menschen, Gemeingefährlichkeit, Hunde und Katzen die auch im Tierheim nicht länger zu verwahren sind, Tiere die unter Altersschwäche oder einer schweren unheilbaren Erkrankung leiden. Nach Schultze-Petzold (78) ist u.a. die "tierärztliche Indikation" ein vernünftiger Grund zur Tötung. Ferner stimmt er der Tötung eines alten, gebrechlichen Tieres dann zu, "...

wenn durch das Weiterlebenlassen Leiden zu besorgen sind. Wenn diese Leiden noch nicht konkret vorliegen, sollten jedoch gesicherte Erkenntnisse gegeben sein, nach denen diese Leiden in absehbarer Zeit zu befürchten sind ...". Schließlich erwähnt er auch, daß Aggressivität eines gehaltenen Tieres gegenüber Menschen primär keinesfalls als rechtfertigender Grund für eine Tiertötung gelten kann. In solch einem Fall kann der Besitzer das Tier häufig nicht weiter halten. "... Doch erst wenn dieser alle zumutbaren Anstrengungen unternommen hat, das Tier in andere Hände zu vermitteln, und erst dann, wenn er nachweislich keinen Erfolg gehabt hat, wenn also daraus folgt, daß das Tier aus tatsächlichen Gründen nicht mehr gehalten werden kann, dann erst dürfte eine Rechtfertigung für die Tötung gegeben sein ..." (Schultze-Petzold 78).

Dagegen ist eine Tötung nach Ennulat u. Zoebe und Lorz rechtswidrig z.B. auf Grund von: Bequemlichkeit, Laune, böser Lust, Mutwillen, Verärgerung, Überdruß an einem Tier; dies gilt auch für die im Rahmen des Leistungssports ungeeigneten, insbesondere alten Tiere und für die Beseitigung überzähliger Welpen oder sog. Fehlfarben durch den Züchter. Ennulat u. Zoebe erörtern das Problem der überzähligen Welpen, wobei sie in der Tötung auf Grund von Züchternvorschriften keinen vernünftigen Grund sehen. "... Es ist hierbei besonders zu berücksichtigen, daß der Mensch, der Züchter also, die Kausalität für den Wurf setzt und von vornherein in Kauf nimmt, daß mehr Welpen als nach Züchternvorschrift zulässig, entstehen. Weisen die überzähligen Welpen keine Mängel auf, die sie lebensunfähig nach allgemeinen, nicht nach den besonderen Anschauungen der züchterischen Interessen, machen, ist eine Berechtigung zur Tötung nicht gegeben. ... Eine Auswahl von Jungtieren nach modischen Gesichtspunkten oder willkürlichen züchterischen Gesichtspunkten, die eine Tötung der nicht anerkannten Jungtiere erfordert, reicht zur Rechtfertigung der Tötung nicht aus. Auch wirtschaftliche Erwägungen können hierbei keine Berücksichtigung finden, da der Mensch bei wohl fast allen Züchtungen, die ja nur unter seiner Aufsicht erfolgen und nur mit seiner Billigung geschehen, durch die Häufigkeitssteuerung die Zahl der Jungtiere hinreichend regulieren kann. Die Kausalität des Entstehens muß der Züchter

sich zurechnen lassen. Das gilt für Züchtungen aller Art. Doch auch in den Fällen, in denen der Tierhalter für das Entstehen der Jungtiere keine Kausalität setzt, z.B. bei Hauskatzen, die nicht zu Zuchtzwecken gehalten werden, ist eine Tötung der Jungtiere nur unter besonderen Umständen gerechtfertigt. ... Bringt nun eine Katze Junge zur Welt, die der Tierhalter nicht aufziehen will, so muß er zunächst versuchen, diese Jungtiere anderweitig unterzubringen. Als Halter des Muttertieres trifft ihn die generelle Fürsorgepflicht des § 2 TSchG. Wenn er jedoch niemand findet, der bereit ist, die Jungtiere abzunehmen, wenn auch das möglicherweise sich am Ort befindliche Tierheim die Übernahme verweigert, wenn also der Tierhalter alles versucht hat, das Leben der Katzen zu erhalten und er - sei es auf Grund beschränkter Raumverhältnisse, sei es auf Grund der eigenen wirtschaftlichen Lage, die eine zusätzliche Versorgung von Haustieren nicht zuläßt - sich nicht in der Lage sieht, diese Jungtiere aufzuziehen, darf er sie töten bzw. töten lassen (hier ist § 4 TSchG zu beachten). Indessen wird auch in diesen Fällen eine Tötung dann nicht mehr gerechtfertigt sein können, wenn sie in regelmäßigen Abständen notwendig wird. Dann trifft den Katzenhalter nämlich die Verpflichtung, zur Vermeidung der sonst unabweisbaren Tiertötung das Muttertier sterilisieren zu lassen. Die Unterlassung dessen hebt die Rechtfertigung auf ...". Die Tiertötung ist als ultima ratio also nur dann gerechtfertigt, wenn dem Tierhalter die Tierhaltung infolge unabwendbarer eigener Bedürfnisse nicht mehr zumutbar ist und er alles versucht hat, um sein Tier in andere Hände zu geben. Allerdings weisen Ennulat u. Zoebe darauf hin, "... daß das Tierheim eines Tierschutzvereins kaum jemals die Übernahme eines Hundes ablehnen wird ...". Auch nach Lorz (59) ist die Unterbringung in einem Tierheim der Tötung vorzuziehen.

Zu dem Problem der Tötung "überzähliger Welpen" und "Fehl-farben" soll ein Urteil des OLG Frankfurt am Main erwähnt werden: Das Mitglied eines Rassehundevereins hatte entgegen der Zuchtordnung dieses Vereins nicht nur 6 sondern 8 Welpen bei der Mutter belassen, da sich mehrere Tierärzte weigerten, die überzähligen Welpen zu töten. Daraufhin verlangte der Züchter auch für diese überzähligen Welpen von seinem Verein

"Papiere". "... Während in der 1. Instanz dem Hundezuchtverein recht gegeben wurde, entschied das OLG Frankfurt nunmehr, daß das 1. Urteil aufgehoben wird und dem Züchter die entsprechenden Ahnentafeln auszuhändigen sind. ... Das Gericht zeigte eindeutig, daß weder züchterische Erfahrungssätze noch sog. Fehlfarben vernünftige Gründe darstellen; vielmehr muß für die Tötung für jedes einzelne Tier ein vernünftiger Grund vorliegen. Dieser kann jedoch nur eine medizinische Indikation sein: Die Tötung von Welpen ist also voll in die Verantwortung des behandelnden Tierarztes übertragen und stellt in allen übrigen Fällen eine Deliktshandlung im Sinne des § 17,1 dar ..." (Schütz). Zur Wurfeinschränkung äußerte sich auch Muno auf einem kynologischen Symposium des Verbandes für das Deutsche Hundewesen 1974 in Mannheim. Seiner Meinung nach hat eine diktatorische Tötungsanordnung vor dem TSchG keinen Platz mehr. Trumler (95) befürwortete auf diesem Symposium die Wurfeinschränkung auf gesunde Tiere und Wegener setzte sich für die Kastration weiblicher, nicht zuchtfähiger oder nicht zur Zucht bestimmter Hunde ein. Auf diese Weise soll einer Überbevölkerung, vor allem streunender oder herrenloser Hunde entgegengewirkt werden (Hauser). Von Cramon erwähnt im Zusammenhang mit der Tötungsart von neugeborenen Welpen auf einer DVG - Tagung zum Thema "Zum Töten von Wirbeltieren aus der Sicht des TSchG vom 24. 7.1974", daß Welpen frühzeitig getötet werden sollten, "... damit ein langer Weg voll Komplikationen erspart bleibt. Ein weiterer Grund ist die notwendige Populationskontrolle ...". Carding spricht von Hunden und Katzen von Tierarten, "... die sich einer besonderen Stellung im Herzen der Menschen erfreuen ...", die aber, im Falle der überzähligen Tiere, in eine Welt hineingeboren werden, die sie nicht willkommen heißt, d.h. sie sind oft nur willkommen, solange sie jung und verspielt sind. Sobald sie erwachsen und anstelle von der Mutter nun vom Menschen abhängig werden, bedeuten sie nur noch eine Last für den Besitzer. "... Man zählt in den 17 westeuropäischen Staaten, inklusive Skandinavien, ungefähr 30 Millionen Hunde. Jedes Jahr kommen etwa 15 Millionen Welpen zur Welt, von denen jedoch nur 8 Millionen erwünscht sind. Ungefähr 2 Millionen sterben höchstwahrscheinlich an der einen oder anderen Krankheit oder kommen bei Unfällen um.

Die restlichen 5 Millionen junger Hunde werden nach unserer Schätzung von privaten Veterinären oder von Tierschutzgesellschaften getötet...". Um diesen unerwünschten jährlichen Zuwachs von Junghunden zu unterbinden, befürwortet Carding die Förderung der Sterilisation durch subventionierte Kliniken und die Aufklärung von an der Zucht uninteressierten und nachlässigen Hündinnenbesitzer. Dabei weist er auf den Zeitpunkt hin, "... wo wir eine einfache chemische Methode zur Empfängnisverhütung für Hunde und Katzen sowie für andere Tiere haben werden. ... Kleine Hunde und Katzen würden nicht mehr in eine Welt hineingeboren, in der sie nutzlos und unerwünscht wären, sondern in eine, in welcher der Zuwachs gemäß der Nachfrage geregelt werden kann ...".

Schließlich soll noch die Meinung von Schultze-Petzold (79) über das Töten überzähliger Welpen hier festgehalten werden. Auch für ihn können die im Rahmen der Vereinsautonomie entwickelten Züchtervorschriften vor dem grundsätzlichen Tötungsverbot des TSchG keinen Bestand haben. Er begründet dies damit, "... daß kein höherwertiges menschliches Rechtsgut eine solche Tötung zwingend erfordert. Hundezucht dient nun einmal nicht der menschlichen Ernährung oder anderen, unabwendbaren Bedürfnissen, die notwendigerweise die Tötung dieser 'überzähligen' Welpen zwingend erfordern ...". Er weist darauf hin, daß ja der Züchter die Kausalität für den Wurf setzt und von vornherein damit rechnen muß, daß mehr Welpen geboren werden, als nach der Züchtervorschrift zulässig sind. Dennoch kann und darf im Einzelfall eine Tötung von Welpen erfolgen. Diese ist immer dann gerechtfertigt, "... wenn der Sachverständige, d.h. der Tierarzt, in voller Verantwortung vor dem Gesetz eine solche Tötung für erforderlich hält ...". Dies ist z.B. der Fall, wenn die Hündin bei der Aufzucht des Wurfes Schaden nehmen würde und keine andere Möglichkeit zur Aufzucht der Welpen gefunden werden konnte, oder wenn die Welpen infolge ihrer Konstitution keine Überlebenschance haben. "... Das zu entscheiden, muß jedoch dem Sachverständigen vorbehalten bleiben, der zweckmäßigerweise in jedem Fall heranzuziehen ist ..." (Schultze-Petzold 79). Also erst wenn alle zumutbaren Versuche, z.B. auch die Abgabe von Jungtieren an das nächstgelegene Tierheim, fehlgeschlagen sind, erscheint eine Tötung gerecht-

fertigt. Dabei erklärt Schultze-Petzold (78) ausdrücklich, daß der die Tötung Ausführende, also der Tierarzt, für das Vorliegen eines vernünftigen Grundes beweispflichtig ist. Der bloße Wunsch des Besitzers zur Tötung eines Tieres ist kein vernünftiger Grund. Daher rät er den Tierärzten, für den Tötungsfall eine Art Checkliste anzufertigen, nach der die Tierbesitzer abzufragen sind, um jederzeit den Nachweis zu erbringen, daß ein vernünftiger Grund zur Tötung vorlag. "... Eine solche Checkliste müßte daher vor allem den Namen und die Anschrift des Tiereigentümers enthalten und nach dem Tötungsgrund, den nachweislichen Aktivitäten, das Tier anderweitig unterzubringen, sowie nach dem Ergebnis dieser Aktivitäten fragen" (Schultze-Petzold 78).

3 EIGENE UNTERSUCHUNGEN

In den folgenden 48 Fällen (21 Hunde, 4 Katzen, 4 Rinder, 19 Pferde) handelt es sich um Patientenfälle, die aus den Kliniken des Fachbereichs Tiermedizin München, tierärztlichen Praxen und der Literatur stammen.

Alle Fälle wurden nach den in der Einleitung festgehaltenen Gedanken ausgeführt und wie folgt gegliedert:

3.1. Tierhaltung

- | | |
|----------------------------|-------------------|
| 3.1.1. Umgang mit Tieren | (Fall Nr. 1 - 11) |
| 3.1.2. Fütterung | (Fall Nr.12 - 15) |
| 3.1.3. Gesundheitsfürsorge | (Fall Nr.16 - 19) |
| 3.1.4. Heilbehandlung | (Fall Nr.20 - 27) |
| 3.1.5. Laienbehandlung | (Fall Nr.28 - 32) |

3.2. Tierhandel (Fall Nr.33 - 34)

3.3. Entledigung und Töten von Tieren (Fall Nr.35 - 45)

- 3.3.1. von kranken, alten, bösartigen Tieren
- 3.3.2. von Jungtieren

3.4. Verschiedenes (Fall Nr.46 - 48)

Es ist einzufügen, daß einige Fälle nicht nur unter 3.1., 3.2., 3.3. oder 3.4. einzuordnen sind, sondern zwei oder mehreren Gruppen angehören. Sie wurden nach dem überwiegenden Problem eingeordnet.

Jeder einzelne Patientenfall besteht aus:

1. Besprechung des Falles (Krankenbericht) und
2. Diskussion (a. Tierschutzproblem, b. Lösung des Problems).

3.1. Tierhaltung

3.1.1. Umgang mit Tieren

Fall Nr. 1

1. Besprechung des Falles

Spanielhündin, 8 Monate

Vorbericht: Die Hündin wurde ohne Wissen der Besitzerin von einem Bekannten im Auto mitgenommen. Dieser ließ das Tier in dem in der Mittagssonne geparkten Wagen allein zurück (keine Zeitangabe). Als der Bekannte mit der Hündin zurückkehrte, fiel der Besitzerin sofort das veränderte Benehmen des Tieres auf. Nach Befragung des Bekannten, tauchte sie die Hündin ins Wasser und brachte sie sofort zum Tierarzt.

Befund: 13.45 Uhr. Der Patient war apathisch, abwesend, brach zusammen. Temperatur (T) 38,6 °C.

Diagnose: Hitzschlag.

Therapie: Sterofundin, Tutofusin, Strophanektan, Dimazon.

15 Uhr. Allgemeinbefinden gut; Injektion (Coffeinum-Natrium). Der Patient wurde entlassen, mit dem Hinweis, am folgenden Tag zur Kontrolle zu kommen.

Am folgenden Tag war das Allgemeinbefinden gut.

2. Diskussion zu Fall Nr. 1

a. Tierschutzproblem

Hier stellt sich die Frage, warum der Hund überhaupt von dem Bekannten der Besitzerin mitgenommen wurde, wenn er doch nur, da beim Einkaufen störend, im Auto bleiben mußte? Allerdings ist das Rudeltier Hund von Natur aus nicht gern allein zu Hause. So mancher Hundebesitzer läßt sich von den traurigen Augen seines Vierbeiners erweichen und nimmt ihn schließlich doch mit - oft zum Schaden des Hundes -, wie in diesem Falle. Tiere in einem in der Sonne abgestellten Fahrzeug zurückzulassen, ist ohne Zweifel eine Tierquälerei, da die Temperatur im Wageninneren in kurzer Zeit bis auf 50 - 60 °C ansteigen kann. Dies ist eine Tatsache, die jedem Autofahrer bekannt ist. Daher liegt hier ein grober Verstoß gegen das TSchG vor (§ 1 und § 2 (1), 1. TSchG).

Ohne vernünftigen Grund wurde durch die oben genannte Handlungsweise das Wohlbefinden des Tieres gestört und eine Erkrankung hervorgerufen, da die nach § 2 (1), 1. TSchG gefor-

derte "verhaltensgerechte Unterbringung", unter der nach Lorz (59) auch die Unterbringung in einem Transportmittel zu verstehen ist, nicht beachtet wurde.

"... Ein naheliegendes Beispiel für die mehrfache Verursachung von Leiden bietet das Belassen eines Hundes in einem geschlossenen Kraftwagen ..., der in der prallen Sonne steht.." (Lorz 59).

Ennulat u. Zoebe sagen zu diesem Problem: "... Gegen Wettereinwirkung ist geeignete Vorsorge zu treffen, die Tiere sind daher auf geeignete Weise vor Nässe, Schnee usw. zu schützen. Aber auch Sonneneinwirkung kann zu erheblichen Beeinträchtigungen führen ...".

Wenn es unbedingt notwendig ist, den Hund im Auto zu lassen, dann nur im Schatten, bei geöffnetem Fenster und für kurze Zeit. "... Der Beförderungsunternehmer ist für die Dauer des Transportes für den ordnungsgemäßen Zustand der Tiere und dafür verantwortlich, daß sie keinen erheblichen Beeinträchtigungen ausgesetzt sind ..." (Ennulat u. Zoebe). Der Hitzschlag muß als erhebliche Beeinträchtigung angesehen werden. Somit liegt eindeutig ein Verstoß gegen das TSchG vor.

b. Lösung des Problems

Die Besitzerin handelte geistesgegenwärtig, als sie die Hündin sofort abkühlte und auf dem schnellsten Weg zum Tierarzt brachte. Hier wurde der Patient als Notfall sofort behandelt. In diesem Fall wurden die Besitzerin des Hundes und ihr Bekannter vom Tierarzt auf die unsachgemäße Verwahrung des Hundes und die dadurch entstandene Tierquälerei hingewiesen.

Fall Nr. 2

1. Besprechung des Falles

Spanielhündin, 10 Monate

Vorbericht: Gegen 8 Uhr hatte die Hündin 7 Dragees Optalidon spezial gefressen. Sie erbrach nicht. Gegen 10 Uhr wurde sie dem Tierarzt vorgestellt.

Befund: Ataxie, Schreckhaftigkeit, Salivation; T 38,4 °C.

Diagnose: Arzneimittelvergiftung.

Therapie: Stationäre Aufnahme; medikamentelle Behandlung (Apomorphin, Carbo medicinalis, Paraffinum liquidum oral, Hepabionta, Novalgin).

2. Tag: Allgemeinbefinden gut, lebhaft, keine Ataxien. Blut- und Leberstatus: Blutwerte im Bereich des Normalen; Leberwerte erhöht. Erneute Behandlung mit Hepabionta.

3. Tag: Entlassung. Eine Nachbehandlung mit Hepabionta erfolgte durch den Besitzer.

Fall Nr. 3

1. Besprechung des Falles.

Deutscher Schäferhundrüde, 9 Monate

Vorbericht: Der Besitzer war etwa 10 Minuten mit seinem Hund spazieren gegangen. Dabei ließ er den Rüden mehrmals einen Stock apportieren. Während des Laufens knickte der Hund in der Hinterhand ein und brach schließlich zusammen, wobei er nicht mehr ansprechbar war. Etwa 1 Stunde nach dem Vorfall kam der Patient in tierärztliche Behandlung.

Befund: 11 Uhr. Koma; Ruderbewegungen, flacher Puls (132/Min.), gut abgesetzte Herztöne. Auf Grund des Vorberichtes, des warmen Wetters und des Untersuchungsbefundes wurde ein Kreislaufkollaps vermutet. (Die entsprechende Therapie wurde sofort eingeleitet).

Drei Stunden nach der stationären Aufnahme rief der Besitzer an und teilte dem behandelnden Tierarzt mit, daß er in seiner Wohnung eine Packung Optalidon-Dragees gefunden habe, aus der 80 Dragees fehlten. Es sei eindeutig sichtbar, daß der Hund die Dragees gefressen habe.

Diagnose: Arzneimittelvergiftung.

Therapie: Magenspülung mit Tierkohle und Adsorgan. Paraffin rektal; Cardiazol, Osmofundin, physiologische Kochsalzlösung, Novadral, Vetidrex .

Trotz intensiver Behandlung starb der Hund am 2. Tag des Klinikaufenthaltes (20 Uhr).

2. Diskussion zu Fall Nr. 2 und Fall Nr. 3

a. Tierschutzproblem

Bei beiden Patienten handelt es sich um eine Vergiftung mit einem Medikament. Da die Dragees mit einem süßen Überzug versehen sind, werden sie von manchen Hunden aufgenommen. Diese Vergiftung ist nur möglich, wenn sich das Medikament für den Hund erreichbar im Haus befindet.

Hierin ist das eigentliche Tierschutzproblem zu suchen. Jeder

Mensch muß wissen, daß bestimmte Dinge, unter anderem auch Medikamente, nicht nur für Kinder sondern auch für Tiere un-erreichbar aufzubewahren sind, da sie bei diesen schwerwiegende gesundheitliche Schäden auslösen können. Bei geringer Giftaufnahme kann das Leben des Patienten gerettet werden, wenn eine sofortige Behandlung eingeleitet wird, wie im Fall Nr. 2 (Spanielhündin). Eine Aufnahme dagegen von 80 Dragees und eine Behandlung, die durch Erkennen der Ursache erst Stunden später erfolgt, wie im Fall Nr. 3 (Schäferhund) ist i.d.R. aussichtslos.

In beiden Fällen wurde die erforderliche Sorgfalt außer Acht gelassen und die Gesundheit der Tiere, im Falle des Schäferhundes sogar das Leben, gefährdet. Daher muß diese Handlungsweise als Verstoß gegen § 2 (1), 1. TSchG betrachtet werden.

b. Lösung des Problems

Der Tierarzt bemühte sich um das Leben beider Hunde. Die Spanielhündin konnte gerettet werden; die Behandlung des Schäferhundes dagegen konnte auf Grund der aufgenommenen großen Menge und der verspäteten Therapie nicht erfolgreich sein.

Der Hinweis durch den Tierarzt, in Bezug auf die sichere Aufbewahrung von Medikamenten beim Tierbesitzer wird hier im Vordergrund stehen.

Fall Nr. 4

1. Besprechung des Falles

4 weibliche Jungrinder, 1 Jungstier

Vorbericht: Die 5 Tiere wuchsen gemeinsam im Betrieb auf. Während des Sommers waren sie zusammen auf der Weide. Die Jungrinder wurden vom Jungstier gedeckt. Von keinem der Tiere war ein Deckdatum bekannt. Als die 1. Kalbin zur Geburt kam, leisteten der Besitzer und 2 Helfer Geburtshilfe. Das Kalb steckte unphysiologisch lange mit dem Becken fest, konnte aber noch lebend entwickelt werden. Die Kalbin wollte nach der Geburt nicht mehr aufstehen. Daraufhin wurde der Tierarzt zugezogen.

Befund rektal: Dislocation im Bereich der Beckensymphyse.

Diagnose: Sprengung der Beckensymphyse.

Therapie: Krankschlachtung.

Das Kalb erhielt das Kolostrum einer fremden Kuh aus einem fremden Stall.

Bei der 2. Kalbin zeigten sich ebenfalls Geburtsschwierigkeiten, doch wurde der Tierarzt sofort zugezogen. Das Kalb war bei Ankunft des Tierarztes bereits tot. Es konnte nur durch Foetotomie entwickelt werden. Die Kalbin selbst zeigte seit dem Abkalben Inappetenz, Diarrhoe, Vulvaoedem. Trotz tierärztlicher Behandlung verschlechterte sich ihr Allgemeinbefinden. Da die Fleischschau sehr wahrscheinlich die Beurteilung "untauglich" ergeben hätte, lehnte der Besitzer die Schlachtung ab. Die Kalbin starb nach 3 Wochen.

Aufgrund der beiden Vorfälle, erkundigte sich der Tierarzt genauer über den Bestand. Nachdem er den oben angegebenen Vorbericht hörte, untersuchte er die beiden anderen Kalbinnen auf Trächtigkeit, auf die Größe der Früchte und den voraussichtlichen Geburtstermin, soweit das bei unbekanntem Decktermin überhaupt möglich ist. Er riet dem Besitzer, die beiden Kalbinnen bei den ersten Anzeichen der nahenden Geburt, zur Geburtsüberwachung in eine Tierklinik einzuliefern. Der Besitzer befolgte den Rat. In stationärer Behandlung wurde bei beiden Kalbinnen Geburtshilfe geleistet und je ein lebendes Kalb per vias naturalis entwickelt.

Das Kalb der 1. Kalbin starb an therapieresistentem Durchfall mit 3 Monaten. Seit den ersten Lebenstagen war der Kot unphysiologisch. Der Tierarzt wurde erst zugezogen, als das Kalb bereits 6 Wochen alt war. Sein Zustand besserte sich nur vorrübergehend.

Das Kalb der 4. Kalbin starb mit 4 Wochen in stationärer Behandlung, ebenfalls an Durchfall.

Von 4 Kalbinnen und 4 Kälbern blieben dem Besitzer 2 Jungkühe und 1 Kalb.

2. Diskussion zu Fall Nr. 4

a. Tierschutzproblem

Der Besitzer hatte vor längerer Zeit seinen Rinderbestand verkauft. Um nun wieder einen neuen Kuhbestand aufzubauen, kaufte er die 5 Jungrinder und ließ die geschlechtsreifen Tiere wissentlich zusammen weiden, um die weiblichen Jungrinder vom Jungstier decken zu lassen. Mit dieser Handlungsweise verstieß der Besitzer gegen das Tierzuchtgesetz. Im

Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete der tierischen Erzeugung (Tierzuchtgesetz) vom 7.7.1949 lautet § 1 (1): "Männliche Tiere (Hengste, Bullen, Eber, Schafböcke, Ziegenböcke und nach näherer Bestimmung andere männliche Tiere) dürfen nur dann zum Decken verwendet werden, wenn sie gekört sind und für sie eine Deckerlaubnis nach § 5 erteilt ist" (Wolff 106). Ferner liegt ein Verstoß gegen Art. 1 (4) des Gesetzes zur Förderung der Tierzucht in Bayern (Tierzuchtgesetz) vom 14.6.1949 vor, der lautet: "Nichtgekörte, männliche Tiere, die Geschlechtsreife zeigen, dürfen mit zuchtfähigen weiblichen Tieren nicht gemeinsam weiden oder auf Tummelplätzen gehalten werden" (Wolff 106).

Außerdem liegt auch ein Verstoß gegen § 1 und § 2 (1), 1. TSchG vor, da den Tieren durch die Haltung Schmerzen, Leiden und Schäden zugefügt und außerdem unsachgemäße Geburtshilfe geleistet (Beckenbruch) und verspätete Heilbehandlung (1. Kalb) durchgeführt wurden.

Bei Rücksprache mit dem Besitzer gab dieser seine Fehler zu. Als Rinderhalter hatte er sehr wohl Kenntnisse über das Tierzuchtgesetz und handelte somit vorsätzlich. Als Rinderhalter hätte er auch wissen müssen, daß ein zu früher Decktermin und die Verwendung eines ungekörten Stieres zu erheblichen Geburtsschwierigkeiten führen kann.

b. Lösung des Problems

Der Tierarzt überwies die beiden Kalbinnen in stationäre Behandlung, da er nach genauer Erhebung des Vorberichts und Untersuchung weitere Geburtsschwierigkeiten fürchtete. Schließlich wies er den Besitzer auf seine schwerwiegenden Fehler hin. Dieser hatte, um eine sichere Befruchtung zu erzielen und die Besamungskosten zu sparen, den Jungstier absichtlich zu den weiblichen Jungrindern auf die Weide gelassen. Erst nachdem er den Schaden an den Tieren und den damit verbundenen wirtschaftlichen Verlust erkannte, wurde er einsichtig. Zusätzlich wies der Tierarzt auf das für das Kalb lebensnotwendige stalleigene Kolostrum hin und riet ihm, für Notfälle stalleigenes Kolostrum einzufrieren. Denn nach Eikmeier enthält "... nur die Kolostralmilch der längere Zeit im Bestand stehenden Alttiere ein ideales Wirkungsspektrum ...". Eine ähnliche Wirkung erzielen auch Serum- und Gammaglobulinpräparate, die dem Kalb in den ersten Lebens-

stunden als Schutzimpfung verabreicht werden können.

Fall Nr. 5

1. Besprechung des Falles

Fuchswallach, 8 Jahre

Vorbericht: Der Reitstallbesitzer hatte während der Nacht Rattengift (Racumin, Wirkstoff Cumatetralyl) auf der Stallgasse ausgelegt. Der Wallach befreite sich nachts von seiner Anbindung und verließ seinen Stand. Am Morgen fand man den Wallach frei herumlaufend im Stall und die Schachtel mit Rattengift leer vor. Da der Besitzer des Pferdes vermutete, daß der Wallach den Inhalt der Schachtel gefressen haben könnte, brachte er ihn zum Tierarzt.

Befund: Ernährungszustand gut; Pflegezustand mäßig; schreckhaft, nervös, kopfscheu; es konnte nichts Pathologisches festgestellt werden.

Diagnose: Verdacht auf Rattengiftvergiftung (Giftnachweis gelang nicht).

Therapie: Stationäre Überwachung, Konaktion, Laevulose, Amynin, Glycofusal, Sterofundin, physiologische Kochsalzlösung.

4. Tag: Allgemeinbefinden gut, lebhaft; Conjunktiven leicht ikterisch; Blut-, Leber- und Gerinnungsstatus waren physiologisch.

Nach 9 Tagen wurde der Wallach gesund entlassen.

2. Diskussion zu Fall Nr. 5

a. Tierschutzproblem

Es ist bekannt, daß sich Ratten und Mäuse besonders gerne in der Nähe von Stallungen aufhalten. Daher ist eine Nagerbekämpfung notwendig. Allerdings muß die Giftauslegung mit Sorgfalt erfolgen, d.h. das Gift darf nur für die zu bekämpfenden Nagetiere zugänglich sein, da auch andere Tierarten gegen Nagergifte auf der Basis des Dicumarol empfindlich sind. Untersuchungen ergaben, daß überwiegend Rinder, aber auch Schafe, Schweine und Pferde nach Aufnahme von verdorbenem Süßklee unter den Symptomen einer Dicumarolvergiftung erkrankten (Daß Rinder hier an der Spitze stehen, hängt damit zusammen, daß sie, gegenüber den anderen genannten Tierarten, verdorbenes Heu eher aufnehmen). Süßklee enthält

harmlose natürliche Cumarine, die sich während des Verderbnisvorganges in das toxische Dicumarol verwandeln. Dicumarol ruft Störungen in der Blutgerinnung hervor. Diese Wirkung tritt etwa 24 bis 48 Stunden nach der Giftaufnahme ein (hämorrhagische Diathesen im ganzen Körper) (Clarke u. Clarke, Meyer Jones, Siegmund). Nach Siegmund sind bestimmte Cumarinderivate, wie z.B. Warfarin und Pindone, möglicherweise für alle Säugetiere und Vögel gefährlich.

Da also auch Pferde dicumarolempfindlich sind und der Umgang mit Giften grundsätzlich mit größter Vorsicht zu erfolgen hat, handelte der Reitstallbesitzer in diesem Fall leichtsinnig und verantwortungslos: Er stellte das Gift offen auf die Stallgasse, also auch für andere Tiere (Pferde, Hunde, Katzen u.a.) erreichbar. Er hätte mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß sich ein Pferd von seiner Anbindung befreit und dadurch die Gefahr der Giftaufnahme durch dieses Pferd gegeben ist. Obwohl in diesem Fall die Giftaufnahme durch den Wallach ungewiß blieb, spricht allein die Tatsache, daß durch das unvorsichtige Auslegen des Giftes eine Gesundheitsgefährdung der Pferde und anderer Tiere herbeigeführt wurde, für eine tierschutzwidrige Handlung (Verstoß gegen § 2 (1), 1. TSchG).

Dagegen war es richtig, das Pferd sofort in tierärztliche Überwachung zu bringen und den Namen des Giftes an den handelnden Tierarzt weiterzugeben.

b. Lösung des Problems

Der Tierarzt, der bei der Untersuchung des Patienten keinerlei Vergiftungserscheinungen feststellen konnte, ordnete dennoch die stationäre Aufnahme an, da die Symptome einer Dicumarolvergiftung i.d.R. erst nach 24 bis 48 Stunden (siehe oben) auftreten. Schließlich erschien ihm eine 9tägige Beobachtungszeit ausreichend, den Wallach als "gesund" zu entlassen. Eine zusätzliche Mahnung an den Reitstallbesitzer galt der ordnungsgemäßen Giftauslegung, d.h. das Gift dort aufzustellen, wo sich die Nager besonders gern aufhalten, eine andere Tierart dagegen keinen Zugang hat.

Fall Nr. 6

1. Besprechung des Falles

Pferd

Vorbericht: Ein Pferd wurde seit längerer Zeit mit einer Westfalenstute auf der Weide gehalten. Beide Pferde waren an allen 4 Hufen beschlagen. Bei einer spielerischen Auseinandersetzung beider Pferde kam es offensichtlich durch Schlag zu einer Fraktur an einer nicht näher beschriebenen Extremität des einen Pferdes. Daraufhin verlangte die Besitzerin die Tötung des Tieres durch den Tierarzt.

Befund: Unphysiologische Haltung der nicht näher beschriebenen Extremität.

Diagnose: Splitterfraktur des Radius.

Therapie: Wegen ungünstiger Prognose und aus tierschützerischen Gründen Euthanasie des Pferdes (Pick 71).

Fall Nr. 7

1. Besprechung des Falles

Warmblutstute, 5 Jahre

Vorbericht: Auf der Weide wurde die Stute beim Zuckerfüttern von einem beschlagenen Pferd an die Hinterhand getreten. Da die Stute sofort lahmte und an der Schlagstelle blutete, wurde der Tierarzt zugezogen.

Befund: Hochgradige Stützbeinlahmheit; stark blutende Wunde am Metatarsus. Die Gliedmaße wurde geröntgt (weitere Angaben fehlen).

Diagnose: Griffelbeinfraktur.

Therapie: In Vollnarkose wurden mehrere Knochensplitter entfernt.

Nach 4 Wochen brach eine Fistelwunde auf, die nach weiteren 3 Wochen abheilte. Es folgten 8 Wochen Boxenruhe und anschließendes aufbauendes Bewegungstraining. 5 Monate nach der Verletzung konnte die Stute wieder normal geritten werden. Innerhalb einer 2jährigen Beobachtungszeit traten keine weiteren Komplikationen auf (Lange).

2. Diskussion zu Fall Nr. 6 und Fall Nr. 7

a. Tierschutzproblem

Beide Krankheitsbilder entstanden durch die gleiche Ursache: Das Ausschlagen eines Pferdes gegen den Weidegenossen. Der

grobe Fehler in diesen beiden Fällen liegt darin, daß den Pferden zum gemeinsamen Weidegang die Eisen belassen wurden. Da es Pferdeart ist, nach längerem Stallaufenthalt vor Übermut auszuschlagen, wie in Fall Nr. 6 oder bei Futterneid, besonders ausgelöst durch Füttern von Leckerbissen den Rivalen mit gezielten Schlägen zu vertreiben, wie in Fall Nr. 7, besteht immer die Gefahr der Verletzung des Artgenossen. Dabei kann bereits der unbeschlagene Huf erhebliche, der beschlagene Huf häufig lebensgefährliche Verletzungen setzen.

Da man einem Pferdebesitzer unterstellen kann, daß ihm diese Verhaltensweise der Pferde bekannt ist, handelt es sich hier in beiden Fällen um einen groben Fehler in der Tierhaltung (Verstoß gegen § 2 TSchG). Er hätte also wissen müssen, daß sich beschlagene Pferde bei gemeinsamem Weidegang erhebliche Schäden zufügen können. Das hat zur Folge, daß entweder die Eisen vor dem gemeinsamen Weidegang entfernt oder die Pferde einzeln auf die Koppel gelassen werden.

b. Lösung des Problems

Der Tierarzt konnte in dem von Anfang an aussichtslosen Fall (6) nur noch die fachgerechte Euthanasie durchführen, um dem Pferd weitere Schmerzen zu ersparen. Im anderen Fall (7) führte ein chirurgischer Eingriff zur Heilung des Patienten. Wiederum steht hier, neben der rein medizinischen Aufgabe, die tierärztliche Beratung im Hinblick auf artgemäße Pferdehaltung im Vordergrund.

Fall Nr. 8

1. Besprechung des Falles

Vollblutfohlen, 10 Wochen

Vorbericht: Das Fohlen wurde beim Weideaustrieb von einem anderen Pferd geschlagen.

Befund: Komplizierte Splitterfraktur mit beiderseits dorso-ventral verlaufender Frakturlinie am rostralen Rand des 2. Praemolaren (Pd₂); Pars incisiva und Pars interalveolaris des Unterkiefers hingen ventral herab; das Maul stand offen; Zungen- und Wundödem. Keine Futteraufnahme möglich.

Diagnose: Unterkieferfraktur.

Therapie: Becker-Methode (Schrauben und Technovitschiene). Nach Erwachen aus der Narkose saugte das Fohlen wieder.

Nach 10 Tagen stationärer Behandlung wurde der Patient entlassen. Nach 5 Wochen wurden die Schrauben entfernt. Im rechten Teil des Unterkiefers in Höhe des Pd₂ war noch ein fistelnder Kanal vorhanden. Innerhalb eines Vierteljahres kam es zur vollständigen Heilung (Hurtienne u. Wissdorf).

2. Diskussion zu Fall Nr. 8

a. Tierschutzproblem

Das Problem liegt darin, daß ein 10 Wochen altes Fohlen zusammen mit anderen erwachsenen Pferden auf die Weide getrieben wurde. Der Besitzer der Pferde hätte deren Verhalten und die damit verbundene Gefahr für das Fohlen erkennen müssen, nämlich, daß Pferde, die sich beeengt fühlen, auskeilen können. Daher sollte eine Mutterstute mit Fohlen in einer eigenen Box gehalten und beim Weideaustrieb getrennt von den anderen Pferden hinausgeführt werden. Auf der Weide selbst sind die Platzverhältnisse günstiger, sodaß die Gefahr der Verletzung des Fohlens durch die Herdengenossen nur gering ist. I.d.R. verteidigen Mutterstuten ihre Fohlen, wenn sich andere Pferde nähern. Da dies Benehmen zu den typischen Verhaltensweisen des Pferdes gehört, dem Besitzer also bekannt sein müßte, da jeder der in irgendeiner Form die Sorge für ein Tier auf sich nimmt, sich in jedem Fall ausführlich mit den natürlichen artgemäßen Lebensgewohnheiten des Tieres vertraut machen muß (Ennulat u. Zoebe), liegt hier ein Verstoß gegen § 2 (1), 1. TSchG vor.

b. Lösung des Problems.

Nach § 1 TSchG darf niemand einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen. Es liegt aber in diesem Fall nahe, daß der Patient durch eine komplizierte Unterkieferfraktur über längere Zeit unter Schmerzen leidet. Da das Leben des Fohlens aber auf diese Weise gerettet werden konnte und es nach dem Erwachen aus der Narkose wieder trank und innerhalb 3 Monaten geheilt war, ist in dem Heilversuch ein "vernünftiger Grund" zu sehen.

Der Tierarzt wird den Besitzer darauf hinweisen, in Zukunft Mutterstuten mit ihren Fohlen getrennt von der Herde auf die Weide zu bringen und sich über Verhaltensweisen des Pferdes zu informieren.

Fall Nr. 9

1. Besprechung des Falles.

Warmblutfohlen, 4 Monate

Vorbericht: Dem Fohlen wurde zum 1. Mal ein Anbindehalfter angelegt. Nachdem es weder beim Halftern noch beim Anbinden Widersetzlichkeiten zeigte, ließ der Besitzer das angebundene Fohlen für etwa 1/2 Stunde ohne Aufsicht im Stall zurück. Nach seiner Rückkehr fand er das Fohlen am Anbindestrick in unphysiologischer Stellung hängend vor.

Befund: Lordotisch gekrümmter Hals. Das Fohlen wurde geröntgt.

Diagnose: Atlasfraktur.

Vermutlich war das Fohlen nach hinten ausgewichen, wobei es den Hals ruckartig lordotisch durchkrümmte. Dadurch kam ein Heraushebeln des Arcus ventralis des Atlas durch den Dens epistrophei zustande. Wegen schlechter Prognose wurde das Fohlen geschlachtet (Volckart).

2. Diskussion zu Fall Nr. 9

a. Tierschutzproblem

Obwohl sich der Besitzer darauf beruft, daß das Fohlen anfangs keine Widersetzlichkeit zeigte, hätte er wissen müssen, daß ein 4 Monate altes Fohlen beim 1. Anbindeversuch nicht ohne Aufsicht gelassen werden darf. Es duldet ein Anhalftern und Anbinden zunächst nur, solange sich eine vertraute Person oder auch ein anderes Pferd neben ihm befindet. Fühlt es sich aber verlassen, wird es seinem, bei Pferden besonders stark ausgeprägten, Herdentrieb folgen und versuchen, sich loszureißen. Dies geschieht, je nach Temperament, mit unterschiedlicher Heftigkeit, wobei es, wie in diesem Fall, zu schwerwiegenden Verletzungen kommen kann. Blendinger, der sich zu eben diesem Patientenfall äußert, schreibt dies Verhalten dem Unabhängigkeitstrieb zu, der "... für viele hochstehende Lebewesen, so auch für das Pferd, ein fundamentales Lebensbedürfnis ..." ist. "... Je edler und höher entwickelt ein Pferd ist, desto schwerer fällt es ihm, sich fremdem Zwang unterzuordnen ...".

Man kann unterstellen, daß ein Pferdebesitzer diese typische Verhaltensweise der Pferde kennt und somit weiß, daß kein Pferd beim 1. Anbindeversuch sich selbst überlassen werden darf.

Es handelt sich also um einen Fehler in der Tierhaltung (Verstoß gegen § 2 TSchG).

b. Lösung des Problems

Nur durch sofortiges Anraten zur Schlachtung des unheilbar kranken Tieres, konnte der Tierarzt weitere Schmerzen vermeiden. Die Schlachtung war somit ein tierschützerischer Akt. Besondere Wichtigkeit kommt in diesem Fall dem tierärztlichen Rat an den Besitzer zu, sich über Pferdezucht und -haltung eingehend zu informieren. Das kann über Fachliteratur oder reiterliche Vereinigungen erfolgen.

Fall Nr. 10

1. Besprechung des Falles

2 Warmblutstuten (schwerer Typ), 15 Jahre

Vorbericht: Die Stuten erhielten das "Gnadenbrot" und wurden auf einer Weide im Marschgebiet sich selbst überlassen.

Befund: Hochgradige Verunstaltung aller 4 Hufe. Nur zögernde Fortbewegung. Fußung im hinteren Strahl und Ballenbereich.

Diagnose: Lose Wand (Anfüllung des entstandenen Raumes mit prutiden, schwarzen schmierig -bröckeligen Massen); Einbrüche der Hornwand; Pododermatitis verrucosa.

Therapie: Schlachtung.

Sektionsbefund: Tendinitis, Tendovaginitis im Bereich der Beugesehen, Podotrochlose, Osteoporose des Hufbeins, Periostitis des Kronbeins im Dorsalbereich des Hufgelenkes, Hufknorpelverknöcherung (Stede).

Fall Nr. 11

1. Besprechung des Falles

Ponywallach, 20 Jahre

Vorbericht: Regelmäßige Verfütterung von altem und verschimmeltem Brot sowie Kartoffeln.

Befund: Hochgradige Lahmheit auf allen 4 Gliedmaßen, unphysiologisch hoher Hornschuh, Ringbildung der Hornwand.

Diagnose: Akuter Schub einer Pododermatitis aseptica diffusa chronica.

Therapie: Schlachtung.

Sektionsbefund: Rotation des Hufbeines; Osteoporose und be-

ginnende Aufbiegung des vorderen Hufbeinrandes; Ansammlung eines rötlichen Exsudates und Narbenhornbildung im Bereich des vorderen Wandabschnittes (Stede).

2. Diskussion zu Fall Nr. 10 und Fall Nr. 11

a. Tierschutzproblem

Den Besitzern hätte klar sein müssen, daß Pferde, die das Gnadenbrot erhalten, ebenso der Pflege bedürfen wie noch zur Arbeit herangezogene Tiere; d.h. die Pflicht zur Erhaltung des Wohlbefindens des Tieres ist unabhängig von seinem Alter und seiner Leistung. Daher wäre es die Aufgabe des Besitzers der beiden Warmblutstuten gewesen, die Stuten nicht "sich selbst zu überlassen", sondern u.a. für ein regelmäßiges Zurichten der Hufe zu sorgen. Nach Stede wurde die Verformung der Hufe zusätzlich durch den ursprünglichen Flachhuf und den ständigen Aufenthalt auf den feuchten Marschweiden begünstigt. Da ein ständig feuchter Boden keinen physiologischen Aufenthaltsort für Pferde darstellt, wäre hier in Abständen ein Weidewechsel erforderlich gewesen.

Der Ponybesitzer dagegen verfütterte regelmäßig verdorbenes Futter, was nach Stede zur Ausbildung einer toxischen Hufrehe führte, die unbehandelt in einen chronischen Zustand überging. Hier ist einzufügen, daß nicht nur jeder Tierbesitzer, sondern jeder normal Denkende wissen muß, daß verschimmelter Futter immer gesundheitsschädlich ist und an kein Tier verfüttert werden darf!

Der Besitzer hätte also, abgesehen von der Gabe angemessener artgemäßer Nahrung, den Tierarzt bei den ersten Anzeichen der Rehe zuziehen und für eine regelmäßige Versorgung der Rehehufe sorgen müssen.

In diesen beiden Fällen wurden den Tieren, aus den schwerwiegenden Veränderungen ersichtlich, durch Vernachlässigung der Hufpflege, unsachgemäße Weidehaltung und Fütterung, länger anhaltende erhebliche Schmerzen, Leiden und Schäden zugefügt. Es liegt eindeutig ein Verstoß gegen das TSchG vor (§§ 1 und 2 (1), 1.).

b. Lösung des Problems

Da diese Fälle in der Dienststelle des Regierungsveterinärates des Stadtkreises Cuxhaven aufgezeichnet wurden, ist anzunehmen, daß hier der Amtstierarzt eingeschaltet war.

Man muß unterstellen, daß auf tierärztliches Anraten die Schlachtung der Tiere wegen unheilbarer Veränderungen aus tierschützerischen Gründen erfolgte.

Stede, der darauf hinweist, daß hier auf Grund des Zustandes der Hufe auch auf die Art der Unterbringung und Fütterung zu schließen ist, äußert sich zu diesen beiden Fällen wie folgt: "... Die einzuleitenden Maßnahmen sollten sich deshalb nicht nur auf die Beseitigung der Mängel in der Hufpflege oder auf die Erlösung des Tieres von seinen Leiden beschränken, sondern Fütterung und Unterbringung gleichermaßen erfassen. Hierdurch wird der beamtete Tierarzt neben seiner Aufgabe als Gutachter für die Ordnungsbehörden auch tierärztlich prophylaktisch und damit im Sinne des TSchG tätig ...".

3.1.2. Fütterung

Fall Nr. 12

1. Besprechung des Falles

Pudelrüde, 7 Jahre

Vorbericht: Der Hund hatte seit 3 Tagen keinen Kot abgesetzt. Er erhielt unter anderem Knochen als Futter.

Befund: Die Palpation ließ eine deutliche Kotanschoppung in den hinteren Darmabschnitten erkennen.

Diagnose: Koprostase.

Therapie: Einlauf mit Paraffinöl, Mikroklist.

Nach erfolgloser ambulanter Behandlung wurde der Patient stationär aufgenommen (Herausspülen von hartem Knochenkot und Gras).

2 Tage später konnte der Pudel geheilt entlassen werden.

Um weitere derartige Prozesse zu verhindern, wurde dem Besitzer angeraten, die Knochenfütterung einzuschränken beziehungsweise ganz zu unterlassen.

2. Diskussion zu Fall Nr. 12

a. Tierschutzproblem

Nachdem der Hund 3 Tage keinen Kot abgesetzt hatte, stellte ihn der Besitzer dem Tierarzt vor. Dieser schloß in Anbetracht des Vorberichtes und des Befundes auf eine durch die Knochenfütterung bedingte Obstipation. Diese Fütterung kann speziell bei älteren Hunden zu einer Obstipation des Enddarmes führen. Bei übermäßiger Knochenfütterung kann sie bei

jedem Hund, unabhängig von Alter oder Rasse, auftreten. Da der Knochenkot besonders hart und trocken ist und die Hunde trotz Bemühen keinen Kot absetzen können, muß i.d.R. der Fälle der Tierarzt die Verstopfung beheben. Obwohl die meisten Hunde gerne Knochen nagen, sollte der Besitzer also wissen, daß Knochen nicht unbedingt als artgemäße Nahrung für den Hund zu bezeichnen sind. Erinnert man sich an den Wildhund, so läßt dieser von seiner Beute das Skelett, also die Knochen zurück. Unsere Haushunde fressen i.d.R. nur die weicheren Teile des Knochens (Gelenkkugeln, Sehnen, u.a.) und die harten Teile (Compacta) bleiben liegen.

Es handelt sich hier um einen Fütterungsfehler (Verstoß gegen § 2 (1), 1. TSchG).

b. Lösung des Problems

Nach intensiver stationärer Behandlung konnte der Tierarzt den Pudel geheilt entlassen. Um einem erneuten Fütterungsfehler vorzubeugen, unterrichtete er den Besitzer über artgemäße Hundenahrung.

Fall Nr. 13

1. Besprechung des Falles

Pferd

Vorbericht: Der Tierarzt wurde in den Stall eines Reitvereins zu einem an Kolik erkrankten Pferd gerufen. Nach Aussagen des Anrufenden schwitzte das Tier, zeigte Würgereiz, hustete und speichelte sehr stark. Der Hals war auffallend verkrampft. Auf Grund der Entfernung erreichte der Tierarzt den Patienten erst nach 45 Minuten.

Befund: Inzwischen hatte sich das Pferd beruhigt; die Verkrampfung des Halses hatte sich gelöst.

Verdachtsdiagnose: Schlundverstopfung.

Durch weitere Fragen zum Vorbericht stellte sich heraus, daß das Pferd trockene Zuckerrübenschnitzel erhalten hatte. Aus Unkenntnis versäumte der Pferdepfleger, die Schnitzel vor dem Verfüttern in Wasser einzuweichen (Pick 71).

2. Diskussion zu Fall Nr. 13

a. Tierschutzproblem

Das Stallpersonal handelte richtig, als es bei den ersten Unruheerscheinungen des Pferdes sofort den Tierarzt zu Rate zog.

Dagegen ist die Fütterung als falsche Handlungsweise zu beurteilen. Gerade trockene Zuckerrübenschnitzel sind das Lehrbuchbeispiel für Schlundverstopfung beim Pferd. Die Schnitzel sind wohlschmeckend, süß und werden deshalb vom Pferd gerne aufgenommen. Während des Kauvorganges und Abschluckens quellen die Trockenschnitzel und bleiben im Ösophagus stecken. Da das Pferd auf jeden Schmerz hochempfindlich reagiert, kommt es bei dieser beklemmenden Schlundverstopfung zu kolikartigen Erscheinungen. Da es sich hier um einen Fehler in der Ernährung, d.h. um eine falsche Zubereitung des Futters handelt, muß dies als Verstoß gegen § 2 (1) 1. und § 3,8. TSchG gelten. Besonders tadelnswert ist es, daß ein Pferdepfleger, also eine Person, die für das Wohlergehen dieser Tierart zu sorgen hat, diesen grundlegenden Fütterungsfehler beging.

b. Lösung des Problems

In diesem Fall löste sich die Schlundverstopfung ohne tierärztliche Hilfe. Jedoch war es Aufgabe des Tierarztes, die Ursache der Erkrankung zu ergründen. Da er diese in der fehlerhaften Fütterung erkannte, gab er genaue Anweisungen über das Verfüttern von Trockenschnitzeln, nämlich diese vor dem Verfüttern in reichlich Wasser quellen zu lassen (Nach Pick 71 sollen Trockenschnitzel 24 Stunden lang eingeweicht werden).

Fall Nr. 14

1. Besprechung des Falles

Fuchsstute, 16 Jahre

Vorbericht: Die Stute hatte in den letzten Tagen geringe Arbeit geleistet und als Futter 12 l Hafer und Heu erhalten. Das Wetter war schwül-heiß. Gegen 19.30 Uhr zeigte sie Kolikerscheinungen. Es erfolgte eine tierärztliche Behandlung (Glaubersalz). Um 5 Uhr morgens wurden die Anfälle heftiger. Der Tierarzt überwies die Stute mit Verdacht auf Volvulus in stationäre Behandlung. Während des Transportes setzte die Stute Kotballen ab.

Befund: 8.45 Uhr: Die Stute verhielt sich ruhig. Gelbfärbung der Lidbindehäute; Schwitzen; links physiologische, rechts vermehrte Peristaltik; rektale Untersuchung: harte trockene Kotballen in der Ampulle, harte Anschoppung im kleinen Colon.

Diagnose: Obstipation des kleinen Colons, Stauungsikterus.

Therapie: Nasenschlundsonde, Clyisma (40 l warmes Wasser), Infusionen (physiologische Kochsalzlösung, Glykofusal, Laevulose, NaHCO_3), Strophanektan, Colfin, Novalgin.

2. Tag der stationären Behandlung: Normaler Kotabsatz (geformte Kotballen), T 38,4 °C.

4. Tag: Rektale Untersuchung: Geballter Kot im kleinen Colon, hypertrophische Schleimhaut, weit kaudal liegender Milzrand. Das Allgemeinbefinden besserte sich. Am 7. Tag zeigte die Blutuntersuchung noch einen erhöhten Bilirubingehalt.

Nach 8 Tagen wurde die Stute "gebessert" entlassen (T 37,2 °C).

Für die Rekonvaleszenz wurde empfohlen: Fütterung von gutem Langheu und jeden 2. Tag, über 14 Tage, eine halbe Portion folgender Zusammensetzung ("Mash"): 5 l Weizenkleie und 1/2 l Leinsamen heiß aufbrühen und erkalten lassen, 1 Handvoll Salz zugeben. Zu diesem Gemisch kann Hafer frisch beigefüttert werden, (jedoch nicht mehr als 2 l pro Tag).

Das Pferd sollte über 3 Wochen nicht geritten werden.

2. Diskussion zu Fall Nr. 14

a. Tierschutzproblem

Bei Beurteilung dieses Falles stellt sich folgende Frage: Liegt hier eine tierschutzwidrige Handlung vor? Die Stute erkrankte an Kolik, der Tierarzt wurde gerufen und die Behandlung eingeleitet. Von Seiten des Besitzers wie auch des Tierarztes wurde alles notwendige für das Pferd getan. Wo liegt hier der Verstoß gegen das TSchG?

Das Tierschutzproblem ist in der falschen Fütterung zu suchen. Da man einem Pferdebesitzer unterstellen kann, daß er weiß, wie leicht falsche Fütterung bei Pferden zu Verdauungsstörungen führen kann, hätte er auch wissen müssen, daß 12 l Hafer und Heu für eine 16jährige Warmblutstute bei geringer Arbeit viel zu reichlich bemessen sind. Nach Untersuchungen von Helfferrich, Gütter und Wolter wird als Höchstmenge für Haferfütterung (Körnerhafer) für Pferde sogar nur 8 bis 10 kg angegeben. Nach Löwe u. Meyer ist die Futterrationsration für ein Reitpferd (500 kg Körpergewicht) bei leichter Arbeit (1 bis 3 Stunden Bewegung) mit 3,75 kg Hafer und 5 kg Heu ausreichend. In diesem Fall wäre also eine Kürzung der Futterrationsration notwendig gewesen.

Da die übermäßige Haferfütterung schwerwiegende Verdauungs-

störungen hervorrief, handelt es sich um einen Fehler in der Tierhaltung (Verstoß gegen § 2 (1), 1. TSchG).

Bei Uneinsichtigkeit des Besitzers würde auch § 3,8. TSchG zutreffen.

b. Lösung des Problems

Die Stute wurde mit einer Verdachtsdiagnose in stationäre Behandlung überwiesen. Neben der Therapie kam dem behandelnden Tierarzt der Hinweis auf die artgerechte Fütterung als wichtige Aufgabe zu.

Fall Nr. 15 A

1. Besprechung des Falles

Oberländerhengst, 1 Jahr

Vorbericht: Um die Mittagszeit hatte der Hengst einen halben Eimer Treber (noch warm von der Brauerei) und Heu gefressen. Gegen 17 Uhr zeigte er heftige Koliksymptome. Um 22 Uhr kam der Hengst in tierärztliche Behandlung.

Befund (22 Uhr): Pflegezustand schlecht; Allgemeinbefinden stark reduziert; Schwitzen, Würgebewegungen; aufgegastr Magen, herabgesetzte Peristaltik; rektale Untersuchung: Weit kaudal liegender Milzrand.

Diagnose 1: Magenüberladung.

Therapie: Stationäre Behandlung (Nasenschlundsonde, Magenspülung, Infusionen mit Sterofundin, Glykofusal, Laevulose, NaHCO_3 ; Strophanektan, Coffein, Combelen, Polamivet, Novalgine).

Befund (6 Uhr): Unruhe; starkes Schwitzen; stoßende Atmung; keine Peristaltik; trank etwa 4 l Wasser; rektale Untersuchung (Befund wie oben).

Therapie: Wie oben.

Befund (8.15 Uhr): Schwache Peristaltik; Bauchhöhlenpunktion: Wässriges, trübes, grün-bräunliches Exsudat.

Diagnose 2: Verdacht auf Magenruptur.

Um 11 Uhr verendete der Hengst.

Sektionsbefund: U.a. Inkarzierter Bruch von Duodenum in einem Riß des Lig. duodenocolica; Magenruptur; massenhaft Gastrophiluslarven am Margo plicatus; gut 3 kg Rauhfutter und 20 l trübe Flüssigkeit im Abdomen; akute Peritonitis; Dünndarm bis auf zahlreiche Askaridenlarven leer; Futteran-

schoppung im großen Colon.

Pathologisch-anatomische Diagnose: Tod infolge akuter Peritonitis nach sekundärer Magenüberladung mit Ruptur.

Fall Nr. 15 B

Derselbe Besitzer brachte 5 Wochen später einen 6jährigen Kaltbluthengst, den er sich nach dem Tod des Jährlings gekauft hatte, mit Kolikerscheinungen in stationäre Behandlung. Als Futter hatte der Hengst Treber, Rübenschnitzel, Hafer und Heu erhalten. Eine Kotuntersuchung ergab einen massiven Wurmbefall (Strongyliden, Parascaris equorum).

Der Hengst konnte nach 4 Tagen Klinikaufenthalt "gebessert" entlassen werden.

Der Besitzer wurde nochmals auf artgemäße Fütterung und Haltung (regelmäßige Entwurmung) hingewiesen.

2. Diskussion zu Fall Nr. 15 A u. Nr. 15 B

a. Tierschutzproblem

Nach Ullrich (97) sind die Ursachen der Darmverlagerung, also auch der Inkarzeration (Einklemmungen von Darmteilen in engen Öffnungen), übermäßige Peristaltik, heftige Bewegungen und plötzliche Drucksteigerungen in der Bauchhöhle. Die Ursache der Inkarzeration des Jährlings bleibt also unklar, dennoch ist anzunehmen, daß die Treberfütterung sowohl bei dem Jährling als auch bei dem 6jährigen Hengst zu Verdauungsstörungen führte. Gerade die Treberfütterung ist mit einem gewissen Risiko verbunden, da die Treber leicht in Verderbnis übergehen und dann gesundheitsschädlich wirken. Aus dem Grund müssen sie ganz frisch oder besser getrocknet verfüttert werden (Löwe u. Meyer). Daher sollte man in der Pferdefütterung, bei dem heutigen reichhaltigen Futtermittelangebot, nicht auf risikoreiches Futter, wie Treber, zurückgreifen.

Ferner litten beide Pferde unter starkem Endoparasitenbefall, den der Besitzer in keiner Weise, wie im Literaturteil bei Zeller (111) und Pick (72) angegeben, bekämpfte. Vermutlich hat auch dieser Parasitenbefall die Verdauungsstörungen mit bedingt.

Da der Besitzer bereits beim Tod des Jährlings auf die Fütterung und Entwurmung vom behandelnden Tierarzt hingewiesen wurde, ist es besonders verurteilenswert, daß er die gleiche

fehlerhafte Haltung mit dem neuerworbenen Hengst weiterführte. Dabei wurde die Gesundheit der Pferde nicht nur durch falsche Fütterung sondern auch durch Vernachlässigung der Gesundheitsfürsorge (Entwurmung) und Körperpflege (schlechter Pflegezustand) gefährdet. Daher muß die Handlungsweise als Verstoß gegen § 2 (1), 1. TSchG beurteilt werden.

b. Lösung des Problems

Das Leben des Jährlings konnte nicht mehr gerettet werden, da eine Magenruptur beim Pferd zum Tode führt. Dagegen wurde der 6jährige Hengst erfolgreich behandelt und "gebessert" aus der stationären Behandlung entlassen.

Der Rat des Tierarztes an den Besitzer galt der Fütterung und Wurmbekämpfung.

3.1.3. Gesundheitsfürsorge

Fall Nr. 16

1. Besprechung des Falles

Deutsch Kurzhaarrüde, 1 Jahr

Vorbericht: Der Besitzer brachte den schwerkranken Hund in die Sprechstunde: Der Hund hatte vor 5 Wochen (April) in einem kalten See gebadet. An diesem See kam der Besitzer mit einem Tierheilpraktiker ins Gespräch. Dabei unterhielten sie sich über die Schutzimpfungen der Hunde. Da der Vorstehhund noch keine prophylaktische Impfung gegen Staupe, Hepatitis contagiosa canis und Leptospirose erhalten hatte, fragte der Besitzer den Heilpraktiker nach der Notwendigkeit der Impfung. Der Heilpraktiker riet ihm davon ab.

7 Tage nach diesem Bad erkrankte der Hund an Diarrhoe. Der Besitzer stellte ihn dem Heilpraktiker vor, der das Tier behandelte. Dieser wies hierbei nochmals daraufhin, daß eine Schutzimpfung nicht notwendig sei. Der Zustand des Patienten verschlechterte sich weiter. Als der Hund schließlich schwere Allgemeinstörungen zeigte, warf der Heilpraktiker dem Besitzer die unterlassene Impfung vor. Daraufhin brachte der Besitzer den Hund zum Tierarzt. Seit dem Krankheitsbeginn waren 4 Wochen verstrichen.

Befund: Koma; Myoklonien der Kaumuskulatur und der Muskulatur der Extremitäten; eitrigter Nasenausfluß; T 42,8 °C.

Diagnose: Nervenstaupe.

Therapie: Dauertropf, symptomatische Behandlung.

Der Hund starb am folgenden Tag.

Die Sektion bestätigte die Diagnose.

2. Diskussion zu Fall Nr. 16

a. Tierschutzproblem

Das Problem ist hier zum einen in dem Versäumnis des Besitzers und zum anderen in der verantwortungslosen Handlungsweise des Tierheilpraktikers zu sehen. Obwohl dem Besitzer die Schutzimpfung der Hunde bekannt war, ließ er sein Tier nicht impfen. Man muß unterstellen, daß das Abraten des Tierheilpraktikers sein Zögern noch unterstützte. Als der Rüde schließlich erkrankte, sorgte der Besitzer zwar für eine "Heilbehandlung", die er aber einem Tierheilpraktiker an Stelle des Tierarztes überließ. Erst nach 4 Wochen Krankheitsdauer suchte er den Tierarzt auf. Die versäumte Impfung und die verspätete tierärztliche Behandlung führten eindeutig zum Tod des Hundes. Obwohl die Staupe in vielen Fällen eine tödlich verlaufende Erkrankung besonders der Junghunde ist, kann gerade die gastrointestinale Form medikamentell gut behandelt werden. Aus dem Vorbericht kann man schließen, daß die Erkrankung als Darmstaupe (Durchfall) begann, in die respiratorische (Nasenausfluß) und schließlich in die nervöse Form (Krämpfe) überging (Ullrich 97), d.h., daß die Erkrankung des Rüden bei frühzeitiger tierärztlicher Behandlung aller Wahrscheinlichkeit nach heilbar gewesen wäre.

Der Besitzer vernachlässigte also die Gesundheitsfürsorge und die vollwertige Heilbehandlung (Ennulat u. Zoebe, Lorz 59). Er verstieß hiermit gegen § 2 (1), 1. TSchG. Der Tierheilpraktiker dagegen gab unsachgemäße Ratschläge und empfahl den Hund nicht in tierärztliche Behandlung, als sich sein Allgemeinbefinden weiter verschlechterte. Diese Handlungsweise muß als Verstoß gegen § 1 und § 2 (1), 1. TSchG gelten.

b. Lösung des Problems

Da die Infektion bereits zu weit fortgeschritten war, konnte der Tierarzt dem tödlichen Ausgang der Erkrankung nicht mehr entgegenwirken. Da die Staupeinfektion durch eine zweigipfelige Fieberkurve gekennzeichnet ist und die Infektion nach dem 2. Fieberanstieg nicht mehr entscheidend medikamentell

zu beeinflussen ist (Ullrich 97), bestand für die verspätete tierärztliche Behandlung von Anfang an eine ungünstige, eigentlich aussichtslose Prognose. Der Tierarzt konnte den Besitzer nur über die Wichtigkeit der unterlassenen Impfung und die frühzeitige, fachgerechte Heilbehandlung belehren.

Fall Nr. 17

1. Besprechung des Falles

Kater, 3 Monate

Vorbericht: Seit 2 Tagen zeigte der Kater Inappetenz, Vomitus und Diarrhoe. Der Patient wurde nur in der Wohnung gehalten. Er war nicht schutzgeimpft gegen Katzensuche.

Befund: Allgemeinbefinden schlecht; T 39,5 °C; Exsikkose; Palpation des Abdomens: Verdickung der Darmschleimhaut.

Diagnose: Verdacht auf Katzensuche (Panleukopenie, infektiöse Laryngoenteritis).

Therapie: Stationäre Aufnahme. Medikamentelle Behandlung (Feliserin, Leukomycin, physiologische Kochsalzlösung, Trafulon, Sterofundin, Melufin).

Am 2. Tag starb der Patient.

Sektionsbefund: Exsikkose, fibrinöse Jejunitis, nekrotisierende Laryngitis.

Pathologisch-anatomische Diagnose: Katzensuche.

2. Diskussion zu Fall Nr. 17

a. Tierschutzproblem

Der Patient wurde 2 Tage nach Beginn der Erkrankung dem Tierarzt vorgestellt. Hier liegt der erste Fehler: Katzen mit diesen Symptomen sollten sofort tierärztlich behandelt werden. Als wirkliches Tierschutzproblem muß die versäumte Schutzimpfung betrachtet werden. Obwohl dem Besitzer die Prophylaxe bekannt war, ließ er sein Tier nicht impfen. Seiner Meinung nach war eine Impfung unnötig, da sich der Kater nur in der Wohnung aufhielt.

Man kann Katzenbesitzern unterstellen, daß sie über die gefährlichste Erkrankung der Katzen, nämlich die Katzensuche, und deren Schutzmaßnahmen informiert sind. Daher müßten sie wissen, daß die im Haus gehaltene Katze ebenso ansteckungsgefährdet ist, wie die freilaufende, da die Hausbewohner den Krankheitserreger an Kleidung und Schuhen an die Katze weiter-

geben können.

Da die nötige Gesundheitsfürsorge außer Acht gelassen wurde (Ennulat u. Zoebe, Lorz 59), liegt ein Verstoß gegen § 2 (1), 1. TSchG vor.

b. Lösung des Problems

Der Tierarzt nahm den Patienten sofort in stationäre Behandlung. Da die Infektion bereits zu weit fortgeschritten war, starb der Kater.

Auch hier steht der Rat an den Besitzer, besonders im Hinblick bei Neuanschaffung einer Katze eine regelmäßige Schutzimpfung durchführen zu lassen im Vordergrund.

Fall Nr. 18

1. Besprechung des Falles

Ponystute, 15 Jahre

Vorbericht: Nicht bekannt.

Befund: 19 Uhr: Allgemeinbefinden sehr schlecht, Ernährungszustand gut, Pflegezustand mäßig (struppiges Haarkleid); herabgesetzte Hautelastizität, Schwitzen; Conjunktiven verwaschen, kein Nickhautvorfall, Nüstern weit gebläht; Herzschlag frequent und pochend; Abdomen aufgetrieben, weich, scheinbar nicht schmerzhaft. Die Stute stand in sägebockartiger Stellung, mit nach links gebogenem Schweif, gestrecktem Hals und steilgestellten Ohren. Die Halsmuskulatur war hart, das Maul ließ sich nicht öffnen; bisweilen Stöhnen, kein Kotabsatz; Inappetenz; rektale Untersuchung: Starkes Pressen, Ampulle voll Kot.

Um 20 Uhr lag die Stute gestreckt auf der Seite, zeigte tonisch-klonische Krämpfe und starken zum Teil kalten Schweißausbruch.

Diagnose: Tetanusinfektion.

Therapie: Stationäre Aufnahme. Verbringen in lärmgeschützte Box; medikamentelle Behandlung (Tetanusserum, Novalgin, My 301, Laevulose, Sterofundin, Äquifusal, NaHCO₃, Strophanektan, Coffeinum-Natrium, Paratopen).

Um 23.30 Uhr lag der Patient immer noch gestreckt auf der Seite, mit Streckkrämpfen und frequenter, schnaufender Atmung.
24 Uhr: Euthanasie.

Anamnestisch konnte noch ermittelt werden, daß die Stute

früher keine Verletzungen hatte und noch nie prophylaktisch gegen Tetanus geimpft worden war.

2. Diskussion zu Fall Nr. 18

a. Tierschutzproblem

Der Besitzer brachte die Stute auf Grund ihres offensichtlich schlechten Allgemeinbefindens in stationäre Behandlung. Bei weiteren Erhebungen zum Vorbericht zeigte sich bereits ein grundlegender Fehler: Das Pony hatte keine Tetanusschutzimpfung erhalten. Da jeder Tierbesitzer verpflichtet ist, sich über die wichtigsten Krankheiten seiner Tierart und deren Bekämpfung zu unterrichten (artgerechte Haltung und Pflege; TSchG § 2), hätte er wissen müssen, daß Pferde besonders leicht an Tetanus erkranken können und daß eine Schutzimpfung möglich ist. Daher ist eine regelmäßige aktive Immunisierung erforderlich. Diese besteht aus einer Grundimmunisierung (2 Impfungen der gleichen Impfstoffmenge im Abstand von 4 Wochen), und einer nach 1 Jahr folgenden Wiederholungsimpfung. Weitere Auffrischungsimpfungen sind nach Eikmeier und Ullrich (97) jährlich, und nach Löwe u. Meyer alle 2 bis 3 Jahre durchzuführen.

Da die Gesundheitsfürsorge im Hinblick auf eine Schutzimpfung unterlassen wurde, muß dies als Verstoß gegen § 2 (1), 1. TSchG gelten (Lorz 59).

b. Lösung des Problems

Die Therapie (unter anderem Ruhigstellung und Schmerzlinde- rung) wurde eingeleitet. Doch mußte der Tierarzt aus Erfahrung zur Euthanasie der Stute raten, um dem aussichtslosen Leiden ein Ende zu setzen. Die Aufgabe des Tierarztes liegt hier wiederum in der Belehrung des Besitzers. Gerade Pony- besitzer neigen dazu, ihre Pferderasse für besonders robust zu halten. Das mag auf die Haltung mit einer wenig anspruchs- vollen Fütterung zutreffen, doch sind Kleinpferde gegenüber einer Tetanusinfektion ebenso empfindlich wie Großpferde. Daher sollte es jedem Pferdebesitzer Pflicht sein, sein Pferd regelmäßig einer Tetanusschutzimpfung zu unterziehen.

Fall Nr. 19

1. Besprechung des Falles

Shetlandponyfohlen, 6 Wochen

Vorbericht: Am 21. Lebenstag litt das Pony an einer Obstipation, die vom Tierarzt behoben werden konnte. Danach schien es gesund. Am 41. Lebenstag wurde es erneut krank. Es zeigte Apathie, Dyspnoe, rasselnde Atmung, Exophthalmus, plötzliches Festliegen. Nach 3 Tagen ambulanter Behandlung wurde es schließlich in stationäre Behandlung überwiesen.

Befund: 8 Uhr: Allgemeinbefinden sehr schlecht, Puls fadenförmig (Herz 150 Schläge/Minute), T 38,5 °C; Lunge: Rasselgeräusche und Giemen; herabgesetzte Peristaltik; rektale Untersuchung: Steinharte Kotanschoppung.

Diagnose: Anschoppungskolik, Bronchitis catarrhalis acuta.

Therapie: Symptomatisch. Seifenwasserklysma, Infusionen (Glykofusal, Äquifusal), Strophanektan, Novalgin, Borgal. Um 10 Uhr starb das Fohlen.

Sektionsbefund: Massive verminöse Endarteriitis im Bereich der Bauchorta, der Gekrösewurzel sowie der Nierenarterien; zahlreiche Parasitenspuren in der Intima der Brustorta, bis zur Herzbasis reichend; großflächige, frische unvollständige Infarkte in beiden Nieren; katarrhalische Magen-Darmentzündung; großflächige Schleimhautdefekte mit Blutungen in der Magenschleimhaut; Lungenödem.

Parasitologischer Befund: Im Kot eine mittelgradige Anzahl von Eiern von *Parascaris equorum*.

Pathologisch-anatomische Diagnose: Verminöse Endarteriitis, Lungenödem.

Für den Tod des Tieres ist wohl in erster Linie ein akutes Nierenversagen auf Grund der Thrombosierung der Nierenarterien verantwortlich. Die Veränderungen in der Gekrösewurzel dürften langdauernde Störungen in der Darmtätigkeit nach sich gezogen haben.

2. Diskussion zu Fall Nr. 19

a. Tierschutzproblem

Das Fohlen erkrankte, wurde mehrmals ambulant behandelt, schließlich erfolgte die stationäre Aufnahme. Für eine rechtzeitige Heilbehandlung wurde also gesorgt (Lorz 59). Dennoch handelt es sich hier um eine Vernachlässigung in der

Tierhaltung. Eine verminöse Endarteriitis in diesem Ausmaß bei einem 6 Wochen alten Fohlen läßt auf eine hochgradige Verwurmung der Mutterstute und folglich auch des Fohlens schließen, da die Infektion mit Endoparasiten i.d.R. durch die orale Aufnahme der Parasiteneier und -larven, die über den Kot ausgeschieden werden, erfolgt. Man kann hier unterstellen, daß Mutterstute und Fohlen dem selben Besitzer gehörten, da ein 6 Wochen altes Fohlen noch nicht von der Mutter getrennt wird. Der Besitzer hatte also versäumt, die Stute einer Wurmkur zu unterziehen und somit die Gesundheit des Fohlens wie auch der Stute selbst gefährdet. Das Fohlen starb sogar an den durch die Parasiten ausgelösten schwerwiegenden Gefäßveränderungen. Diese werden durch hochgradigen Befall von *Strongylus vulgaris* verursacht. Da seine Präpatenz 6 1/2 Monate beträgt, sind die Wurmeier im Kot bei diesem jungen Fohlen noch nicht nachweisbar. Jedoch bringt eine Kotuntersuchung der Mutter Hinweise auf den Parasitenbefall des Fohlens (Boch u. Supperer).

Wie in Fall Nr. 18 liegt hier ein Verstoß gegen § 2 (1), 1. TSchG vor, da die Gesundheitsfürsorge außer Acht gelassen wurde (Ennulat u. Zoebe, Lorz 59).

b. Lösung des Problems

Wie in Fall Nr. 18 war es die Aufgabe des Tierarztes den Besitzer über die Krankheits- und Todesursache aufzuklären. Damit muß eine Beratung im Hinblick auf die Entwurmung der Pferde verbunden sein.

3.1.4. Heilbehandlung

Fall Nr. 20

1. Besprechung des Falles

Bernhardinerrüde, 4 Jahre

Vorbericht: Der Hund wurde um 19 Uhr vom Chauffeur und dem Kind des Besitzers in tierärztliche Behandlung gebracht. Der Patient war von einem praktischen Tierarzt überwiesen worden. Es war folgendes vorausgegangen: Am selben Tag hatte man den Tierarzt 3mal angerufen, mit der Bitte, den Hund zu behandeln, er habe Würmer. Der Tierarzt konnte erst abends diesen Besuch machen. Der Rüde wurde zusammen mit einer Bernhardinerhündin im Zwinger gehalten. Der Besitzer

hatte die Hunde zur Zucht angeschafft. Als sich aber herausstellte, daß der Rüde Bewegungsstörungen in der Hinterhand zeigte, wurde er nicht zur Zucht verwendet. Der Tierarzt untersuchte den Rüden, wobei er über den Zustand des Hundes so empört war, daß es zu einem Wortgefecht zwischen Besitzer und Tierarzt kam. Um sachverständige Zeugen für diesen Fall zu haben, überwies der Tierarzt den Hund in stationäre Behandlung.

Als der Hund zur stationären Aufnahme gebracht wurde, war er unfähig zu gehen. Er mußte vom Auto ins Gebäude getragen werden. Hier stellte der Tierarzt, inzwischen vom einweisenden Kollegen unterrichtet, einen Vorbericht auf: Der Chauffeur berichtete, daß der Hund erst seit diesem Tag so krank sei und nicht laufen könne. Durch geschickte Fragen erfuhr der Tierarzt dagegen vom Kind des Besitzers, daß der Hund seit 14 Tagen böse war und biß, wenn die Kinder mit ihm spielen oder ihn am Rücken anfassen wollten. Außerdem stand er seit einigen Tagen nicht mehr auf.

Befund: Allgemeinbefinden schlecht; Ernährungszustand mäßig; Pflegezustand verwahrlost; das Fell am ganzen Körper stark verschmutzt; im Haarkleid von Thorax, Flanken, Schenkelinnenflächen, Skrotum, Rute massenhaft alle Entwicklungsstadien der Großen Schmeißfliege; Hautoberfläche an Rücken, After, Rute schuppig, blutig-eitrig; ferner Herzfehler; Nierenschaden.

Diagnose: Blutig-eitriges, teils nekrotisierendes Rückenekzem; massiver Madenbefall; Myocardschaden; Reizleitungsstörungen; Nephritis.

Therapie: Stationäre Aufnahme; der Patient wurde geschoren und gebadet (Criniton); Maden und Fliegeneierplatten ließen sich nur schwer entfernen; Infusionen (Äquifusal, Sterofundin, Aminosin); ferner symptomatische Therapie.

Nach dem Ausscheren offene, nässende, zum Teil eitrig ausge dehnte konfluierende Hautfelder an Kruppe, Rute, Lendenbereich; immer noch befanden sich Fliegeneier und -maden im Fell.

2. Tag: Allgemeinbefinden schlecht; Inappetenz; Polidipsie; Mundschleimhaut stark gerötet mit Ulcerationen; T 39,2 °C; Puls 168.

4. Tag: Allgemeinbefinden etwas besser; lag viel; 10. Tag: Ödematisierung der Vorderextremitäten; 13. Tag: Stand ohne Hilfe auf, Haut besserte sich deutlich; 21. Tag: Allgemeinbefinden schlecht, Pulsus deficiens, Rasselgeräusche in der Lunge; Mattigkeit; 29. Tag: Allgemeinbefinden deutlich besser.

Behandlung: Lokal (Fissanpaste, Jakutin, Criniton), parenteral (Stagloban, Glycofusal, Tonophosphan, Catosal, Crescovit, Lanicor, Myokombin, Kombetin, Omnamycin, Leukomycin, Furadantin, Euvernil-Saft, Novalgin).

Nach 33 Tagen stationärer Behandlung wurde der Patient gebessert entlassen. Zur Nachbehandlung durch den Besitzer wurden Lanicor und Furadantin verschrieben.

Nach 3 Wochen Kontrolluntersuchung: Allgemeinbefinden zufriedenstellend; Herz und Kreislauf ohne besonderen Befund; Harnstatus: Entzündung des Harnapparates; nach Aussagen des Besitzers war der Hund lebhaft, lief viel, hatte guten Appetit; Weiterbehandlung mit Furadantin-Tabletten, Lanicor, Polivital comp.; dem Besitzer wurde angeraten, seinen Hund einer Röntgenuntersuchung zu unterziehen, da der Verdacht einer Hüftgelenkdysplasie gegeben war.

Während des stationären Aufenthalts des Hundes wurde der Besitzer zu einer Rücksprache mit dem behandelnden Tierarzt bestellt und über seine Hundehalterpflichten aufgeklärt. Ferner wurde der Amtstierarzt als untere Tierschutzbehörde verständigt.

2. Diskussion zu Fall Nr. 20

a. Tierschutzproblem

Nach Aussagen des Kindes zeigte der Hund seit 14 Tagen verändertes Benehmen. Erst als sich das Allgemeinbefinden des Tieres erheblich verschlechterte, rief der Besitzer den Tierarzt zu Rate. Da es kaum vorstellbar ist, daß ein Hund innerhalb von 14 Tagen so verwahrlosen kann, mußte die Krankheit schon länger bestanden haben. Diese Umstände sprechen für eine deutliche Vernachlässigung des Hundes. Hätte sich der Besitzer ständig, wie es seine Pflicht ist, mit seinem Hund beschäftigt, wäre es nicht zu dieser schwerwiegenden Erkrankung des Tieres gekommen. Nach § 7 (1) der "Verordnung über das Halten von Hunden im Freien", ist der Besitzer oder der

mit der Wartung und Pflege Beauftragte mindestens einmal täglich verpflichtet, sich von dem Befinden des Hundes zu überzeugen und Mängel unverzüglich abzustellen. Ein Hund, der die Nahrung verweigert und nicht mehr aufsteht, ist auch für einen Laien als krank zu erkennen, abgesehen davon, hätte ein aufmerksamer Besitzer bei der Fellpflege die Hautveränderungen bemerkt.

Da die "Pflege", die unter anderem Reinhaltung, Reinigung, Gesundheitsfürsorge und Heilbehandlung umfaßt (Ennulat u. Zoebe, Lorz 59), vernachlässigt und dem Tier dadurch erhebliche Schmerzen zugefügt wurden, liegt ein Verstoß gegen § 1 und § 2 (1), 1. TSchG vor.

b. Lösung des Problems

Der zuerst gerufene Tierarzt überwies den schwerkranken, verwehrlosen Hund in stationäre Behandlung, mit einem an die Kollegen eindringlichen Hinweis auf das Tierschutzproblem. Der dort behandelnde Tierarzt hielt Rücksprache mit dem Besitzer. Dieser erweckte den Eindruck, als habe er tatsächlich aus Unwissenheit gehandelt. Dennoch erschien es dem behandelnden Tierarzt notwendig, den Amtstierarzt zu verständigen. Der Amtstierarzt kontrolliert unangekündigt die Tierhaltung in den ihm gemeldeten Fällen (nach § 2 (2) TSchG). Auf eine Anzeige (Verstoß gegen das TSchG) wurde in diesem Fall verzichtet, da sich der Besitzer nach einer tierärztlichen Belehrung einsichtig zeigte und den Hund anschließend ordnungsgemäß zu Hause versorgte und zu den vom Tierarzt angeordneten Kontrolluntersuchungen vorstellte.

Abschließend sei gesagt, daß der Tierarzt zunächst immer versuchen wird, den Besitzer zu belehren, besonders wenn er merkt, daß kein böswilliges Verschulden vorliegt.

Fall Nr. 21

1. Besprechung des Falles

Bernhardinerrüde, 10 Jahre

Vorbericht: Der Besitzer hatte am Hals des Hundes eine Schwellung bemerkt, die nun aufgebrochen war. Als er den Tierarzt rief, hatte der Rüde bereits seit 3 Tagen kein Futter mehr zu sich genommen. Er trank nur noch Wasser. Während der letzten Nacht hatte er geheult, was er sonst nie tat. Bei Ankunft des

Tierarztes mußte der Hund aus einem dunklen Schuppen geholt werden, in den er sich verkrochen hatte.

Befund: Allgemeinbefinden schlecht; Ernährungszustand mäßig; Pflegezustand schlecht; das Verhalten des Hundes ließ auf starke Schmerzen schließen. Linke Hals- und Brustseite, linke Vordergliedmaße mit grünbrauner übelriechender Flüssigkeit verklebt. Dem Tier entströmte ein fauliger Geruch. Sedierung (Rompun); Scheren der Haare am Hals. Auf der linken Halsseite zog sich ein Hautsack vom Ohrgrund bis zum Unterkiefer mit einer Öffnung etwa 5 cm unterhalb des Ohrgrundes hin. Eröffnung des Hautsackes; das Gewebe unter der nun aufgeklappten Haut war von braungrüner Farbe, schmierig, fauligriechend. Die Vena jugularis lag frei im nekrotischen Gewebe. Die Nekrose erstreckte sich bis zur Zahnleiste des Unterkiefers. Plötzlich wimmelte es im Fell und auf der Wundfläche von Fliegenmaden.

Diagnose: Nekrotisierender Abszeß, Fliegenmadenbefall.

Therapie: Euthanasie.

Der Besitzer erinnerte sich nachträglich, daß der Hund vor etwa 4 Wochen in ein Auto gelaufen war, wobei das Glas des Scheinwerfers zerbrach. Der Hund hatte nach seiner Meinung keinen Schaden davongetragen. Als er vor 14 Tagen die Schwellung bemerkte, kümmerte er sich nicht weiter darum, "da sich vor längerer Zeit eine ähnliche Schwellung am Hals des Hundes ohne Behandlung gegeben hatte".

2. Diskussion zu Fall Nr. 21

a. Tierschutzproblem

Der Besitzer hatte bereits vor 14 Tagen eine Schwellung am Hals des Hundes bemerkt, aber dieser keine weitere Bedeutung zugemessen. Erst als der Rüde das Futter verweigerte und heulte, rief man den Tierarzt. Da hier ohne Zweifel eine rechtzeitige Heilbehandlung versäumt und dem Tier dadurch erheblicher Schmerz bereitet wurde, handelt es sich um einen Verstoß gegen § 1 und § 2 (1), 1. TSchG. Es wäre die Pflicht des Besitzers gewesen, den Hund nach dem Autounfall und an den folgenden Tagen gründlich zu untersuchen, zu beobachten und ihn nach Bemerkung der Schwellung sofort dem Tierarzt vorzustellen.

b. Lösung des Problems

Da der Gewebszerfall zu weit fortgeschritten war, der Hund unter offensichtlich großen Schmerzen litt und keine Heilung zu erwarten war, riet der Tierarzt zur Euthanasie. Es war seine Aufgabe, den Hund aus tierschützerischen Gründen zu töten, um dem unheilbaren Leiden ein Ende zu setzen. Der Besitzer wurde auf sein fehlerhaftes Verhalten hingewiesen. Er war einsichtig und stimmte der Tötung seines Hundes zu.

Fall Nr. 22

1. Besprechung des Falles

Riesenschnauzerbastardrüse, 8 Jahre

Vorbericht: Der Hund gehörte dem Besitzer eines Mietshauses. Eine ältere Mieterin dieses Hauses brachte den Hund wegen Juckreiz am Ohr zum Tierarzt. Dabei stellte sich folgendes heraus: Der Besitzer hatte sich in den ersten Jahren intensiv um seinen Hund gekümmert. Als er sich durch eine neue Stellung beruflich verbessern konnte und seine Frau ihr erstes Kind bekam, vernachlässigte er den Hund. Das Tier erhielt nur noch das Futter von seinem Besitzer, ansonsten versorgte ihn die Mieterin. Der Hund war vor 1 1/2 Jahren ins rechte Ohr gebissen worden. Daraufhin erfolgte eine 2malige tierärztliche Behandlung. Der Biß war schließlich verheilt. Nun zeigte er seit 1 Jahr Beschwerden an diesem Ohr, die sich verstärkten. Da sich der Besitzer um seinen Hund nicht kümmerte, brachte ihn die Mieterin zum Tierarzt.

Der Hund war so widersetzlich, daß er ohne Sedierung nicht behandelt werden konnte. Diese wurde zu Hause, über die Verabreichung von Tabletten mit dem Futter durchgeführt. 2 Tage später, nach Applikation des Sedativums wurde der Hund erneut in die Sprechstunde gebracht.

Befund: Der Patient war sediert; rechter Gehörgang mit bis in die Ohrmuschel reichenden übelriechenden braunen Massen verklebt. Bakteriologische Untersuchung eines Ohrtupfers: *Proteus vulgaris*, *Staphylococcus aureus*.

Diagnose: Otitis externa madidans.

Therapie: Reinigung beider Ohren, medikamentelle Versorgung (Penochron, Panolog, Scheroson F Ohrentropfen, Pinal).

Der Patient sollte nach 3 Tagen zur erneuten Behandlung vor-

gestellt werden (mit vorausgehender Sedierung über das Futter), jedoch erschien er erst nach 3 Wochen in der Sprechstunde. Trotz der langen Behandlungsunterbrechung hatte sich das Ohr gebessert. Es erfolgte eine Behandlung. Der Mieterin wurde angeraten, den Hund zu einer erneuten Kontrolle vorzustellen. Der Patient erschien nicht mehr in der Sprechstunde.

2. Diskussion zu Fall Nr. 22

a. Tierschutzproblem

Der Hund litt seit 1 Jahr an einer Otitis. Obwohl die Mieterin den Besitzer darauf hinwies, unterließ er jede Heilbehandlung. Erst als die Beschwerden (Kratzen, Hängenlassen des Ohres) immer stärker wurden, entschloß sich die Mieterin, den Hund in tierärztliche Behandlung zu bringen. Allerdings beging diese dann den Fehler, daß sie den Hund aus Zeitmangel nur einer unvollständigen Behandlung unterzog. Dadurch kam es nur zu 1 Nachbehandlung, bei der die Mieterin mitteilte, daß der Besitzer inzwischen mit der tierärztlichen Behandlung einverstanden wäre und die Kosten tragen wollte. Dennoch liegt hier ein schwerer Verstoß gegen § 2 (1), 1. TSchG vor, da eine rechtzeitige Heilbehandlung nicht durchgeführt wurde (Ennulat u. Zoebe, Lorz 59). Der Besitzer hätte sie wahrscheinlich ganz unterlassen; die Mieterin dagegen befolgte nicht den tierärztlichen Rat, den Hund nochmals vorzustellen.

b. Lösung des Problems

Durch die lange Erkrankung des Ohres, war die unbehandelte Otitis weit fortgeschritten und infolge Schmerzhaftigkeit nur unter Sedation zu behandeln. Der Tierarzt konnte in diesem Fall nur eine Otitistherapie durchführen und den Hund somit von seinem Leiden befreien. Der Besitzer konnte nur über die Mieterin zur angemessenen artgemäßen Pflege seines Hundes aufgerufen werden und es blieb ungewiß, ob in Zukunft eine artgemäße Tierhaltung nach § 2 TSchG erfolgte. In diesem Falle erscheint es angebracht, den Amtstierarzt einzuschalten, da sich der Besitzer nicht einsichtig zeigte, wie z.B. in Fall Nr. 20. Das ist aus seinem Desinteresse an der Pflege des Hundes und an der abgebrochenen Heilbehandlung zu ersehen.

Fall Nr. 23

1. Besprechung des Falles

Pudelhündin, 2 Jahre

Vorbericht: Die Hündin wurde um 23 Uhr zum Tierarzt gebracht. Sie hatte morgens erbrochen. Nachmittags zeigte sie Torkeln, Zittern, Speicheln, Schwanken in der Hinterhand und weiteres Erbrechen.

Am Vortag war man mit ihr auf einem Schuttgelände spazieren gegangen.

Befund: Ernährungszustand gut; Pflegezustand schlecht, Haarlinge im Haarkleid; der Patient zeigte die im Vorbericht festgehaltenen Symptome, ferner verzögerten Pupillarreflex, T 38,3 °C. Es erfolgte eine erste Behandlung (symptomatisch). Nach erfolgloser ambulanter Behandlung: Stationäre Aufnahme um 7 Uhr des folgenden Tages. Koma; T 40,5°C; Puls gleichmäßig, regelmäßig, kräftig; Atmung physiologisch.

Diagnose: Verdacht auf Schneckengiftvergiftung (Metaldehyd).

Therapie: Strophanektan, Coffeinum-Natrium, Osmofundin, Laevulose, Amynin, Vetidrex, Kinetin, Novalgin, Tardomyocel. Die Hündin starb um 16 Uhr desselben Tages.

Sektionsbefund: Ausgeprägte Ödematisierung des lockeren Bindegewebes am Hals, hochgradiges Ödem der Lunge; leichtes Hydroperikard, Ödem der Magenschleimhaut und der Magenwand, einzelne Blutungen auf den Schleimhautfalten; Ödem der Gallenblasenwand; vakuolige Leberzelldegeneration, keine Anzeichen für Infektionskrankheiten.

Pathologisch-anatomische Diagnose: Vergiftungsverdacht.

2. Diskussion zu Fall Nr. 23

a. Tierschutzproblem

Zum Vorbericht ist zu sagen, daß Hunde bisweilen erbrechen, ohne daß ein lebensbedrohlicher Zustand vorliegt. Wenn der Besitzer hier nicht weiter beunruhigt war, ist dies einzusehen. Es ist aber nicht vertretbar, die Hündin, die bereits nachmittags schwere Allgemeinstörungen zeigte, erst um 23 Uhr zum Tierarzt zu bringen. Gerade im Vergiftungsfall können wenige Stunden zwischen Tod und Leben entscheiden, da nur bei rechtzeitiger Hilfe und nicht zu großer Giftaufnahme gute Überlebenschancen bestehen (Niemand 69). Wenn der Besitzer auch nicht auf eine Vergiftung schließen kann, so muß er aber

Der Wallach wurde nach 23 Tagen gebessert entlassen.

Empfehlungen an den Besitzer:

Nachbehandlung; 2 Monate Reitverbot; Überprüfung des Sattels; Anschaffung einer neuen Satteldecke; regelmäßige Reinigung der Decke.

2. Diskussion zu Fall Nr. 24

a. Tierschutzproblem

Der Besitzer bemerkte seit 1 1/2 Jahren Veränderungen in der Sattellage. Obwohl sich der Zustand ständig verschlechterte, wurde kein Tierarzt zugezogen. Weder die Satteldecke noch der Sattel wurden überprüft, der Wallach wurde sogar weiterhin geritten, d.h., es wurde nichts unternommen, der Erkrankung des Pferdes Abhilfe zu schaffen. Erst als sich aus dem anfänglichen Satteldruck ein Geschwür mit nachfolgender Fistelbildung entwickelt hatte, kam das Pferd in tierärztliche Behandlung. Ob sich das Pferd dem Aufsatteln und Reiten widersetzte, ist nicht bekannt.

Da man einem Pferdebesitzer und Reiter unterstellen kann, daß er bei Erkrankungen in der Sattellage auf einen möglichen Satteldruck schließt, der einer sofortigen Behandlung bedarf und mit einem Reitverbot verbunden ist, liegt ein Verstoß gegen § 2 (1), 1. TSchG vor.

Unter "Pflege" versteht man unter anderem die rechtzeitige Heilbehandlung (Lorz 59), sowie bei Pferden auch die Überwachung des Zaum- und Sattelzeuges (Lorz 59). In diesem Fall könnte man sogar von einem Verstoß gegen § 3, 1. TSchG sprechen, da ein Pferd mit schwerwiegenden Veränderungen in der Sattellage während 1 1/2 Jahren, zum Reiten offensichtlich nicht geeignet ist. Lorz (59) sagt hierzu: "... Das Mißverhältnis zwischen den Kräften des Tieres und der geforderten Leistung muß offensichtlich sein, d.h., klar zutage liegen. ... Die Vorschrift greift auch dann Platz, wenn die Handlungsfolgen durch Beschirrungs- und Beschlagfehler, vernachlässigten Beschlag, Druck- und Wundstellen o.ä. mitverursacht sind ...".

b. Lösung des Problems

In diesem Fall scheint es verwunderlich, daß sich der Wallach nicht jedesmal seines Reiters entledigte, da er bei der Untersuchung durch den Tierarzt deutlich Schmerz äußerte. Neben

der Therapie war hier die Aufgabe des Tierarztes, den Besitzer streng darauf hinzuweisen, den Wallach innerhalb der nächsten 2 Monate nicht zu reiten. Ferner sind der Sattel und die Satteldecke zu überprüfen. Die Satteldecke ist in Abständen zu reinigen, d.h. zu waschen, um eine Verhärtung der Satteldecke durch Schweiß und Staub zu vermeiden. Nur wenn sie weich bleibt, bietet sie eine schützende Unterlage zwischen Sattel und Pferde Rücken. Der Sattel muß dem Pferde Rücken gut angepaßt sein. Das Satteln ist mit Sorgfalt vorzunehmen. Vor dem Auflegen des Sattels sollte der Reiter nach dem Putzen des Pferdes zur Kontrolle mit der flachen Hand über die Sattellage streichen, um zurückgebliebene Schmutzpartikel zu entfernen. Ebenso ist die Satteldecke zu kontrollieren, die außerdem faltenlos zwischen Sattel und Rücken liegen muß. Beim Aufsitzen und während des Reitens ist darauf zu achten, daß der Sattel nicht verrutscht. Größte Sorgfalt ist auf das Nachgurten zu legen. Bei bleibenden Hautverdickungen sind in der Sattelunterlage Aussparungen anzubringen, um die veränderten Stellen möglichst wenig zu belasten (Eikmeier).

Fall Nr. 25

1. Besprechung des Falles

Warmblutwallach (Reitpferd)

Vorbericht: Im Rahmen einer Tetanus-Schutzimpfungsaktion in einem Pferdeverleihstall, wurde dem Tierarzt ein Wallach vorgestellt, der "vor einigen Tagen" beim Ausreiten gegen einen Pfosten gelaufen war und sich dabei verletzt hatte. Bei weiterer Befragung stellte sich heraus, daß dem Wallach nach einer "vor einigen Monaten" vorausgegangenen Augenentzündung, eine Sehschwäche auf einem Auge zurückgeblieben war.

Befund: An der Vorderbrust einzelne Hautabschürfungen und eine umfangreiche Schwellung. Erblindung beider Augen.

Diagnose: Hämatom an der Vorderbrust. (Bezüglich der Augen keine näheren Angaben).

Therapie: Nähere Angaben zur Behandlung des Hämatoms fehlen. Bezüglich der Blindheit konnte keine Therapie mehr durchgeführt werden; vielmehr wurde dem Besitzer angeraten, das Tier aus tierschützerischen Gründen und wegen erhöhter Un-

fallgefahr nicht mehr als Verleihpferd zu verwenden (Pick 71).

2. Diskussion zu Fall Nr. 25

a. Tierschutzproblem

Man muß hier unterstellen, daß der Reitstallbesitzer den Wallach dem Tierarzt nur vorstellte, weil sich dieser zufällig zur Impfung anderer Pferde im Stall aufhielt. Aus dem Vorbericht ist ersichtlich, daß der Besitzer die Augenentzündung und das schlechte Sehvermögen des Pferdes wohl bemerkte, aber den Tierarzt nicht zu Rate zog. Da sich das Pferd, nach seinen Aussagen, im Stall und auf der Weide sicher bewegte, war ihm die Erblindung des Tieres nicht aufgefallen. Es hatte also keiner der sog. "Pferdefachleute", wie der Reitstallbesitzer, das Pflegepersonal und die Reiter, die Sehunfähigkeit des Pferdes in ihrem vollen Ausmaß erkannt; so wurde der Wallach wie ein gesundes Pferd in der Reitschule geritten. Erst der Unfall und die tierärztliche Untersuchung brachten Aufklärung.

Es liegt ein Verstoß gegen den Grundsatz des TSchG (§ 1) und gegen § 2 (1), 1. vor, da die rechtzeitige Heilbehandlung nicht durchgeführt wurde (Lorz 59) und gegen § 3, 1. TSchG, da dem Tier Leistungen abverlangt wurden, denen es wegen seines Zustandes offensichtlich nicht gewachsen war.

b. Lösung des Problems

Es war selbstverständlich, daß der Tierarzt den Besitzer darauf hinwies, daß der Wallach aus tierschützerischen Gründen nicht mehr im Reitschulbetrieb verwendet werden darf. Es ist anzunehmen, daß das Pferd zur Schlachtung kam, da wohl kaum ein Pferdeverleihstall einem blinden Wallach das Gnadenbrot füttert. Dies ist i.d.R. aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich.

Fall Nr. 26

1. Besprechung des Falles

2 Reitpferde

Vorbericht: Der Besitzer und Reitlehrer einer kleinen Reitschule rief den Tierarzt, da 2 Pferde aus seinem Betrieb lahm gingen. "... Er hatte sich offensichtlich dazu durchgerungen, einen Tierarzt zu Rate zu ziehen ...". Nach seinen Angaben gingen beide Pferde am Anfang der Bewegung lahm,

aber schon nach kurzer Zeit liefen sie sich ein und dann konnten sie stundenlang ohne Beschwerden geritten werden.

Befund 1. Pferd: Schon im Schritt deutlich lahm; Beugesehnen beider Vorderbeine etwa unterarmdick.

Diagnose: Chronische Tendinitis der Beugesehnen beider Vorderbeine.

Therapie: Sofortige Außerdienststellung; Behandlung der erkrankten Sehnen (keine weiteren Angaben); Hinweis auf eine Schonzeit von mindestens 4 Monaten. Um seine Ausführungen noch zu unterstreichen, erklärte der Tierarzt, daß er es für Tierquälerei halte, das Pferd in diesem Zustand noch im Verleihbetrieb zu lassen.

Das 2. Pferd, das vorgetrabt wurde, ging ebenfalls deutlich lahm. Doch konnte hier die Lahmheitsursache ohne eingehende Untersuchung einschließlich diagnostischer Injektionen und Röntgenaufnahme nicht festgestellt werden (Pick 71).

2. Diskussion zu Fall Nr. 26

a. Tierschutzproblem

Silbersiepe, Berge und Müller bezeichnen die Sehnenentzündungen der Pferde als "Berufskrankheiten". Bei Reitschulpferden ist die Gefahr der Überanstrengung der Gliedmaßen besonders gegeben, da im Schulbetrieb i.d.R. jedes Pferd gebraucht wird und die notwendige Ruhepause für ein erkranktes Pferd häufig nicht eingehalten wird. Das zeigt dieser Fall deutlich. Ein Pferd mit unterarmstarken Beugesehnen muß bereits über längere Zeit krank gewesen sein, um eine Tendinitis dieses Ausmaßes zu bekommen. Wie der Besitzer selbst berichtete, zeigten die Pferde anfangs Beschwerden, konnten aber dann "stundenlang" ohne Lahmheit geritten werden. Daraus geht hervor, daß der Besitzer die Lahmheit sehr wohl bemerkte, die Tiere aber keineswegs schonte oder tierärztlich behandeln ließ. Da er den Tierarzt erst in einem weit fortgeschrittenen Stadium zu Rate zog, liegt hier eindeutig ein Verstoß gegen § 2 (1), 1. und § 3, 1. TSchG vor. Der Besitzer versäumte die rechtzeitige Heilbehandlung und zog die Pferde zu Leistungen heran, denen sie wegen ihres Zustandes nicht gewachsen waren. Diese Folgen in Form von Schmerzen, Leiden oder Schäden sind ein Beweiszeichen für die Überforderung der Pferde. Das Mißverhältnis zwischen den Kräf-

ten des Tieres und der geforderten Leistung ist hier offensichtlich (Lorz 59). Ennulat u. Zoebe sagen zu diesem Thema: "... Ist dem Täter die Offensichtlichkeit bewußt gewesen, hat er vorsätzlich gehandelt, doch reicht es bereits aus, wenn er sie hätte erkennen können (Fahrlässigkeit) ...".

Von einem Pferdebesitzer und Reitlehrer erwartet man, daß er die Lahmheit eines Pferdes erkennt und den Tierarzt zu Rate zieht. Man muß hier also unterstellen, daß der Besitzer vorsätzlich handelte, um mit den Pferden im Schulbetrieb den gewohnten Verdienst zu erzielen, da er sich bewußt war, daß ein Besuch des Tierarztes einen längeren Dienstausschlag der Pferde mit sich bringen würde.

b. Lösung des Problems

Der Tierarzt leitete die Behandlung ein. Damit war eine strenge Anordnung im Hinblick auf die Außerdienststellung des Pferdes und der Hinweis an den Besitzer auf das TSchG verbunden. Da der Besitzer sich zu einer Behandlung entschlossen hatte, wurde von einer Anzeige Abstand genommen.

Fall Nr. 27

1. Besprechung des Falles

Braune Traberstute, 5 Jahre

Vorbericht: Die Stute hustete seit etwa 14 Tagen im Stall und unter dem Reiter. Trotz des Hustens wurde die Stute geritten. Als sich keine Besserung zeigte, rief die Besitzerin schließlich den Tierarzt.

Befund: Erhöhte Atemfrequenz, deutliche Lungengeräusche (feuchte Rasselgeräusche); Husten nicht auslösbar; Körpertemperatur erhöht.

Diagnose: Bronchitis catarrhalis.

Therapie: Parenteral (Parkemycetin); oral (Bisolvon). Reitverbot! Weidegang nur bei gutem Wetter.

Nachuntersuchung nach 2 Tagen: Die Lunge zeigte deutlich Besserung; eine weitere Behandlung wurde von der Besitzerin abgelehnt, da die Stute, nach Aussagen einer 3. Person, eine allergische Reaktion in Form von Quaddelbildung am Rumpf nach der 1. Injektion gezeigt hatte. Die Allergie trat angeblich kurz nach Abfahrt des Tierarztes auf. Darauf wies der Tierarzt nochmals auf die Außerdienststellung des Pferdes hin und

machte die Besitzerin auf die Zusammensetzung des verabreichten Medikamentes aufmerksam, wobei im Falle einer neuerlichen Behandlung oder Verkauf des Pferdes unbedingt auf die Allergie hinzuweisen sei.

Nach Aussagen der Besitzerin war die Stute nach weiteren 3 Monaten wieder gesund.

2. Diskussion zu Fall Nr. 27

a. Tierschutzproblem

Es ist hinzuzufügen, daß während der Untersuchung und Behandlung des Pferdes eine 3. Person anwesend war. Diese hielt die Behandlung und das Außerdienststellen der Stute für völlig unnötig und übertrieben. Sie selbst habe ein Zugpferd gehabt, das mit 6 Jahren dämpfig wurde und solange weiter seine Arbeit leistete, bis es mit 12 Jahren im Geschirr zusammenbrach. Dies Beispiel sollte der Besitzerin der Stute nur zeigen, daß man ein lungenkrankes Pferd sehr wohl arbeiten lassen könne. Allerdings befolgte die Besitzerin den Rat des Tierarztes und stellte die Stute für eine nicht näher angegebene Zeit außer Dienst. Dennoch muß die Handlungsweise der Besitzerin als Verstoß gegen § 2 (1), 1. TSchG betrachtet werden, da die Stute trotz bemerkten Hustens über 14 Tage weiter geritten wurde, d.h., eine rechtzeitige Heilbehandlung erfolgte nicht (Lorz 59). Ebensowenig erfolgte eine vollständige Heilbehandlung, da auf Grund einer angeblichen Allergie, die der Tierarzt nicht nachprüfen konnte, die Behandlung abgebrochen wurde.

Da der Tierbesitzer die Pflicht hat, sich über die wichtigsten Krankheiten seines Tieres zu informieren, hätte die Pferdebesitzerin wissen müssen, daß Erkrankungen des Atmungsapparates beim Pferd schwerwiegende Folgen nach sich ziehen können, insbesondere wenn die Behandlung zu spät erfolgt und die Tiere nicht außer Dienst gestellt werden.

b. Lösung des Problems

Das eigentliche Problem lag hier darin, die Besitzerin entgegen den Ratschlägen einer 3. Person, in deren Stall die Stute stand, von der unbedingten Außerdienststellung des Pferdes zu überzeugen.

Eikmeier sagt zur Therapie der akuten Bronchitis:

"1. Absolute Ruhe; diese Forderung gilt besonders für Pferde, bei denen immer wieder der Fehler zu beobachten ist, daß sie

zu früh zur Arbeit herangezogen werden".

Der Tierarzt muß dem Besitzer immer wieder deutlich machen, daß die nicht ausgeheilten ansteckenden Katarrhe der Luftwege die häufigste Ursache der Dämpfigkeit bilden (Eikmeier). Ferner war es die Aufgabe des Tierarztes auf die Zusammensetzung des zur Allergie führenden Medikamentes hinzuweisen.

3.1.5. Laienbehandlung

Fall Nr. 28

1. Besprechung des Falles

Deutscher Schäferhundrüde, 4 Monate

Vorbericht: Der Hund litt seit 8 Tagen an Durchfall. Der Besitzer verabreichte ihm daraufhin Mexaform S - Dragees. Seitdem zeigte der Rüde Apathie, Inappetenz und blutigen Harn. Der Hund war korrekt mit SHL-Vakzine geimpft.

Befund: Ernährungs- und Pflegezustand gut; Allgemeinbefinden schlecht; Katheterisieren der Harnblase: Blutiger Harn.

Diagnose: Mexaform - Vergiftung.

Therapie: Stationäre Aufnahme. Medikamentelle Therapie (E-Aminocaprönsäure, Hepabionta, Omnamycin, Supronal, Euvernilsaft, Primavitan).

Nach 6 Tagen wurde der Hund "gebessert" entlassen.

Die Nachbehandlung mit Euvernilsaft und Primavitan führte der Besitzer durch.

2. Diskussion zu Fall Nr. 28

a. Tierschutzproblem

Der Besitzer beobachtete an seinem Hund 8 Tage lang Durchfall. Schließlich verabreichte er dem Tier ein beim Menschen wirksames Antidiarrhoeikum. Als sich das Allgemeinbefinden weiterhin verschlechterte, suchte er den Tierarzt auf. Hierzu ist zu sagen, daß man einen kranken Hund nicht 8 Tage ohne Heilmaßnahmen läßt, noch dazu einen Junghund, der dadurch besonders geschwächt wird. Ferner ist die Verabreichung eines Medikamentes an ein Tier, das nicht vom Tierarzt verschrieben wurde, als grober Fehler zu verurteilen. Davon abgesehen hätte der Besitzer wenigstens die Gebrauchsanweisung studieren müssen. Auf dieser ist nämlich zu lesen: "Mexaform S ist nur zur Anwendung beim Menschen bestimmt. Bei durch-

fallerkrankten Hunden und Katzen kann es wegen artspezifischer Überempfindlichkeit zu Nebenwirkungen kommen".

Die Handlungsweise des Besitzers ist als Verstoß gegen § 2 (1), 1. TSchG zu werten. Lorz (59) sagt u.a. hierzu: "... Dabei ist Vorsicht gegenüber 'Hausrezepten' geboten und rechtzeitig der Tierarzt beizuziehen ...".

b. Lösung des Problems

Der Besitzer mag in guter Absicht gehandelt haben, dennoch fügte er seinem Hund Schaden zu. In diesem Falle ist es die Aufgabe des Tierarztes, den Besitzer im Hinblick auf die kritiklose Verabreichung von Medikamenten zu belehren. Dem Tierhalter sollte bewußt sein, daß Mensch und Tier auf Medikamente verschieden reagieren können und daß er nicht berechtigt ist, ein Medikament selbständig auszuwählen und anzuwenden, da ihm die nötigen Kenntnisse fehlen.

Fall Nr. 29

1. Besprechung des Falles

Katze, 3 Monate

Vorbericht: Die Katze zeigte seit 14 Tagen auf dem Rücken Hautveränderungen. Inzwischen lösten sich ganze Hautteile ab. Erst nach genauer Nachfrage stellte sich heraus, daß der Besitzer die Katze nach eigenem Entschluß mit einem Desinfektionsmittel gewaschen hatte. Er wendete dieses, entgegen der Gebrauchsanweisung, unverdünnt an.

Befund: Ernährungs- und Pflegezustand schlecht; lebhaft; parasitologische und mykologische Untersuchung eines Hautgeschabsels: Negativ; bakteriologische Untersuchung: Micrococcus albus ++.

Diagnose: Eccema ulcerosum et squamosum et crustosum.

Therapie: Stationäre Aufnahme. Die Behandlung erfolgte parenteral (Omnamycin, Paratopen, Cortexilar, Crescovit, Tonophosphan, Catosal), lokal (Esemptanbad, Supracillin), oral (Primavitan).

Am 5. Behandlungstag: Besserung der Haut.

Nach 10 Tagen wurde die Katze "gebessert" entlassen. Eine Nachbehandlung (Fissan, Supracillin) durch den Besitzer war erforderlich.

2. Diskussion zu Fall Nr. 29

a. Tierschutzproblem

In diesem Falle wollte der Besitzer seine Katze von Ungeziefer reinigen. Dazu verwendete er ein Mittel, nach dessen Gebrauchsanweisung er sich nicht richtete. Schließlich beobachtete er 14 Tage lang die Hautveränderungen und brachte die Katze erst zum Tierarzt, als sich bereits ganze Hautteile ablösten. Wie in Fall Nr. 28 fügte der Besitzer durch eigenmächtiges Handeln seinem Tier Schaden zu und sorgte nicht für eine rechtzeitige Heilbehandlung.

Es liegt ein Verstoß gegen § 2 (1), 1. TSchG vor.

b. Lösung des Problems

Der Besitzer war sich nicht bewußt, daß er durch die Anwendung des unverdünnten Desinfektionsmittels seiner Katze diese Hautveränderungen zugefügt hatte. Erst der Tierarzt konnte durch genaue Ermittlungen zum Vorbericht die Ursache dieser Erkrankung feststellen. Auch in diesem Fall wird es Aufgabe des Tierarztes sein, den Besitzer zu belehren, nicht ohne fachmännischen Rat eine Behandlung durchzuführen.

Fall Nr. 30

1. Besprechung des Falles

Höhenfleckviehkalbin, 2 3/4 Jahre

Vorbericht: Die Kalbin kam zur Geburt. Der Besitzer leistete Geburtshilfe. Beim Extraktionsversuch blieb das Kalb mit dem Becken stecken (Vorderendlage, obere Stellung). Der Besitzer zog keinen Tierarzt zu Rate. Das Kalb starb und der Bauer schnitt es in Höhe des Brustkorbes ab. Da er die andere Hälfte des Kalbes nicht extrahieren konnte, brachte er die Kalbin in diesem Zustand in stationäre tierärztliche Behandlung (etwa 1 Stunde Transport).

Befund: Allgemeinbefinden schlecht; die hintere Körperhälfte des Kalbes befand sich noch im Uterus.

Diagnose: Eine durch Laienhilfe komplizierte Schweregeburt.

Therapie: Foetotomie des Reststückes.

Nach 4 Tagen wurde die Kalbin gesund entlassen.

2. Diskussion zu Fall Nr. 30

a. Tierschutzproblem

Die Handlungsweise des Besitzers entspringt einer gefühllosen Gesinnung. Er leistete bei einer Rinderschweregeburt unsachgemäße Hilfe und zog den Tierarzt nicht rechtzeitig zu, sondern transportierte das Tier noch 1 Stunde, nachdem er ihm bereits aus grober Fahrlässigkeit erhebliche Schmerzen zugefügt hatte. Es ist zu bedenken, daß eine Geburt für das Muttertier immer mit gewissen natürlichen Schmerzen verbunden ist, daß aber im Falle einer Schweregeburt und einer Fruchtzerlegung eine Lokalanästhesie durch den Tierarzt vorgenommen wird, um dem Tier unnötige Schmerzen zu ersparen. Es liegt also eindeutig ein Verstoß gegen § 1 und § 2 (1), 1. TSchG vor.

Der Besitzer mußte wissen, daß besonders Erstgeburten mit Schwierigkeiten verbunden sein können.

b. Lösung des Problems

Der Tierarzt hätte bei Erkennen des Geburtshindernisses einen Kaiserschnitt vorgenommen, oder bei Tod des Kalbes die fachgerechte Foetotomie durchgeführt. In diesem Fall konnte die Kalbin nach stationärer Behandlung mit gutem Allgemeinbefinden entlassen werden. Der Besitzer wurde darauf hingewiesen, daß es in solchen Fällen ein schwerwiegender Fehler sei, keine tierärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, um der Kalbin und dem Kalb Schmerzen, Leiden und Schäden zu ersparen.

Fall Nr. 31

1. Besprechung des Falles

Neugeborenes Kalb

Vorbericht: Bei einer von einem Bauern selbst durchgeführten Rinderschweregeburt, wurden dem Kalb beide Vordergliedmaßen gebrochen. Man zog den Tierarzt unmittelbar nach der Geburt zu.

Befund: 3 Finger breit proximal des Fesselgelenks an beiden Vordergliedmaßen abnorme Beweglichkeit.

Diagnose: Querfraktur der Metacarpalknochen.

Therapie: In einen Doppelzentrersack wurden 4 große ovale Löcher geschnitten, an jeder Längsseite des Sackes eine etwa 2 Meter lange Stange durchgestreckt, die Beine des Kalbes durch die Löcher des Sackes geführt und die Stangen so hoch

gelegt, daß das Kalb stabil in seiner "Hängematte" hing und seine Beine den Boden nicht mehr berührten. Weiter wurde aus 6 mm Ø Baustahl ein Bügel U-förmig gebogen und der Fußspitze eng angepaßt. Proximal reichte er bis zum Carpus, wo die Enden quer zur Druckrichtung abgeknickt und dem Carpus angeformt wurden. So konnten die Enden dieses Bügels vom Verband bedeckt werden und sich nicht in den Verband hinaufschieben. Nach genügender Polsterung auch zwischen den Klauen, wurde an jedem Bein bis 2 handbreit proximal des Carpus ein Gipsverband angelegt. In diesen Verband wurden zur Stabilisierung 2 bis 3 dünne Holzspäne und der oben beschriebene Bügel eingewickelt. Das Kalb blieb in der Hängematte etwa 1/2 Stunde bis der Gips genügend fest war. Um das Trocknen des Verbandes zu beschleunigen, bestrahlte man ihn mit einer Infrarotlampe.

In den folgenden Tagen wurde das Kalb zu den Tränkezeiten auf seine Beine bzw. Bügel gestellt und am 3. Tag stand es von selbst auf. Später lockerte sich der Verband am rechten Fuß proximal des Carpus, sodaß das Kalb dieses Bein leicht abbiegen konnte. Dies wurde geduldet, weil es sich gut entwickelte, sehr munter war und sogar etwas herumsprang.

Zur besseren Callusbildung wurde der Patient mit Catosal und Tricrescovit versorgt. 4 Wochen später wurde der Gips abgenommen. Es zeigte sich, daß beide Frakturstellen fest verwachsen waren und die Haut keinen Defekt aufwies. Als wesentlich für das gute Gelingen dieser Fraktur betrachtet der behandelnde Tierarzt diese beiden Voraussetzungen:

1. Die Hängematte ermöglicht es, mit Ruhe und Sorgfalt den Verband anzulegen und 2. der Gipsbügel verteilt bei der Belastung den Druck auf den Verband und damit gleichmäßig auf das ganze Bein, sodaß die Bruchstelle entlastet wird und ungestört Callus bilden kann (Böhm).

2. Diskussion zu Fall Nr. 31

a. Tierschutzproblem

Bei einer Schweregeburt leistete der Bauer offenbar falsche Geburtshilfe. Dabei wurden dem Kalb beide Vordergliedmaßen gebrochen. Da am Metacarpus in der Regel die Geburtsstricke oder -ketten befestigt werden, ist anzunehmen, daß die Frakturen durch unsachgemäßen Zug entstanden sind. Nach der Ge-

burt, also nach bereits entstandenem Schaden, wurde der Tierarzt sofort zugezogen. Da ein Bauer erfahrungsgemäß gewisse Kenntnisse in der Geburtshilfe besitzt (Baier u. Walser), hätte er erkennen müssen, daß eine Schweregeburt vorliegt, die ohne tierärztliche Hilfe zu erheblichen Schäden an Mutter und Frucht führen kann.

Lorz (59) sagt unter anderem zu diesem Problem: "... Es ist an Geburtshilfe zu denken. Sie muß wie die Heilbehandlung vollwertig sein. Dabei ist Vorsicht gegenüber 'Hausrezepten' geboten und rechtzeitig der Tierarzt beizuziehen ...". Die Geburtshilfe war in diesem Fall nicht vollwertig und der Tierarzt wurde nicht rechtzeitig zugezogen. Somit liegt ein Verstoß gegen § 2 (1), 1. TSchG vor.

b. Lösung des Problems

Trotz der schlechten Prognose beidseitiger Frakturen an den Extremitäten wurde ein Behandlungsversuch unternommen, da als Alternative nur die Tötung des Kalbes in Frage kam. Da neugeborene Kälber bei der Schlachtung für den Menschen genußuntauglich sind, hätte die Tötung des Kalbes für den Besitzer einen wirtschaftlichen Schaden bedeutet. Da das Kalb trotz beiderseitigem Gips ein gutes Allgemeinbefinden zeigte und offenbar nicht unter Schmerzen litt, war dieser Heilversuch gerechtfertigt.

Der Tierarzt konnte dem Landwirt nur empfehlen, bei Geburtsschwierigkeiten frühzeitig den Fachmann beizuziehen, um Schaden am Tier und wirtschaftliche Einbuße zu vermeiden.

Fall Nr. 32

1. Besprechung des Falles

Islandponywallach, 8 Jahre

Vorbericht: Der Wallach gehörte einem Schausteller. Mittags war er von seinem Besitzer gefüttert worden. Danach soll er angeblich von Besuchern gefüttert worden sein. Gegen 20 Uhr zeigte er Kolikerscheinungen. Der Tierarzt wurde gerufen. Bei der rektalen Untersuchung hatte er bereits beim Eingehen ins Rektum Blut am Handschuh (gegen 21 Uhr). Daraufhin untersuchte er nicht weiter, sondern überwies den Wallach sofort in stationäre Behandlung.

Befund: 22.40 Uhr: Pflegezustand schlecht; struppiges, stumpfes Haarkleid; Schleimhäute blaß; Puls nicht mehr fühlbar; Herzschlag schwach (100 Schläge/Min.); der Patient zitterte; Bauchhöhlenpunktion: Futter- und Kotpartikel; rektale Untersuchung: Faustgroßes Loch im Enddarm, kranial davon geballter Kot; durch das Loch war Kot in der Bauchhöhle zu palpieren.

Diagnose: Darmperforation.

Therapie: Euthanasie.

Sektion: Perforation des Colons ca. 20 cm vom Anus entfernt (8 cm Durchmesser) mit Übertritt von Kotballen in die Bauchhöhle; keine entzündliche Reaktion am Perforationsrand nachweisbar, keine Anzeichen von Peritonitis; durchgehende katarrhalische Enteritis mit starker Beteiligung eosinophiler Granulozyten.

Pathologisch-anatomische Diagnose: Es liegt eine Colonperforation sowie eine katarrhalische Enteritis vor.

Es erfolgte eine Beschwerde des Besitzers auf Schadenersatz. Seiner Meinung nach hatte der zuerst untersuchende Tierarzt den Darm des Ponys perforiert. Dies konnte jedoch anhand pathologischer Untersuchungen und Zeitangaben ausgeschlossen werden.

2. Diskussion zu Fall Nr. 32

a. Tierschutzproblem

Der Wallach erkrankte an Kolik, der Tierarzt wurde gerufen. Dieser überwies das Pony wegen Perforationsverdacht in stationäre Behandlung. Er gab an, daß die Perforation bereits vorlag, als er untersuchte. Die pathologische Untersuchung bestätigte, daß die Perforation zu einem früheren Zeitpunkt stattgefunden haben mußte, also noch vor der Untersuchung durch den 1. Tierarzt. Es ist also anzunehmen, daß der Besitzer selbst, oder eine andere Person bei dem Pony rektal manipuliert hatte. Durch diese rohe Selbsthilfe wurden dem Pony erhebliche Schmerzen bereitet. "... Roh ist die Mißhandlung, wenn sie einer gefühllosen Gesinnung entspringt. Eine gefühllose Gesinnung liegt dann vor, wenn der Täter bei der Mißhandlung das notwendige als Hemmung wirkende Gefühl für den Schmerz des mißhandelten Tieres verloren hat, das sich in gleicher Lage bei jedem menschlich und verständ-

dig Denkenden eingestellt haben würde ..." (Lorz 59). Dieser Aussage nach muß der Schausteller nicht zu den "menschlich und verständig Denkenden" gehört haben, da er im anderen Falle auf die Untersuchung des Tierarztes gewartet hätte. Somit liegt eindeutig ein Verstoß gegen § 1 TSchG vor.

b. Lösung des Problems

Der erstuntersuchende Tierarzt bemerkte die Perforation und überwies das Pony sofort in stationäre Behandlung, wo die Diagnose bestätigt wurde. Da diese Erkrankung ganz sicher zum Tod des Wallachs geführt hätte, wurde aus tierschützerischen Gründen die schmerzlose Tötung durchgeführt.

3.2. Tierhandel

Fall Nr. 33

1. Besprechung des Falles

Kater, 8 Wochen

Vorbericht: Die Besitzerin hatte den jungen Kater vor 4 Tagen in einer Tierhandlung gekauft. Sie kaufte ihn "aus Mitleid", weil er offensichtlich krank war. Für diese kranke, ungeimpfte junge Hauskatze zahlte sie einen hohen Preis an den Tierhändler. Mit starkem Durchfall stellte sie den Kater dem Tierarzt vor.

Befund: Allgemeinbefinden schlecht; Darmschlingen aufgegastr.

Diagnose: Verdacht auf Katzensuche.

Therapie: Stationäre Aufnahme; Feliserin, Leukomycin, physiologische Kochsalzlösung, Trafulon, Sterofundin.

Nach 8 Tagen wurde der Patient geheilt entlassen. Die Besitzerin wurde auf die jährlich zu wiederholende Schutzimpfung gegen Katzensuche hingewiesen.

2. Diskussion zu Fall Nr. 33

a. Tierschutzproblem

In diesem Fall handelt es sich um das Problem des Tierhandels. Es wurde ein offensichtlich kranker Kater zum Verkauf angeboten. Nach Aussagen der Käuferin hatte der Tierhändler keinen Tierarzt zugezogen, d.h., er hatte überhaupt keinen Behandlungsversuch unternommen. Da die Käuferin den Kater be-

wußt als krank kaufte, um ihn von Schmerzen, Schäden und Leiden zu befreien, ist gegen den Verkauf selbst nichts einzuwenden. Dagegen muß die unterlassene Heilbehandlung durch den Tierhändler als Verstoß gegen § 2 (1), 1. TSchG gewertet werden. Obwohl die Besitzerin das Tier "aus Mitleid" kaufte, ist auch ihr Verhalten als Verstoß gegen den o.g. Paragraphen zu betrachten: Sie brachte den offensichtlich kranken Kater erst am 4. Tag zum Tierarzt. Wer aus Mitleid ein krankes Tier kauft, muß sich darüber klar sein, daß dieses Tier auch in seiner neuen Umgebung einer tierärztlichen Behandlung bedarf, daß also nicht allein das Mitleid und der Besitzerwechsel ausschlaggebend sind.

b. Lösung des Problems

Der Tierarzt, der das Problem des Tierhandels allein nicht lösen kann, konnte in diesem Fall dem einzelnen Tier Heilung verschaffen. Dabei wies er die Besitzerin auf die notwendige rechtzeitige Heilbehandlung hin, d.h., der Kater hätte bereits am Tag des Kaufes in tierärztliche Behandlung gebracht werden müssen (Im Prinzip schon früher vom Händler).

Der Tierarzt sollte auch immer wieder darauf aufmerksam machen, daß der Tierhändler mit dem Mitleid der Käufer rechnet, die dann durch ihren Tierkauf den Tierhandel unterstützen.

In diesem Fall offensichtlich unterlassener Heilbehandlung ist auch die Verständigung des Amtstierarztes angebracht, um weitere Mißstände in der Tierhandlung zu beseitigen und zu verhindern.

Fall Nr. 34

1. Besprechung des Falles

Hannoveranerwallach, 4 Jahre

Vorbericht: Der Besitzer hatte das Pferd im Januar gekauft. Er besaß mehrere Reitpferde, wobei er diesen Wallach besonders als Springpferd verwendete. Seit Januar zeigte dieser weißlichen Nasenausfluß. Er hustete nicht. Der Leistungsabfall war gering. Eine Schutzimpfung gegen Influenza und Rhinopneumonitis und eine tierärztliche Untersuchung waren nicht erfolgt, erst im August wurde der Wallach einem Tierarzt vorgestellt.

Befund: Allgemeinbefinden gut; Ernährungs- und Pflegezustand gut; Untersuchung der Lunge in Ruhe: Vesikuläres Atmen, bei forcierter Atmung: Verschärft vesikuläres Atmen; Laryngoskopie: Kirschkerngroße Follikel der Kehlkopfschleimhaut, Schleimbildung, Ramifizierung der Nasenscheidewand.

Diagnose: Chronische Laryngitis.

Therapie: Tägliche Rachentuschen mit Scheroson Nasentropfen/Lotagengemisch.

Am 7. Tag Laryngoskopie: Keine wesentliche Besserung.

Am 8. Tag wurde der Wallach kaum gebessert entlassen.

Der Besitzer erhielt die Empfehlung, den Wallach über 3 Monate überhaupt nicht zu arbeiten und ihn nach dieser Zeit zur Kontrolluntersuchung wieder vorzustellen. Dem Besitzer erschien die Wartezeit zu lang, da er sofort ein Pferd zum Springen brauchte. Er verkaufte das Pferd weiter.

2. Diskussion zu Fall Nr. 34

a. Tierschutzproblem

Der Besitzer bemerkte Nasenausfluß, seit er das Pferd in Besitz hatte (Januar bis August). Da ihm der Nasenausfluß auffiel, kann man unterstellen, daß er ihn als krankhafte Veränderung erkannte. Trotzdem stellte er den Wallach erst nach 7 Monaten dem Tierarzt vor. Es wurde eine Behandlung durchgeführt, aber die anschließende dreimonatige Außerdienststellung wollte der Besitzer nicht abwarten. Der kranke Wallach wurde als Nutzpferd weiterverkauft. Da der Besitzer nach dem Verkauf des Wallachs sofort nach einem anderen geeigneten Springpferd suchte, ist anzunehmen, daß er als Freizeitreiter finanziell durchaus in der Lage gewesen wäre, dem Wallach eine Ruhepause von 3 Monaten mit einer weiteren Untersuchung zu gewähren. Nur wer die notwendige artgemäße Pflege nicht gewähren kann, dazu gehört auch die Heilbehandlung, wird das Tier abgeben müssen (Ennulat u. Zoebe). Das bedeutet also, daß jeder Pferdebesitzer sich bei Anschaffung des Tieres bewußt sein muß, daß sein Pferd erkranken kann, daß dies zusätzliche Kosten bedeutet und daß die Krankheit im Allgemeinen mit einem Reit- und Fahrverbot verbunden ist. Erst wenn sich herausstellt, daß der Patient nach einer Ruhepause, wie hier von 3 Monaten, keine Besserung zeigt oder unheilbar erscheint, ist einzusehen, daß sich der Besitzer von

diesem Tier trennt. Da der Besitzer eine rechtzeitige und vollwertige Heilbehandlung nicht durchführte, muß seine Handlungsweise als Verstoß gegen § 2 (1), 1. TSchG gelten (Lorz 59). Im Falle einer unheilbaren Krankheit, die bei einem Weiterleben mit nicht behebbaren Schmerzen oder Leiden verbunden ist, darf ein Tier nur zur unverzüglichen schmerzlosen Tötung veräußert oder erworben werden (§ 3,2. TSchG). Inwiefern dieser Paragraph in Kraft getreten wäre, ist nicht festzustellen, da das weitere Schicksal des Pferdes dem Tierarzt unbekannt blieb.

b. Lösung des Problems

Die tierärztliche Behandlung brachte in diesem chronischen Fall kaum Besserung. Der eindringliche Rat im Hinblick auf die Außerdienststellung des Pferdes wurde nicht befolgt, sondern das Tier verkauft. Ob der Käufer von der Erkrankung des Pferdes unterrichtet wurde, ist unbekannt. In diesem Fall kann der Tierarzt zwar den Besitzer belehren, aber er kann ihm den Verkauf des kranken Pferdes nicht verwehren. Möglicherweise konnte durch eine tierärztliche Ankaufsuntersuchung der Verkauf verhindert werden.

Ganz allgemein ist es die Aufgabe des Tierarztes, den Käufer vor dem Erwerb kranker Tiere zu warnen. Nur so kann er die tierschützerischen Bemühungen, den tierschutzwidrigen Tierhandel zu unterbinden, wirksam unterstützen.

3.3. Entledigung und Töten von Tieren

Fall Nr. 35

1. Besprechung des Falles

Deutscher Schäferhundrüde, 1 Jahr

Vorbericht: In einem landwirtschaftlichen Betrieb mußte ein Pferd tierärztlich versorgt werden. Bei dieser Gelegenheit kam die Besitzerin auf ihren Hund zu sprechen. Er streunte häufig und lief dabei auch in den Wald (Tollwutgebiet). Außerdem hatte er fremde Kinder gebissen, die auf den Hof kamen. Allerdings erlitten sie keine gefährlichen Verletzungen. Falls sich das Tier nicht sehr bald bessern sollte, wünschte sie die Tötung des Hundes durch den Tierarzt.

Befund: Es handelte sich um einen jungen gesunden Hund.

Beratung des Besitzers: 1. Bau eines Zwingers, entsprechend den Vorschriften der "Verordnung über das Halten von Hunden im Freien" vom 6. Juni 1974, zum zeitweiligen Einsperren des Hundes.

2. Abgabe des Hundes an einen anderen Besitzer, der für das Tier mehr Zeit erübrigen kann.

3. Kastration, um eine Ruhigstellung herbeizuführen.

Die Besitzerin hielt an ihrer Meinung fest, den Hund töten zu lassen. Nun wies der Tierarzt auf die Vorschriften des TSchG hin, die besagen, daß man ein Tier nicht ohne vernünftigen Grund töten darf (§ 1 und § 17,1.). Die Besitzerin, die offensichtlich über das TSchG nicht informiert war, wurde daraufhin einsichtig und erwog die vom Tierarzt vorgeschlagenen Möglichkeiten. Die Familie entschloß sich, den Hund kastrieren zu lassen. 2 Tage vor der Operation teilten sie dem Tierarzt mit, daß sie mit dem Eingriff noch warten wollten. Von dieser Zeit an wurde der Hund vermehrt im Haus gehalten, wobei er täglich Auslauf hatte, als Spaziergang an der Leine oder Mitlaufen neben dem Fahrrad. Etwa 1 Monat später berichtete der Besitzer, daß der Hund nur noch im Falle läufiger Hündinnen in der Nachbarschaft weglaufe und ansonsten nicht mehr streune.

2. Diskussion zu Fall Nr. 35

a. Tierschutzproblem

Dem Vorbericht ist noch hinzuzufügen, daß der Hund bereits als Welpen auf dem Hof lebte, der keinen festen Zaun besaß, dem Hund also jederzeit die Möglichkeit zum Streunen gegeben war. Um ihn am Beißen Fremder und am Weglaufen zu hindern, wurde er zeitweilig in den Stall gesperrt. Ferner erinnerte sich die Bäuerin, gesehen zu haben, daß Kinder den Hund ärgerten. Da die Familie mit der Landwirtschaft ausgelastet war, konnte sie sich nicht so um den Hund kümmern, wie es in diesen Entwicklungsphasen notwendig gewesen wäre. An dies Problem, nämlich die Erziehung des Hundes, die mit einem gewissen Opfer an Zeit verbunden ist, hätte der Besitzer bereits vor der Anschaffung des Tieres denken müssen. Da diese Zeit nicht aufgewendet werden konnte und der Rüde sich anfangs nicht zu dem erwünschten Wachhund entwickelte,

wollte man sich seiner entledigen. Dabei wurde nur die Möglichkeit der Tötung erwogen.

Rückblickend ist zu sagen, daß der Hund durch unbeabsichtigte Vernachlässigung und unangenehme Erlebnisse mit Kindern zu einem Streuner und Beisser wurde. Für den Tierarzt war es wichtig zu wissen, daß der Rüde nur fremde Personen biß, also niemals die eigenen Familienangehörigen. Der Hund zeigte seinen natürlichen Bewachungs- und Schutztrieb. Auf Grund des Vorberichtes und seiner Erfahrung mit diesem Hund, lehnte der Tierarzt die Tötung ab. Im Falle der Euthanasie wäre gegen § 1 TSchG verstoßen worden.

b. Lösung des Problems

Hier war es die Aufgabe des Tierarztes, die Familie, der der Tierschutzgedanke allem Anschein nach im Hinblick auf Tötung eines Tieres, unbekannt war, auf eine andere Lösung des Problems hinzuweisen. Nach Aufklärung über das TSchG nahm der Besitzer Abstand von dem Tötungsgedanken. Schließlich lehnte er auch alle anderen Vorschläge ab und bemühte sich, nun der Pflege des Hundes gerecht zu werden. In diesem Fall konnte man sogar sagen, daß die Familie über den Einspruch des Tierarztes erleichtert war, da sie unbewußt an dem Tier hing. Inzwischen (1 Jahr später) hat sich der Hund gebessert und streunt nur noch, wenn sich läufige Hündinnen in der Nachbarschaft befinden. Die Familie achtet darauf, daß er nicht Gelegenheit hat, wegzulaufen.

Fall Nr. 36

1. Besprechung des Falles

Kleine Münsterländerhündin, 4 Jahre

Vorbericht: Der Besitzer brachte die Hündin zur Tötung in die Sprechstunde. Der Grund zu diesem Entschluß war folgender: Die Hündin hatte die Anforderungen der Jagdgebrauchshundeprüfung nicht erfüllt. Daraufhin kaufte sich der Besitzer einen anderen Hund, wodurch die Hündin überflüssig wurde. Er bemühte sich um einen neuen Besitzer für das Tier. Nach seinen Aussagen hatte er keine geeignete Person gefunden, "da die Hündin die Eigenart hatte, sich nur jungen und energischen Menschen unterzuordnen". Selbst das Tierheim habe die Hündin zurückgewiesen und zur Tötung geraten.

Befund: Es handelte sich um eine junge gesunde Hündin.

Beratung des Besitzers: Die Tötung wurde abgelehnt, mit dem Hinweis, daß es keinen vernünftigen Grund gäbe, einen gesunden Hund zu töten. Dem Besitzer wurde angeraten, erneut zu versuchen, einen anderen Besitzer zu finden, z.B. über eine Zeitungsanzeige. Der Besitzer war einsichtig und wollte diesen Rat befolgen.

2. Diskussion zu Fall Nr. 36

a. Tierschutzproblem

Die Hündin, zur Jagd untauglich, hatte "ihren Zweck nicht erfüllt" und war somit für den Besitzer unbrauchbar. Seine Bemühungen, einen anderen Besitzer zu finden, waren ergebnislos geblieben. Daraufhin wollte er die Hündin töten lassen. Hierzu ist zu sagen, daß "Verärgerung" oder "Überdruß an einem Tier", keine vernünftigen Gründe für eine Tiertötung darstellen (Lorz 59). Eine Tiertötung ist nur dann gerechtfertigt, wenn der Besitzer das Tier aus bestimmten Gründen nicht mehr halten kann und bereits alle zumutbaren Versuche unternommen hat, sein Tier in andere Hände zu geben. Dabei weisen Ennulat u. Zoebe ausdrücklich darauf hin, "... daß das Tierheim eines Tierschutzvereins kaum jemals die Übernahme eines Hundes ablehnen wird ...".

Bei Tötung des Tieres hätte ein Verstoß gegen § 1 TSchG vorgelegen.

b. Lösung des Problems

Im Falle eines Tötungswunsches hat der Tierarzt immer mit größter Überlegung zu handeln, da sich mancher Besitzer gar zu einfach seines Tieres entledigen möchte. Er darf sich keinesfalls nur auf die Aussagen des Besitzers verlassen, ohne deren Richtigkeit überprüft zu haben.

Der Tierarzt lehnte hier die Tötung ab, mit dem Rat, die Abgabe des Hundes z.B. über eine Zeitungsanzeige zu versuchen. Der Besitzer gab zu, von dieser Möglichkeit noch nicht Gebrauch gemacht zu haben und daß energische Leute die Hündin durchaus halten könnten.

Abschließend sei noch erwähnt, daß jeder, der sich ein Tier anschafft, daran denken muß, daß dieses Tier später schließlich doch nicht seinen Wünschen und Vorstellungen entsprechen könnte. Falls er es dann aus bestimmten Gründen nicht weiter

halten möchte, darf er sich seiner nur auf eine verantwortungsbewußte tierschutzgerechte Weise entledigen. Dabei steht die Tötung, wenn überhaupt gerechtfertigt, an letzter Stelle.

Fall Nr. 37

1. Besprechung des Falles

Langhaardackelhündin, 3 Monate

Vorbericht: Die Besitzerin hatte den Welpen in einer Zoonhandlung erworben. Mit 10 Wochen stellte sie den Hund dem Tierarzt vor. Die Hündin erhielt eine Stagloban-Injektion und nach vorausgegangener Kotuntersuchung eine Wurmkur. Die Besitzerin wurde vom Tierarzt darauf aufmerksam gemacht, den Junghund in 2 bis 3 Wochen zur aktiven Immunisierung vorzustellen. 4 Wochen später erschien die Besitzerin mit dem Hund am Samstag, außerhalb der Sprechstundenzeit. Nach ihren Angaben hatte die Hündin starken Juckreiz und Durchfall. Sie selbst und ihre Bekannte hätten auch Juckreiz.

Der Hund wurde symptomatisch behandelt und sollte zu einer intensiveren Diagnostik zur Montagssprechstunde wiederkommen. Als die Besitzerin jedoch darauf bestand, den Dackel in stationärer Behandlung zu lassen, andernfalls würde sie ihn zu Hause "derwerfen", zog es der Tierarzt vor, die Hündin sofort stationär aufzunehmen.

Befund: Allgemeinbefinden und Ernährungszustand gut; Pflegezustand mäßig; Abdomen aufgetrieben; am ganzen Körper Haar- ausfall, Schuppen- und Krustenbildung; bakteriologische Untersuchung eines Hautgeschabsels: Staphylococcus aureus; Kotuntersuchung: Askariden, Coccidien.

Diagnose: Alopezie, Eccema squamosum et crustosum.

Therapie: Stagloban-Injektion; Scheren; Crinitonbad; Salizylspiritus lokal; parenteral (Cortexilar, Tardomyocel, Omnamycin, Crescovit, Tonophosphan, Primavitan, Tribrissen 20); Wurmkur (Piperazin), Coccidienkur (Gandavit).

2. Tag: Kein Pruritus.

Nach 26 Tagen stationärer Behandlung war die Hündin geheilt und abholbereit. Da sich die Besitzerin trotz Ermahnungen nicht mehr meldete, wurde der Dackel nach 178 Tagen (Knapp 6 Monate) stationärem Aufenthalt, entsprechend den Aufnahme-

bedingungen der Klinik, an einen anderen Besitzer abgegeben.

2. Diskussion zu Fall Nr. 37

a. Tierschutzproblem

Die Besitzerin stellte den Junghund dem Tierarzt zur SHL-Impfung vor. Da grundsätzlich nur gesunde Tiere vakziniert werden dürfen, und erfahrungsgemäß gerade bei Hunden aus Zoohandlungen, durch die Umstellung und die Kontaktmöglichkeit mit fremden Hunden, die Gefahr der Ansteckung besonders groß ist, wurde die Hündin passiv immunisiert; denn "... bei Ansteckungsverdacht und zur Erzielung eines sofort wirksamen Schutzes verabreicht man Serum ... und wartet mit der aktiven Immunisierung 2 bis 3 Wochen ..." (Eikmeier).

Die Besitzerin wurde auf diese aktive Schutzimpfung innerhalb des oben angegebenen Zeitraumes hingewiesen, jedoch stellte sie die Hündin erst nach 4 Wochen wieder vor. Zu dieser Zeit litt das Tier bereits seit mehreren Tagen (auf Grund des Befundes) an einem Ekzem. Hier ist einzufügen, daß die Hündin nicht aus Gründen der bereits seit 8 Tagen fälligen aktiven Schutzimpfung oder zur dringend erforderlichen Behandlung des Ekzems dem Tierarzt erneut vorgestellt wurde; nur der Wunsch, sich das kranke, sich kratzende Tier aus der Wohnung zu schaffen, veranlaßte die Besitzerin offensichtlich zu diesem Besuch beim Tierarzt. Dieser Verdacht wird besonders durch die Drohung bestärkt, die Hündin umzubringen, falls sie das Tier wieder mitnehmen müßte und findet schließlich den Beweis darin, daß der Patient aus der stationären Behandlung nicht mehr abgeholt wurde.

Hier liegt eindeutig eine tierschutzwidrige Handlung vor: Die Gesundheitsfürsorge wurde nur ungenügend durchgeführt (zu späte aktive Immunisierung), sogar vernachlässigt (zu späte Behandlung des Ekzems) und das Tier schließlich in stationärem Aufenthalt zurückgelassen, um sich seiner zu entledigen. Die Besitzerin meldete sich trotz mehrmaliger schriftlicher Aufforderung nach Heilung des Patienten nicht mehr seit Abgabe an den Tierarzt. Sie ließ das Tier also zurück, um ihren Verpflichtungen als Eigentümerin nicht mehr nachkommen zu müssen (Ennulat u. Zoebe). Es handelt sich um einen Verstoß gegen die §§ 2 (1), 1. und 3,3. TSchG.

b. Lösung des Problems

Der Tierarzt nahm die Hündin in stationäre Behandlung, da er fürchtete, daß die Besitzerin ihre Drohungen in die Tat umsetzen würde. Die geheilte Hündin konnte schließlich an einen vernünftigen Besitzer übermittelt werden, da die Aufnahmebedingungen der betreffenden Tierklinik u.a. wie folgt lauten: "... Wird ein Patient trotz dreimaliger mündlicher und telephonischer oder schriftlicher Aufforderung nicht abgeholt, so verfällt er der Klinik ...".

Zu diesem Zeitpunkt war die Hündin bereits 9 Monate alt; d.h. sie verbrachte 6 Monate in stationärem Aufenthalt, wobei sie 5 Monate als gesundes Tier auf die Abholung durch die Besitzerin wartete. Der Hund hielt sich also während der, für die künftige Erziehung wichtigen Entwicklungsphase (Rudelordnungsphase 5. und 6. Monat), in stationärer Behandlung auf. Es fehlte dem Junghund also der ständige Rudelführer, nämlich sein Besitzer. Da sich der Junghund in dieser Zeit in einem ausgeprägten Lernstadium befindet, kann diese vom Menschen ungenutzte Phase zu späteren Erziehungsschwierigkeiten und zu Verhaltensstörungen des Hundes führen (Trumler 94).

Leider ist die Lösung des Problems nicht einfach, da das Tier als Sache (BGB §§ 90 f.f.) nicht ohne weiteres veräußert werden kann. Hier hätte aber auch von § 2 (3) TSchG Gebrauch gemacht werden können, nachdem ein Tier einem Tierhalter weggenommen werden kann, wenn er bestimmte Bedingungen nicht erfüllt.

Fall Nr. 38

1. Besprechung des Falles

Katze, 4 Jahre

Vorbericht: Die Besitzerin brachte ihre Katze zur Tötung zum Tierarzt. Sie hatte das 4jährige Kind der Familie gebissen und drohte es auch weiterhin anzugreifen.

Befund: Die Katze erschien gesund, aber äußerst wild.

Rat an die Besitzerin: Die Tötung wurde zurückgewiesen, mit dem Hinweis, die Katze im Tierheim abzugeben. Die Besitzerin weigerte sich, den umständlichen Weg zum Tierheim anzutreten. Sie war mit dem festen Entschluß der Tötung der Katze zum

Tierarzt gekommen und wollte das Tier unter keinen Umständen mehr aus dem Sprechzimmer mitnehmen.

Daraufhin behielt der Tierarzt die Katze zurück und ließ sie vom Tierschutzverein abholen.

2. Diskussion zu Fall Nr. 38

a. Tierschutzproblem

Der Wunsch der Besitzerin, die Katze aus dem Haus zu entfernen, war durchaus verständlich, da die Gesundheit des Kindes in jedem Falle an 1. Stelle steht. Allerdings hatte sie als einzige Möglichkeit nur die Tötung der Katze erwogen. Diese wäre nur gerechtfertigt gewesen, wenn die Besitzerin alle Möglichkeiten ausgeschöpft hätte, das Tier anderweitig unterzubringen.

Im Falle der Tötung wäre hier gegen § 1 TSchG verstoßen worden. Aus welchem Grund die Katze das Kind angriff war nicht ersichtlich, da nähere Angaben fehlten.

Nach Brunner (12) gibt es die sog. 'verdorbenen' Katzen, "... die vornehmlich Menschen oder bestimmten Menschen gegenüber mißtrauisch sind; ... ihr Verhalten ist eine natürliche Folge dessen, was sie im Umgang mit der Spezies homo sapiens wahrscheinlich erlebt haben ...". Andererseits erwähnt er, daß sich Katzen, die wild, d.h. in völliger Freiheit und ohne menschlichen Kontakt aufgewachsen sind, bis zu einem gewissen Grad an einen einzelnen Menschen anschließen können. Dabei verhalten sie sich gegenüber anderen Haushaltsmitgliedern oder Außenstehenden oft "... ähnlich wie ein in Freiheit großgewordenes Wildtier, das es in Gefangenschaft bis zur Futterzähmheit gebracht hat ...". In einem solchen Fall sind u.a. Fluchtdistanz und Angstaggressivität in verschiedenen Graden erhalten geblieben. Nach Layhausen behandeln Katzen ihnen fremde Wirbeltiere bei einer ersten Begegnung als Mitkatzen. Das gilt, solange sie keine abschreckenden Erfahrungen machen, auch für die erste Begegnung mit dem Menschen. Katzen, die nun mit dem Menschen sehr vertraut sind und ihn als bekannten Artgenossen betrachten, wenden ihm gegenüber ihr arteigenes Sozialverhalten (Rangordnung, Revierverhalten) an. "... Die im Verkehr mit Menschen angewandten Verhaltensweisen entstammen größtenteils der Sexual- und Familiensphäre: Köpfchengeben, Flan-

kenreiben, ... Werbeverhalten, gegebenenfalls auch das ganze Abwehrverhalten. Dennoch gilt der Mensch nicht einfach als Artgenosse; denn die Beziehungen zwischen Katze und Mensch werden viel enger und freundschaftlicher, als sie es zwischen 2 Katzen je werden können ...". Deshalb löst der Mensch bei der Katze nicht so bedingungslos Abwehr und / oder Angriff aus wie eine erwachsene Katze (ausgenommen in der Paarungszeit). Allerdings erwartet sie von diesem, ihr vertrauten Menschen, "... daß er weiß, wie weit er gehen darf und im anderen Falle 'hält' sie eine Warnung für überflüssig ...". Es erfolgt also ein "... Angriff, ohne vorheriges Imponiergehabe und sonstiges Zeremoniell sozusagen 'formlos' ...". Dabei ist der Biß "... die Endhandlung eines 'offenen' Angriffsverhaltens ..." (Leyhausen). Nach Ewer rennt ein rein aggressives Tier einfach auf den Gegner zu und beißt ihn.

b. Lösung des Problems

Der Tierarzt lehnte die Tötung ab, da die Besitzerin nicht alle Möglichkeiten einer Unterbringung bei anderen Personen ausgeschöpft hatte. Da es aber offensichtlich war, daß sich die Besitzerin ihrer Katze entledigen wollte, sorgte der Tierarzt für ihre einstweilige Unterbringung im Tierheim.

3.3.1. Von kranken, alten, bösartigen Tieren

Fall Nr. 39

1. Besprechung des Falles

Rauhhaardackelrüde, 7 Jahre

Vorbericht: Der Hund hatte plötzlich starke Schmerzen (Jaulen). Auf eine telephonische Anfrage der Besitzerin in der Tierklinik, wurde ihr zu sofortiger tierärztlicher Behandlung geraten. Da sich der Dackel nicht anfassen ließ, versuchte die Besitzerin einen Tierarzt ins Haus zu rufen. Da dies nach ihren Aussagen nicht möglich gewesen war (Samstag 16 Uhr), brachte sie den Hund schließlich um 4 Uhr nachts in die Klinik.

Befund: Ernährungszustand: Adipös; starke Schmerzhaftigkeit im Bereich der Lendenwirbelsäule; Röntgenaufnahme: Vorfall eines Discus intervertebralis im Lendenwirbelbereich.

Diagnose: Akute Discopathie ("Dackellähme").

Therapie: Ambulante Behandlung (Buscopan, Cortison, ein Antibioticum). Der Hund wurde am folgenden Vormittag (Montag) zur Sprechstunde bestellt. Die Besitzerin brachte den Patienten erst am Dienstagmittag, außerhalb der Sprechstundenzeit. Er zeigte immer noch starke Schmerzhaftigkeit. Die Besitzerin verlangte die Tötung des Tieres. Den Rat des Tierarztes, den Hund stationär behandeln zu lassen, lehnte sie ab, da es sich bereits um den 3. Dackellähmeanfall innerhalb 8 Monaten handelte; die Besitzerin selbst konnte es nicht mehr ertragen und wollte dem Tier weitere Schmerzen ersparen. Obwohl der Tierarzt auf ähnliche Patientenfälle hinwies, bei denen die stationäre Behandlung (u.a. die Gewichtsabnahme) zum Erfolg geführt hatte, bestand die Besitzerin auf ihrem Wunsch, den Hund aus tierschützerischen Gründen einzuschlaffen. Der Tierarzt nahm daraufhin die Euthanasie des Hundes vor.

2. Diskussion zu Fall Nr. 39

a. Tierschutzproblem

In diesem Fall muß man unterstellen, daß der Besitzerin die Erscheinungen der Dackellähme und deren notwendige sofortige Behandlung bekannt waren, da es sich bereits um den 3. Anfall innerhalb 8 Monaten handelte. Dennoch stellte sie den Hund verspätet dem Tierarzt vor. Schließlich forderte sie nach unvollständiger Heilbehandlung die Tötung des Tieres, wobei sie einen stationären Behandlungsversuch durch den Tierarzt zurückwies. Der Grund zu diesem Entschluß: Die Besitzerin konnte und wollte die Erkrankung des Hundes nicht länger ertragen und dem Tier durch die Tötung weitere Schmerzen ersparen.

Das Verhalten der Besitzerin muß als tierschutzwidrig gelten (§§ 1 und 2 (1), 1. TSchG), da sie nur für eine verspätete und unvollständige Heilbehandlung sorgte: Der Hund erkrankte gegen 16 Uhr, wurde aber erst 12 Stunden später dem Tierarzt vorgestellt. Auch den Termin der Nachbehandlung hielt die Besitzerin nicht ein; sie brachte den Dackel erst 36 Stunden später. Dadurch mußte der Hund unnötig lange, ohne Schmerzlinderung leiden.

Schließlich wurde der Dackel auf Grund medizinischer Indikation getötet.

b. Lösung des Problems

Der Tierarzt riet der Besitzerin noch zu einem stationären Behandlungsversuch. Ferner wies er auf die unbedingt erforderliche Gewichtsabnahme des Hundes hin.

Ennulat u. Zoebe sagen hierzu: "... Die dem Tierhalter durch § 2 auferlegte Rechtspflicht zur ordnungsgemäßen Haltung eines Tieres gebietet daher lediglich eine Linderung von Schmerzen oder Leiden, nicht jedoch die Tötung, selbst wenn diese die einzige Möglichkeit der Schmerzbeseitigung wäre ...", d.h., daß der Einwand der Besitzerin, den Hund zu töten um ihn von seinen Schmerzen zu befreien, aus tierschützerischen Gründen nicht unbedingt erforderlich gewesen wäre, insbesondere, weil nur eine unvollständige Behandlung durchgeführt worden war. Der Tierarzt hätte also die Tötung ablehnen können. Folgende Gründe bewogen ihn dennoch zur Euthanasie des Tieres: Der Patient war 7 Jahre, stark verfettet und hatte bereits den 3. Dackellähmeanfall innerhalb 8 Monaten, d.h., jeder weitere Anfall nach dem ersten, verschlechtert die Prognose (Niemand 70). Als weiteren schwerwiegenden Grund betrachtete er das uneinsichtige Verhalten der Besitzerin. Allem Anschein nach war sie unfähig, sich um einen kranken Hund zu kümmern (Sie machte auf die umstehenden Personen einen ausgesprochen hysterischen Eindruck). Daher wurde ihr zur stationären Aufnahme des Hundes geraten. Schließlich hätte der Hund zu Hause einer Nachbehandlung bedurft, der die Besitzerin voraussichtlich nur unvollständig nachgekommen wäre.

Die ungünstige Prognose und die oben erwähnten Gründe veranlaßten den Tierarzt zur Tötung des Hundes.

Fall Nr. 40

1. Besprechung des Falles

Dalmatinerbastardrüde, 6 Monate

Vorbericht: Seit November war der Hund wegen Demodikose in tierärztlicher Behandlung. Es zeigte sich keine Besserung. Im März suchte der Besitzer einen anderen Tierarzt auf.

Befund: Am ganzen Körper Hautveränderungen; Haarausfall, Schuppen- und Krustenbildung. Untersuchung eines Hautgeschabsels: Starker Befall mit *Demodex*milben. Kotuntersuchung: Bandwurm-

befall.

Diagnose: Demodikose.

Therapie: Stationäre Behandlung; der Patient wurde geschoren; Odylen, Cyflee oral, Crinitonbad, Supracillin forte, Penochron für die Ohren, Voren, Omnamycin, Tribrissen 80, Eusaprim, Na-Thiosulfat, Primavitan, Polyvital, Perlacar, Autovaccine, Wurmkur mit Banminth.

Nach 51 Tagen schien der Patient geheilt und wurde entlassen. Eine Nachbehandlung durch den Besitzer war aus Sicherheitsgründen erforderlich. Nach 3 Monaten begann die Erkrankung von neuem. Der Hund wurde getötet.

2. Diskussion zu Fall Nr. 40

a. Tierschutzproblem

Der Hund wurde 4 Monate ambulant behandelt, kam dann fast 8 Wochen in stationäre Behandlung und mußte nach weiteren 3 Monaten getötet werden. Dabei ist zu beachten, daß es sich um einen 6 Monate alten Junghund handelte, der fast 2 Monate seiner Entwicklungszeit außerhalb seines gewohnten "Rudels", also getrennt von Herr und Familie verbrachte. Da erfahrungsgemäß fast nur junge Hunde an Demodikose erkranken und die Heilungsaussichten bei der generalisierten Form, wie in diesem Fall, als schlecht bezeichnet werden müssen (Niemand 70), war zu einem intensiven Behandlungsversuch ein stationärer Aufenthalt erforderlich. Auch ist hier die Länge der Behandlungszeit vertretbar, da sich eine Besserung zeigte, die nach fast 8 Wochen sogar als Heilung angesehen wurde.

Um den Schutz des Lebens zu gewährleisten (§ 1 TSchG), wurde der Hund behandelt und schließlich aus tierschützerischen Gründen getötet. Hierin liegt das Tierschutzproblem. Der Tierarzt muß erkennen, wann die Grenze erreicht ist, an der die Behandlung aus tierschützerischen Gründen endet und ein tierschutzwidriges Verhalten beginnt, um nicht gegen § 1 TSchG zu verstoßen. In diesem Fall muß eine unheilbare Erkrankung, die mit Schmerzen und Leiden verbunden ist, als vernünftiger Grund zur Tötung angesehen werden. Es liegt also kein Verstoß gegen das TSchG vor.

b. Lösung des Problems

Auch bei erfahrungsgemäß therapieresistenten Krankheiten wird der Tierarzt immer wieder versuchen, der Erkrankung mit

neuen medizinischen Erkenntnissen entgegenzutreten. Dabei steht er dann vor dem Problem: Wann ist die Grenze der Therapiemöglichkeiten erreicht und wann ist die Tötung aus tierschützerischen Gründen erforderlich. Hat er einen Entschluß gefaßt - medizinische Indikation zur Tötung - muß er den Besitzer, wie in diesem Falle von der Euthanasie überzeugen, um dem Tier weitere Schmerzen zu ersparen.

Fall Nr. 41

1. Besprechung des Falles

Apenzeller Sennenhündin, 1 Jahr

Vorbericht: Die Hündin litt seit 8 Wochen an Tonsillitis und konnte den Fang nicht weit öffnen. Sie war tierärztlich vorbehandelt. Mit Verdacht auf Arthrose des Kiefergelenkes wurde die Hündin an einen anderen Tierarzt überwiesen.

Befund: Allgemeinbefinden ungestört; Ernährungs- und Pflegezustand gut; der Fang ließ sich nur etwa 2 cm weit öffnen; Röntgenaufnahme des Kopfes: Eine Arthrose des Kiefergelenkes konnte nicht nachgewiesen werden; das klinische Bild und der Blutstatus führten zur Diagnose.

Diagnose: Myositis eosinophilica chronica.

Therapie: Stationäre Behandlung (Novalgin, Biodyl, Volon A 10, Tardomyocel, Mikrowelle).

Am 5. Tag ließ sich der Fang etwa 4 cm weit öffnen; nach 19 Tagen wurde die Hündin "gebessert" entlassen. Der Besitzer erhielt ein Begleitschreiben, was unter anderem folgenden Wortlaut hatte: "... Bei einem auftretenden Rezidiv (Rückfall) sollten Sie den Hund sofort in tierärztliche Behandlung geben. Ein solches Rezidiv kann leider bei dieser Erkrankung immer wieder auftreten".

Zur Nachbehandlung durch den Besitzer erhielt die Hündin Biodyl. 24 Tage nach der Entlassung wurde der Patient mit einem Rezidiv gebracht und nach 17 Tagen "gebessert" entlassen. 6 Wochen nach dieser 2. Entlassung teilte der Besitzer mit, daß es der Hündin gut gehe. Nach weiteren 4 Monaten erfolgte ein 3. Rezidiv. Daraufhin wurde die Hündin getötet.

2. Diskussion zu Fall Nr. 41

a. Tierschutzproblem

Um das gleiche Problem wie in Fall Nr. 40 handelt es sich bei dieser Hündin. Trotz intensiver tierärztlicher Behandlung mußte das Tier aus tierschützerischen Gründen getötet werden. Wie in Fall Nr. 40 liegt als vernünftiger Grund zu dieser Tötung die medizinische Indikation einer unheilbaren Erkrankung vor, da die zu Rezidiven neigende Myositis eosinophila allmählich zu einer Atrophie der Schläfen- und Kaumuskulatur und zur Kiefersperre führt. Dabei ist jeder neue Anfall mit Schmerzen verbunden (Niemand 70, Ullrich 97). Die Hündin konnte schließlich nur noch ungenügend Futter aufnehmen. Die Tötung war hier ohne Zweifel, wie in Fall Nr. 40, ein Akt des Tierschutzes und keinesfalls ein Verstoß gegen den § 1 TSchG.

b. Lösung des Problems

Der Tierarzt riet dem Besitzer nach dem 3. Rezidiv zur Euthanasie der Hündin, um ihr weitere Schmerzen, Leiden und Schäden zu ersparen.

Fall Nr. 42

1. Besprechung des Falles.

Langhaardackel, 16 Jahre

Vorbericht: Der Besitzer wünschte die Tötung des alten Hundes, da er sich einen jungen Dackel angeschafft hatte.

Befund: Ernährungs- und Pflegezustand gut; Linsenstrübung; Herzklappenfehler; Schwäche in der Nachhand.

Therapie: Euthanasie, auf Grund unheilbarer Alterserscheinungen.

2. Diskussion zu Fall Nr. 42

a. Tierschutzproblem

Hier handelt es sich um das Problem des alten Tieres. Der Besitzer des altersschwachen Dackels kaufte sich einen jungen, gesunden Hund. Da er aber nicht 2 Hunde halten konnte, verlangte er vom Tierarzt die Tötung des alten Tieres. Hier ist einzuwenden, daß sich ein verantwortungsbewußter Besitzer, der weiß, daß er nur einen Hund halten kann, erst beim Tierarzt überzeugt, ob eine Tötung des alten Hundes überhaupt gerechtfertigt ist, bevor er einen 2. Hund kauft; denn eine Tötung ist nur gerechtfertigt, wenn sie aus einem vernünftigen Grund vollzogen wird. Nach Schultze-Petzold (78)

ist der bloße Wunsch des Besitzers zur Tötung eines Tieres kein vernünftiger Grund.

In diesem Fall führte der Tierarzt die Euthanasie durch, allerdings nicht auf Grund des Wunsches des Besitzers, sondern auf Grund einer medizinischen Indikation (Altersschwäche). Somit wurde nicht gegen § 1 TSchG verstoßen.

b. Lösung des Problems

Obwohl der Tierarzt die Tötung des Hundes hätte zurückweisen können, führte er die Euthanasie aus folgenden Gründen durch: Der durch das hohe Alter bedingte mäßige Gesundheitszustand; die Gefahr der Tötung des Hundes durch einen Laien.

Gerade auf das Problem des alternden Tieres sollte der Tierarzt immer wieder hinweisen, denn der Besitzer muß sich vor der Anschaffung eines Tieres im Klaren darüber sein, daß er für dessen weiteres Leben verantwortlich ist, also auch seine Altersbeschwerden hinnehmen muß.

Eine Abgabe des Hundes in diesem Alter an einen anderen Besitzer, wäre nicht mehr vertretbar gewesen. Nach § 3 TSchG ist dies nur erlaubt, wenn das Tier, dessen Weiterleben mit nicht behebbaren Schmerzen oder Leiden verbunden ist, unverzüglich getötet wird.

Fall Nr. 43

1. Besprechung des Falles

Pudelrüde, 12 Jahre

Vorbericht: Der Hund wurde zur Tötung in die Sprechstunde gebracht. Die Begleitperson brachte einen Brief mit folgenden Worten mit: "Mein Pudel ist 12 Jahre alt. Ich habe in letzter Zeit seine Pflege sehr vernachlässigt, weil mir vor seinen Warzen ekelt. Ich bitte deshalb ihn einzuschläfern. Mein Neffe hat den traurigen Gang für mich übernommen".

Befund: Allgemeinbefinden ungestört; Ernährungszustand gut; Pflegezustand schlecht (Gebiß); Mundhöhle: Fehlen mehrerer Schneidezähne in Ober- und Unterkiefer; alle noch vorhandenen Zähne mit Zahnstein bedeckt, daß nur noch die Spitzen der 4 Canini weiß sichtbar waren; die restlichen Schneidezähne waren locker und drohten auszufallen. Im Bereich des Kreuzbeins: 2Pfennigstück große Warze; bei Palpation der Haut fanden sich weitere Warzen; beginnende Linsentrübung

beider Augen.

Auf die Frage des Tierarztes, ob der Besitzerin der Zustand der Zähne nicht aufgefallen sei, hieß es, daß der Hund in Abständen behandelt worden war. Der Tierarzt wies darauf hin, daß Warzen bei alten Hunden und Zahnsteinbildung nicht unbedingt ein vernünftiger Grund zur Tötung sein müssen.

Therapie: Euthanasie, da sich die Besitzerin unter allen Umständen von ihrem Pudel trennen wollte.

2. Diskussion zu Fall Nr. 43

a. Tierschutzproblem

Wie in Fall Nr. 42 handelt es sich hier auch um das Problem des alternden Hundes. Allerdings wurde hier die Gesundheitsfürsorge, im Hinblick auf die Pflege des Gebisses, besonders vernachlässigt. Zahnsteinbildung ist nämlich eine Erscheinung, zu der viele Hunde in höherem Alter neigen. Bei längerem Bestehen kann dies zu Parodontose und Lockerwerden der Zähne führen (Niemand 70); d.h., daß bei regelmäßiger Pflege des Gebisses, ein Lockerwerden und Ausfallen der Zähne in diesem Ausmaß, sehr wohl verhindert werden kann. Wie aus dem Brief der Besitzerin hervorgeht, war sie sich des verwahrlosten Zustandes durchaus bewußt, dennoch hatte sie den Hund nicht mehr tierärztlich behandeln lassen. Dies Verhalten ist als Verstoß gegen § 2 (1), 1. TSchG zu werten. Schließlich forderte sie die Tötung des Hundes, da sie "vor seinen Warzen Ekel empfand". Dies kann keineswegs als vernünftiger Grund für eine Tiertötung gelten, da eine Tiertötung aus Unlust am weiteren Behalten des Tieres keine Rechtfertigung findet. Damit handelt es sich zusätzlich um einen Verstoß gegen § 1 TSchG.

b. Lösung des Problems

Der Tierarzt führte die Euthanasie aus tierschützerischen Gründen durch. Als tierschützerische Gründe sind das hohe Alter des Hundes, die altersbedingten, schmerzhaften Zustände und die Gefahr einer tierschutzwidrigen Handlung (Tötung des Tieres evtl. durch einen Laien) zu betrachten. Bei Zurückweisung der Tötung, hätte die Besitzerin den Hund weiterhin vernachlässigt. Ferner ist eine Abgabe an ein Tierheim oder an einen anderen Besitzer für einen Hund diesen Alters keine tierschutzgerechte Lösung. Allerdings ließ der Tierarzt der

Besitzerin mitteilen, daß sie an dem Hund tierschutzwidrig gehandelt und die Lebenszeit des Tieres durch die Vernachlässigung der Pflege verkürzt hatte.

Fall Nr. 44

1. Besprechung des Falles

Schäferhund-Dobermannbastardhündin, 1 Jahr

Vorbericht: Die Hündin wurde mit etwa 6 Monaten aus dem Tierheim geholt. Über ihre Herkunft war nichts bekannt. Damals machte sie einen "verschlagenen" Eindruck. Inzwischen hatte sie sich eingelebt, d.h., sie respektierte ihren Herrn, während sie alle anderen Familienmitglieder biß. Da dieser Herr die Hündin nicht ständig bei sich haben konnte, also sie auch bei der Familie lassen mußte, entschloß er sich zur Tötung des Tieres.

Befund: Junge gesunde Hündin.

Therapie: Euthanasie.

2. Diskussion zu Fall Nr. 44

a. Tierschutzproblem

Dieser Fall ist beispielgebend für das Schicksal vieler Tierheimhunde: Die Hündin wurde mit 6 Monaten in eine Familie geholt, sie wirkte verschlagen, ihre Herkunft war unbekannt. Sie hatte also einen wichtigen Zeitabschnitt ihrer Entwicklung im Tierheim verbracht (wie lange ist unbekannt), nämlich gerade die Zeit, in der der Junghund einen geeigneten Rudelführer, also in diesem Falle den Menschen braucht, dem er sich lernend unterordnen kann (Trumler 94). Diesen Rudelführer fand die Hündin in dem neuen Besitzer, den sie, im Gegensatz zu dessen Familie akzeptierte. Obwohl sich der Besitzer alle Mühe gab, die Hündin auch an die Familie zu gewöhnen, mußte er sich, in diesem Falle wirklich schweren Herzens, entschließen, das Tier wegen Börsartigkeit töten zu lassen. Da es sich um eine junge, gesunde Hündin handelte, hätte die Tötung als Verstoß gegen § 1 TSchG gelten müssen. Doch ist hier als vernünftiger Grund die Börsartigkeit gegenüber der Familie zu betrachten.

b. Lösung des Problems

Dem Besitzer fiel die Trennung von seiner Hündin offensichtlich schwer. Dennoch muß hier die Euthanasie als beste

Lösung angesehen werden. Hätte der Tierarzt die Tötung zurückgewiesen, wäre dies für die Hündin mit einem erneuten Aufenthalt im Tierheim und sicher wiederholtem Besitzerwechsel verbunden gewesen. Es ist anzunehmen, daß man das Tier schließlich doch getötet hätte. Um der Hündin diesen Leidensweg zu ersparen, führte der Tierarzt die Euthanasie durch.

3.3.2. Von Jungtieren

Fall Nr. 45

1. Besprechung des Falles

Pudelbastardrüde, 6 Wochen

Vorbericht: Der Kellner einer Gastwirtschaft brachte den Welpen in der Nacht mit nach Hause. Der Besitzer der Hündin hatte die anderen Welpen "erschlagen". Am folgenden Morgen stellte die Ehefrau den Welpen dem Tierarzt vor.

Befund: Ernährungs- und Pflegezustand gut; kein pathologischer Befund.

Diagnose: Der Welpen erschien gesund.

Therapie: SHL-Prophylaxe (Stagloban).

Die Besitzerin wurde darauf hingewiesen, Kot zur Untersuchung auf Parasiten sobald als möglich abzuliefern und den Hund in 14 Tagen zur aktiven SHL-Immunisierung wieder vorzustellen.

Es folgten noch Anweisungen zur Fütterung und Haltung des Hundes.

2. Diskussion zu Fall Nr. 45

a. Tierschutzproblem

Da die Familie noch keinen Hund betreut hatte, kam sie zum Tierarzt, um sich Rat zu holen. Es ist richtig, daß hier gleich der Fachmann befragt wurde. Im Gegensatz zu vielen anderen Hundebesitzern, war sich die Familie ihrer Unkenntnis bewußt. Dagegen verstieß der "Züchter" dieser Welpen gegen das TSchG (§ 1), als er die anderen Welpen ohne vernünftigen Grund tötete. Es ist kein vernünftiger Grund (§ 17,1. TSchG), 6 Wochen alte Welpen einer gesunden Hündin zu töten, weil sich bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Abnehmer für die Tiere gefunden hatten. Ennulat u. Zoebe sagen zu diesem Problem: "... Als Halter des Muttertieres trifft

ihn die generelle Fürsorgepflicht des § 2 TSchG. Wenn er jedoch niemand findet, der bereit ist, die Jungtiere abzunehmen, wenn auch das möglicherweise am Ort befindliche Tierheim die Übernahme verweigert, wenn also der Tierhalter alles versucht hat, das Leben ..." - in diesem Falle der Junghunde - "... zu erhalten und er - sei es auf Grund beschränkter Raumverhältnisse, sei es auf Grund der eigenen wirtschaftlichen Lage, die eine zusätzliche Versorgung der Haustiere nicht zuläßt - sich nicht in der Lage sieht, die Jungtiere aufzuziehen, darf er sie töten bzw. töten lassen ...". Die sinnlose Hundezucht, d.h. die "Hundevermehrung", ist als besonderes Tierschutzproblem zu betrachten.

b. Lösung des Problems

In diesem Fall hatte der Tierarzt die Möglichkeit, die Besitzer von Anfang an über richtige Hundehaltung zu unterrichten. Nicht allein die Schutzimpfung sondern die weitere Haltung ist entscheidend für das Wohlergehen des Hundes.

3.4. Verschiedenes

Fall Nr. 46

1. Besprechung des Falles

Deutsche Doggenhündin, 4 Monate

Vorbericht: Die Hündin wurde mit einer Hauterkrankung in der Sprechstunde vorgestellt. Der Besitzer wünschte die stationäre Aufnahme, obwohl der Tierarzt diese als nicht notwendig zurückwies. Aus "familiären Gründen" wurde die Hündin dann doch stationär aufgenommen.

Befund: Am ganzen Körper Hautveränderungen in Form von Papeln; bakteriologische Untersuchung eines Hautgeschabsels: Staphylococcus aureus; Kotuntersuchung: Coccidien.

Diagnose: Eccema papulosum; Coccidienbefall.

Therapie: Lokale Behandlung der Haut (Dermakulin, Jellin); Coccidienkur (Gandavit).

Die Hündin war nach 14 Tagen geheilt und abholbereit. Trotz wiederholter Aufforderung an den Besitzer, wurde die Dogge nicht abgeholt. Dies Verhalten erklärte der Besitzer in einem Brief: Ein Krankheitsfall in der Familie machte es unmöglich, die Hündin nach Hause zu nehmen.

Daraufhin wurde dem Besitzer nahegelegt, sich im Interesse des Tieres von diesem zu trennen und einem neuen Besitzer zu übergeben. Dies lehnte die Familie ab, da sie lange nach einer schwarzen Dogge gesucht und in dieser Hündin endlich gefunden hatte.

Der Patient blieb 8 Wochen in stationärem Aufenthalt (1 m² große Box). Gegen Ende des Aufenthaltes zeigte die Hündin bereits Zwangsbewegungen (Kreisbewegungen); die Schwanzspitze war abgestoßen und der Ernährungszustand schlecht, obwohl die Hündin 2mal am Tag reichlich Futter erhielt. Nach 8 Wochen stationärem Aufenthalt holte der Besitzer die Hündin.

2. Diskussion zu Fall Nr. 46

a. Tierschutzproblem

Der Besitzer wünschte die stationäre Aufnahme der Hündin, um an der Gesundheit des Tieres nichts zu versäumen, da sich die Familie selbst zu dieser Zeit "aus familiären Gründen" nicht sorgfältig um die Dogge kümmern konnte, wie es im Falle der Hauterkrankung erforderlich gewesen wäre. Allerdings wurde der geheilte Patient noch weitere 6 Wochen in stationärem Aufenthalt gelassen. Man muß also unterstellen, daß die Hündin absichtlich, also nicht nur zur Behandlung der Hauterkrankung, in tierärztliche Obhut gegeben wurde. Es ist einzusehen, daß ein Krankheitsfall in der Familie die Aufzucht eines Junghundes unmöglich machen kann, jedoch hat der Besitzer dann nach einer für das Tier bestmöglichen Lösung zu suchen. Ennulat u. Zoebe sagen zu diesem Problem: "... Wer ein Tier hält, muß sicher stellen, daß er dem Tier die notwendige artgemäße Pflege im vollen Umfang gewähren kann; ist er dazu nicht mehr imstande, wird er die Tiere abgeben müssen ...". Da der stationäre Aufenthalt bei einem Tierarzt keineswegs die beste Lösung für die inzwischen gesunde Hündin darstellte, ist die Handlungsweise des Besitzers als Verstoß gegen § 2 (1), 1. TSchG zu werten. In diesem Falle muß die Unterbringung in einem Tierheim oder die Abgabe des Junghundes an einen anderen Besitzer als beste Lösung betrachtet werden, wenn es unter keinen Umständen möglich ist, das Tier zu Hause zu halten.

b. Lösung des Problems

Der Tierarzt nahm die Hündin stationär auf, um ihr eine ordnungsgemäße Behandlung zukommen zu lassen, die zu der Zeit in der eigenen Familie nicht möglich war. Als der Patient gesund war, wies er mehrmals darauf hin, das Tier abzuholen, oder einem anderen Besitzer zu übergeben, um die Hündin während ihrer wichtigen Entwicklungsphasen nicht verkümmern zu lassen. Doch die Familie lehnte diese Lösung ab. Einerseits ist es einzusehen, daß eine Familie, die an ihrem Hund hängt, diesen nicht verkaufen will, wenn Aussicht besteht, ihn in den nächsten Wochen wieder nach Hause zu holen; es ist sogar wünschenswert, daß ein Hund seinen Besitzer möglichst nicht wechselt, wenn es nicht unbedingt erforderlich ist. Andererseits war es hier offensichtlich, daß die Hündin unter dem langen stationären Aufenthalt litt. Ganz allgemein ist hierzu zu sagen, daß man ausgewachsene gesunde Hunde eine Zeit lang in stationärem Aufenthalt, also auch im Tierheim lassen kann, ohne, daß man ihnen dadurch erheblichen Schaden zufügt, d.h., daß jeder Hund unter einem stationären Aufenthalt, also Trennung von seinem Besitzer, leidet. Bei Junghunden kann ein solcher Aufenthalt zu schwerwiegenden Entwicklungsstörungen führen. Dagegen ist der Schaden wesentlich geringer, wenn in diesem Alter der Besitzer gewechselt wird.

Fall Nr. 47

1. Besprechung des Falles

Höhenfleckviehkuh, 4 Jahre

Vorbericht: Die Kuh litt seit 14 Tagen an einer Klauenerkrankung beider Hintergliedmaßen. Nach mehrmaliger tierärztlicher Behandlung schien Besserung einzutreten. Der Tierarzt wurde erneut gerufen, als sich das Allgemeinbefinden des Tieres plötzlich, innerhalb weniger Stunden, erheblich verschlechterte.

Befund: Die Kuh lag in Seitenlage mit weggestreckten Gliedmaßen; forcierte Atmung; deutliches Stöhnen; linke Vordergliedmaße von der Krone bis zur Schulter stark geschwollen, vermehrt warm, stark schmerzhaft.

Diagnose: Infizierte Phlegmone der linken Vordergliedmaße.

Therapie: Tötung, auf Grund ungünstiger Prognose.

Man erörterte die Tötung und Abholung durch die Tierkörperbeseitigungsanstalt (TBA). Eine 2. Möglichkeit, die Schlachtung der Kuh im Stall mit anschließender Abholung durch die TBA wurde wegen der Verunreinigung des Stalles ausgeschlossen. Tötung ohne Blutentzug war nur durch den Schußapparat der TBA möglich oder durch die tierärztliche Euthanasie. Letztere war nicht möglich, da der Tierarzt von dem dazu notwendigen Medikament nicht die entsprechende Menge vorrätig hatte. Der Besitzer entschloß sich zur Tötung und Abholung durch die TBA. Der Wagen der TBA sollte noch am selben Tag eintreffen, jedoch konnte es noch Stunden dauern. Auf Grund der sichtbar großen Schmerzen der Kuh, mußte dem Tier bis zur Tötung Linderung verschafft werden. Der Besitzer hielt in Anbetracht des Verlustes der Kuh die Schmerzlinderung für einen unnötigen, zusätzlichen Kostenaufwand. Schließlich verabreichte der Tierarzt auf eigene Kosten der Kuh ein Analgetikum. Dagegen hatte der Besitzer nichts einzuwenden.

2. Diskussion zu Fall Nr. 47

a. Tierschutzproblem

Trotz tierärztlicher Behandlung verschlechterte sich der Zustand der Kuh so, daß nur noch die Tötung in Betracht gezogen werden konnte. Der Besitzer willigte ein. Bis zu diesem Zeitpunkt ist aus tierschützerischer Sicht nichts einzuwenden. Das Tierschutzproblem ergab sich erst, als der Besitzer die Kuh bis zur Tötung durch die TBA ihren Schmerzen überlassen wollte, obwohl der Tierarzt auf die Pflicht zu deren Linderung hinwies; denn nach § 2 (1), 1. TSchG müssen auch die Schmerzen eines unrettbar kranken Tieres gelindert werden (Lorz 59). Da der Besitzer trotz Belehrung uneinsichtig blieb und erst in eine Injektion zur Schmerzlinderung einwilligte, als diese vom Tierarzt kostenlos angeboten wurde, verhielt er sich tierschutzwidrig (Verstoß gegen § 2 (1), 1. TSchG).

b. Lösung des Problems

Da der Tierarzt die Kuh mangels der erforderlichen Medikamentenmenge nicht töten konnte und der Bauer weitere Kosten scheute, führte er aus tierschützerischen Gründen eine Injektion auf eigene Kosten durch, um wenigstens die Schmerzen der

Kuh bis zur Tötung zu lindern.

Fall Nr. 48

1. Besprechung des Falles

Haflingerhengstfohlen, 3 Wochen

Vorbericht: Die Stute wurde mit ihrem Fohlen in einer geräumigen Box gehalten. Ungewohnterweise sperrte der Besitzer während einer Nacht 2 Junghengste in die Nachbarbox. Die Stute zeigte sich gegen diese beiden äußerst angriffslustig. Aus privaten Gründen kam am folgenden Morgen eine Tierärztin in den Pferdestall. Ihr fiel das veränderte Benehmen des Fohlens auf. Sie benachrichtigte sofort den Besitzer. Dieser vermutete, daß die Stute nach den beiden Junghengsten ausgeschlagen und dabei ihr Fohlen getroffen hatte. Er wollte das Fohlen sofort schlachten, bevor es abmagern und medikamentell behandelt würde; insbesondere scheute er die Tierärztkosten. Aus eigenem Interesse untersuchte die Tierärztin das Fohlen. Sie äußerte den Verdacht auf Fohlenlähme und riet dem Besitzer zu einer Behandlung, mit dem Hinweis, daß bei Schlachtung des Tieres die Fleischschau möglicherweise die Bewertung "untauglich" ergeben könnte.

Am selben Morgen erschien der eigentliche Hoftierarzt, um die beiden Junghengste zu kastrieren. Da der Besitzer bei dieser Gelegenheit das erkrankte Tier nicht erwähnte, stellte die Tierärztin von sich aus das Fohlen dem Kollegen vor.

Befund: Apathie; T 40,6 °C; frequente Atmung; gespannte Bauchdecke; Nabelschwellung; Inappetenz; Durchfall.

Diagnose: Fohlenlähme.

Therapie: Borgal, Tardomyocel.

Nach 3 Tagen wieder ungestörtes Allgemeinbefinden. Es ist hinzuzufügen, daß der Hoftierarzt an jenem Morgen das Fohlen behandelte. Die Tierärztin führte die Weiterbehandlung, im Einverständnis mit dem Hoftierarzt, kostenlos aus tierschützerischen Gründen durch.

Das Fohlen war nach 5 Tagen gesund und konnte mit 6 Monaten verkauft werden.

2. Diskussion zu Fall Nr. 48

a. Tierschutzproblem

Ein 3 Wochen altes Fohlen erkrankte an Fohlenlähme. Da der

Besitzer die Tierarztkosten scheute, wollte er das Fohlen schlachten lassen. Nach Schultze-Petzold (78) ist jede Tötungshandlung zum Zwecke der Sicherstellung der Ernährung des Menschen gerechtfertigt. In diesem Falle handelte es sich keinesfalls um eine "Sicherstellung der Ernährung des Menschen", sondern eindeutig um den Versuch, die Tierarztkosten zu umgehen. Ennulat u. Zoebe sagen hierzu: "... Wer ein Tier hält, muß sicherstellen, daß er dem Tier die notwendige artgemäße Pflege in vollem Umfang gewähren kann; ist er dazu nicht mehr imstande, wird er die Tiere abgeben müssen ...". Da der Besitzer die Stute bewußt decken ließ, um das Fohlen im angemessenen Alter als Nutzpferd, also nicht als Schlachttier zu verkaufen, mußte er vor dem Decken der Stute bedenken, ob er dem neugeborenen Tier die notwendige Pflege in vollem Umfang gewähren kann.

Die Pflege umfaßt u.a. auch die Heilbehandlung (Ennulat u. Zoebe, Lorz 59). Da der Besitzer die Pflege vernachlässigte, d.h. die Kosten der Heilbehandlung durch die Schlachtung einsparen wollte, handelte er tierschutzwidrig im Sinne der §§ 1 und 2 (1), 1. TSchG. Diese gewähren dem Tier Schutz auf Leben und Wohlbefinden sowie eine Heilbehandlung. Die Gesinnung des Besitzers muß als besonders verantwortungslos gewertet werden, da er finanziell durchaus in der Lage gewesen wäre, die Tierarztkosten zu tragen. Nach Ennulat u. Zoebe wird die Tiertötung nicht mehr gerechtfertigt, wenn sie aus wirtschaftlichen Erwägungen erfolgt.

b. Lösung des Problems

Die Tierärztin, die die Erkrankung des Fohlens zuerst bemerkte, riet dem Besitzer von der Schlachtung ab. Pferde unterliegen nach § 1 (1) des Fleischbeschaugesetzes der Untersuchungspflicht durch den Tierarzt. Da das Fohlen wegen Störungen des Allgemeinbefindens und akuter Entzündung des Darmes und des Nabels (§ 27,2. und § 27,3. AB.A zum Fleischbeschaugesetz; Lebensmittelrecht) geschlachtet worden wäre, hätte der Tierarzt die bakteriologische Untersuchung durchgeführt. Es ist anzunehmen, daß das gesamte Tier "untauglich" geworden wäre.

Diese Erklärung und die Aussicht auf eine fast kostenlose Behandlung, überzeugte den Besitzer schließlich, von der

Schlachtung Abstand zu nehmen und das Fohlen behandeln zu lassen.

Es ist die Aufgabe des Tierarztes, in Fällen, in denen Aussicht auf Heilung besteht und die finanziellen Mittel vorhanden sind, dem Besitzer zu einer Behandlung seines erkrankten Tieres zu raten. Allerdings kann dieser Rat von Seiten des Besitzers mißdeutet werden; u.U. sieht er darin nur eine Verdienstquelle des Tierarztes. In diesem Fall war ein solches Mißverständnis auszuschließen, da das Fohlen von der Tierärztin kostenlos weiterbehandelt wurde. Insbesondere bei solchen Gelegenheiten kann der Tierarzt dem Besitzer den Grundgedanken des Tierschutzes nahebringen, nämlich den "Schutz des Lebens" und die damit verbundene Verantwortung eines jeden Tierbesitzers.

4 DISKUSSION

4.1. Tierhaltung

Es wird bisweilen Menschen geben, die sich die Frage stellen, warum eigentlich so viele tierschutzwidrige Handlungen begangen werden. Die Antwort ist, nach Besprechung der 48 willkürlich ausgewählten Patientenfälle, folgende: Die tierschutzwidrigen Handlungen entspringen in der Mehrzahl nicht einer gefühllosen Gesinnung, sondern vielmehr der völligen Unkenntnis der Personen, die Tiere halten, betreuen oder zu betreuen haben. Das Grundproblem ist also in der fehlerhaften Tierhaltung zu suchen.

Daher soll hier erst der Punkt "Tierhaltung" diskutiert werden, der auf Grund der Fälle in 5 Untergruppen (1. Umgang mit Tieren, 2. Fütterung, 3. Gesundheitsfürsorge, 4. Heilbehandlung, 5. Laienbehandlung) eingeteilt wurde. 32 von 48 Patientenfällen sind unter 3.1. Tierhaltung eingeordnet, d.h. in mehr als der Hälfte der hier gesammelten Fälle wurde gegen § 2 TSchG verstoßen. Allerdings heißt das nicht, daß in den anderen 16 Fällen gegen die Tierhaltung nichts einzuwenden ist, sondern sie wurden unter anderen Gesichtspunkten, an die Gliederung des TSchG angelehnt, eingeordnet.

In 32 Fällen wurden dem Tierarzt Tiere vorgestellt, die durch nicht fachgerechte Haltung erkrankten oder krank blieben. Zahlenmäßig überwiegen solche, die sich aus dem fehlerhaften Umgang mit dem Tier ergaben (11); es folgen Fehler in der Fütterung (4), in der Gesundheitsfürsorge (4), in der Heilbehandlung (8) und in der Laienbehandlung (5).

Von den erwähnten Tierarten in dieser Arbeit (Hund, Katze, Rind, Pferd) liegt das Pferd in der fehlerhaften Haltung mit 17 von 32 Fällen an der Spitze, wobei die Zahlen allerdings durch willkürliche Auswahl bedingt sind.

Der Grund häufiger fehlerhafter Pferdehaltung ist wohl darin zu suchen, daß sich das Pferd während seiner langen Entwicklungszeit wesentlich weniger dem Menschen angeschlossen und angepaßt hat, als z.B. der Hund. Der Umgang mit diesem "edelsten aller Haustiere" fällt uns wesentlich schwerer als der mit Hund und Rind. Sein Wesen ist uns fremd - das Wesen des Hundes steht uns näher. Dennoch war und ist es noch heute der unentbehrliche Helfer des Menschen. Mit Hilfe der Pferde wur-

den Schlachten gewonnen und Länder erobert, Landwirtschaft betrieben und sportliche Wettkämpfe bestritten. Schließlich wurde seine Arbeitskraft zunehmend durch den Motor ersetzt. Es folgte eine Zeit, in der der Pferdebestand in Deutschland zahlenmäßig stark abnahm. Erst in den letzten Jahren, als es die wirtschaftlichen Verhältnisse erlaubten und Reit- und Fahrsport immer mehr an Beliebtheit gewannen, stieg die Zahl der Pferde wieder. Allerdings hatte sich, leider nicht nur zu Gunsten der Pferde, ein Wechsel im Personenkreis der Besitzer vollzogen: Nicht mehr überwiegend Landwirte und Militär, sondern andere, den Pferden beruflich nicht verbundene Personen halten heute Pferde. Der Landwirt, der gezwungenermaßen die notwendige Erfahrung mit dem Pferd durch die gemeinsame Arbeit hatte, tritt heute als Pferdebesitzer in den Hintergrund. Nur noch 9 % der landwirtschaftlichen Betriebe halten Pferde (Löwe u. Meyer); d.h. das Pferd ist als Arbeitstier bei uns ohne Bedeutung. Seine Haltung dient heute nur noch dem Reit- und Fahrsport.

Der Mensch sieht in dieser Tierart eine ideale Möglichkeit zur Freizeitgestaltung; ob aber dem Wohlbefinden des Pferdes bei dieser egoistischen Denkungsweise immer Genüge geleistet wird? Dies ist ganz sicher nicht der Fall, wenn ein Pferd so behandelt wird, wie Blendinger schreibt: "... Das Leben unserer meisten Haustiere unserer Zeit ist nichts als ein Vegetieren, ein Aufnehmen und Umsetzen von Nahrung, um irgendwelche materiellen Produkte hervorzubringen. Ein Pferd, das wochenlang im Stall steht, ohne etwas anderes als das zur Lebenserhaltung Nötige zu tun, vegetiert in demselben Sinne...", oder wenn das eintritt, was der Freiburger Verhaltensforscher Zeeb sagt: "... Reiter erkennen gemeinhin ein Pferd doch nur dann als Pferd, wenn ein Sattel draufliegt ...". Diese Bemerkungen geben dazu Anlaß über die Pferdehaltung nachzudenken. Die Pferde der sog. "Hobbyreiter" werden entweder "hinter dem Haus" gehalten, also "Pferd mit Familienanschluß", oder sie sind in Reitställen untergebracht. Für die Pflege der erstgenannten Pferde ist allein die Familie zuständig, während im Reitstall die Verantwortung zum größten Teil auf Reitstallbesitzer und Pflegepersonal liegt.

Man möchte annehmen, daß die Pferde in Reitställen artgemäß

behandelt werden, da sie von Personen gepflegt werden, die Pferdehaltung zu ihrem Beruf gewählt haben. Wie jedoch verschiedene Patientenfälle dieser Arbeit zeigen, trifft diese Annahme keineswegs immer zu: In Fall Nr. 13 verfütterte ein Pferdepfleger trockene Zuckerrübenschnitzel an ein Pferd. Er wußte nicht, daß dieses Trockenfutter vor dem Verfüttern in Wasser quellen muß.

Dabei besteht zwischen den Privat- und Schulpferden eines solchen Reitstalles (falls Reitschulpferde gehalten werden), noch der Unterschied, daß die Privatpferde nach den Worten von Hölzel nicht von Hunger oder Durst, sondern von Langeweile und Stumpsinn geplagt, die Reitschulpferde dagegen bisweilen schonungslos ausgebeutet werden, wie an anderer Stelle noch erwähnt wird. Allerdings sind davon auch die Privatpferde nicht ausgeschlossen. Dies zeigt der Fall (Nr. 24) des Schimmels, der 1 1/2 Jahre trotz Satteldruck geritten wurde, bis aus der anfänglichen Druckstelle ein Ulcus mit Fistelbildung entstand; oder der Fall (Nr. 27) der Traberstute, die seit 14 Tagen hustete, aber trotzdem geritten wurde, und eine 3. Person zum Trost der Besitzerin erklärte, sie habe ein Zugpferd gehabt, das mit 6 Jahren dämpfig wurde, weiterhin seine Arbeit tat und mit 12 Jahren im Geschirr zusammenbrach; oder der Hannoveraner (Nr. 34), der an chronischer Laryngitis litt, vom Tierarzt zu einer 3monatigen Ruhe außer Dienst gestellt und daraufhin von seinem Besitzer weiterverkauft wurde, mit der Begründung: Er brauche sofort ein Pferd zum Springen; also 3 Monate Wartezeit waren zu lang. Dabei war er Besitzer mehrerer Pferde; oder folgendes Beispiel von Erk: "... Ich kenne ein hochveranlagtes Springpferd, das durch seinen ehrgeizigen jungen Reiter in den Reifejahren so herangenommen wurde, daß dies Pferd heute mit 7 Jahren kaum noch auf seinen Vorderbeinen gehen kann und dem man, wenn man's gut mit ihm meint, entweder das Gnadenbrot geben oder es einschläfern sollte. Das Pferd wird im Schulbetrieb geritten ...". Diese Fälle zeugen von Verständnislosigkeit, Gleichgültigkeit, Gefühllosigkeit und falschem Ehrgeiz. Wenn man bedenkt, daß früher, auf Grund langjähriger Erfahrungen in Bezug auf den Einsatz junger Pferde, die sog. Remonten erst mit 3 bis 4 Jahren angeritten, mit 6 Jahren zur regelmäßigen Arbeit herangezogen und erst mit 8 Jahren zu hohen Leistungen ver-

wendet wurden (Blendinger), und daß selbst nach Columella ein Pferd erst nach Vollendung seines 4. Lebensjahres wirklich gearbeitet werden, d.h. im Circus laufen soll, und hier ein 7jähriges Pferd sozusagen schlachtreif geritten und der 4jährige Hannoveraner krank weiterverkauft wurde, nur weil der Besitzer eine 3monatige Außerdienststellung nicht abwarten wollte, dann stimmt man den Worten von Stern (88) zu: "... Die göttliche Kreatur Pferd ist in der vom Ehrgeiz angelegten Leistungsreiterei ... Sportgerät und Handelsware ...". Was Sterns (88) Kritik an Springreiten und Veterinärmedizin anbelangt, soll an anderer Stelle Erwähnung finden.

Im Gegensatz zu diesen Fällen steht das Problem der Hobbyreiter, die sich nicht täglich die Zeit nehmen oder tatsächlich aus Zeitmangel nicht dazu in der Lage sind, ihr Pferd täglich zu besuchen und zu bewegen. Hier wäre es angebracht, daß solche Tiere wenigstens 1mal am Tag freien Auslauf auf der Koppel oder in der Reithalle haben oder longiert werden. Aus Personal- und Zeitmangel wird dies häufig von den Pflegern nicht durchgeführt. Allerdings sind auch 1 bis 2 Stunden Bewegung und Beschäftigung mit dem Pferd durch den Reiter auf die Länge des Stallaufenthaltes während eines Tages betrachtet, wenig. Eine mehrmalige Beschäftigung mit dem Tier wäre daher wünschenswert. "... Stelle dein Pferd nicht 22 von 24 Stunden des Tages in einen dunklen Stand und laß es eine getünchte Wand anstarren um es dann 2 Stunden draußen umherzujagen und wieder einzusperren Nimm vielmehr dein Pferd, das du des Morgens geritten hast, des Abends noch einmal heraus - ungesattelt, ungezügelt. Mache einen Abendgang mit ihm: Bis zu dem Wiesenrand oder zwischen den grasbewachsenen Rändern der Allee; laß es ein paar Hände frischen Klee, grünes Gras rupfen; sprich ein Wort zu ihm; wehre ihm nicht seinen Kopf an deiner Hand zu reiben - und führe es wieder heim. Ein kleiner Junge mag an deiner Statt mit ihm gehen an manchen Abenden. Aber du sollst den Dienst an deinem Pferd nicht gering achten ...". Mögen einem Bindings Worte, von der Literaturgeschichte (Grabert u. Mulot) als passionierter Reiter von humaner Haltung und Gesinnung bezeichnet, zu poetisch erscheinen, so erfassen sie doch das Verhältnis, was zwischen Reiter und Pferd bestehen sollte. Nicht nur fordern, sondern

versuchen, das Pferd zu verstehen, sich in dieses sensible Wesen hineinzudenken und mit ihm zur gemeinsamen Freude zu arbeiten.

Bei der Pferdehaltung "hinter dem Haus" kann man annehmen, daß dieser Kontakt zwischen Pferd und Besitzer durch die persönliche Pflege des Tieres besser und leichter zu erreichen ist als in den erwähnten Reitställen; daß aber das Pferd auch bei dieser Art der Haltung keineswegs von tierschutzwidrigen Handlungen verschont bleibt, zeigen deutlich einige Fälle dieser Arbeit. 2 Stuten(Nr. 10), die das Gnadenbrot erhielten und auf feuchten Marschweiden sich selbst überlassen wurden. Die allgemeine Vernachlässigung der Tiere führte u.a. zu einer hochgradigen Verunstaltung der Hufe, sodaß aus tierschützerischen Gründen nur die Tötung in Frage kam. Ebenso vernachlässigt wurde das Pony (Nr. 11), das immer wieder verdorbenes Brot erhielt, an Hufrehe erkrankte, nicht behandelt wurde und schließlich auf Grund chronischer, unheilbarer Hufveränderungen getötet werden mußte. Es handelt sich hier offensichtlich um Tierquälereien in privaten Pferdehaltungen: Unsachgemäße Fütterung, vernachlässigte Hufpflege und versäumte Heilbehandlung. Man möchte doch annehmen, daß die Personen, die ihre Pferde selbst versorgen oder ihnen sogar ein Weiterleben ohne Nutzung gewähren, den Tieren besonders verbunden sind. Daß dies leider nicht immer der Fall ist und daß Pferde eben nicht nur aus Gründen der "Tierliebe", sondern z.B. aus materiellen Gründen (Reitställe sind teuer) zu Hause gehalten werden, zeigen diese genannten Fälle.

Andererseits kann "das sich Kümmern" dem Pferd zum Verhängnis werden, wenn nicht Grundkenntnisse der Pferdehaltung vorhanden sind. Das wird in Fall Nr. 9 deutlich, in dem ein 4 Monate altes Fohlen zum 1. Mal angebunden, vom Besitzer allein gelassen wurde und beim Versuch, sich loszureißen, den Atlas brach. Es mußte geschlachtet werden, oder die Pferde (Nr. 6 u. 7), die beschlagen gemeinsamen Weidegang hatten und sich durch Auskeilen gegeneinander so erheblich verletzten, daß sie Frakturen erlitten. Ein Tier mußte auf Grund ungünstiger Prognose getötet werden.

Diese Fälle sprechen deutlich für die Unkenntnis der Besitzer. Aus dieser gleichen Unwissenheit werden auch Fütterungsfehler

begangen, wie das Verfüttern von trockenen Zuckerrübenschnitzeln (Nr. 13) und vermutlich verdorbenen Trebern (Nr. 15 A u. B), verdorbenem Brot (Nr. 11) oder einer Fütterung von Leistungsfutter bei fehlender Leistung des Pferdes (Nr. 14). Nun sollen noch einige Worte zum Thema "Reitschulpferde" gesagt werden. Diese Pferde haben das Los, mehrere Stunden des Tages von verschiedenen Reitern geritten zu werden. Da es sich i.d.R. um Reitschüler handelt, sind es verständlicherweise keine guten Reiter, die diese Reitschulpferde tragen müssen. Daß es einem so empfindsamen Wesen wie dem Pferd nicht gut bekommen kann, jahrelang von lernenden, also noch unfähigen Reitern, geritten zu werden, ist verständlich und bekannt. Aber es ist nun einmal notwendig, daß es Reitschulen gibt, denn mindestens der Besuch einer Reitschule sollte die Grundlage für jeden sein, der sich ein eigenes Pferd anschaffen möchte. Zuerst Umgang, Pferdepflege und Reiten lernen, dann erst Kauf des eigenen Pferdes!

Reitschulpferde sind also notwendig um den Privatpferden ein besseres Los und dem von der Technik geprägten, der Natur weitgehend entfremdeten Menschen, die Verbindung zum Tier zu ermöglichen. Da auf ihrem Rücken das Geld des Reitstallbesitzers verdient wird, sind sie häufig das Opfer schonungsloser Ausbeutung. Beispielgebend sind hierfür die beiden Patientenfälle: Ein blinder Wallach (Nr. 25) und 2 lahrende Pferde (Nr. 26) wurden wie gesunde Tiere im Schulbetrieb geritten. Der Wallach war "vor einigen Monaten" an einer, vom Besitzer nicht näher beschriebenen Augenentzündung erkrankt, die nicht behandelt wurde. Diese Erkrankung führte schließlich zur Erblindung des Wallachs, die der Reitstallbesitzer, das Pflegepersonal und sämtliche Reitschüler nicht bemerkten! Erst als der Wallach gegen einen Pfosten lief (er wurde sogar noch im Gelände geritten), und sich ein Hämatom zuzog, wurde der Tierarzt gerufen. Vielleicht wäre auch dies unterlassen worden, wenn sich der Tierarzt nicht zufällig im Stall aufgehalten hätte und die Blindheit wäre weiterhin unerkannt geblieben.

Bei dem anderen Beispiel handelte es sich um ein Schulpferd, das mit chronischer Tendinitis an den Vordergliedmaßen regelmäßig im Schulbetrieb ging, da es sich nach Aussagen des Besitzers, nach anfänglichem Lahmgehen einlief und dann "stun-

denlang ohne Beschwerden geritten werden konnte". Warum wurde an diesen Reitschulpferden so gehandelt? Das Reitschulpferd ist im Krankheitsfall "unrentabel", da es durch die nicht absolvierten Reitstunden kein Geld verdient. Solange es also den Reiter tragen kann und das war in beiden Fällen, nach Meinung der Besitzer, scheinbar möglich, wird es eingesetzt - denn tierärztliche Behandlung ist mit Kosten und bei Pferden i.d.R. mit Außerdienststellung verbunden. Daß aber diese kurzsichtige Handlungsweise die Krankheit und die Heilungsaussichten nur verschlechtert oder gar unheilbar macht, wird vom Besitzer nicht bedacht. Das zu spät behandelte Tier benötigt eine noch längere Rekonvaleszenz als bei rechtzeitiger Therapie, oder es bleibt sogar nur noch die Schlachtung als letzte Konsequenz. Für den Schlachtpreis ist allerdings kein gesundes, ausgebildetes, also im Schulbetrieb sofort einsetzbares, Pferd zu erwerben.

Hier tritt nun das Problem der rechtzeitigen Heilbehandlung und die damit verbundene Gesundheitsfürsorge in den Vordergrund. Der erblindete Wallach hätte vielleicht bei rechtzeitiger tierärztlicher Behandlung seine Sehfähigkeit behalten und das lahrende Pferd hätte nicht "unterarmdicke" Beugesehen bekommen. Weitere Beispiele zur verspäteten Heilbehandlung sind die Pferde mit den verunstalteten Hufen (Nr. 10 u. 11); der Schimmel (Nr. 24), der seit 1 1/2 Jahren an Sattel- druck litt; die Traberstute (Nr. 27), zu der erst nach bereits 14tägigem Husten ein Tierarzt gerufen wurde; der Hannoveraner (Nr. 34), der seit 7 Monaten Nasenausfluß zeigte und nicht untersucht, sondern zum Springen verwendet wurde. Oder die Beispiele der versäumten Gesundheitsfürsorge, unter der in dieser Arbeit Schutzimpfungen und Wurmkuren zu verstehen sind: Ein Oberländerhengst (Nr. 15), der an einer Inkarzeration mit nachfolgender Magenruptur starb und starke Verwurmung zeigte. Der Besitzer, der vom Tierarzt auf notwendige Wurmkuren aufmerksam gemacht wurde, unterließ bei seinem neugekauften Hengst ebenso die Wurmkuren. Oder ein erst 6 Wochen altes Ponyfohlen (Nr. 19), das an den Folgen eines massiven Wurmbefalls verendete; oder ein Pony (Nr. 18), das an einer Tetanusinfektion starb.

Da das TSchG laut Kommentar zu § 2 (Ennulat u. Zoebe, Lorz 59)

u.a. auch eine Gesundheitsfürsorge und Heilbehandlung fordert, handelt es sich in den erwähnten Fällen ebenfalls um Verstöße gegen den Tierhaltungsparagraphen. Warum kommt es zu diesen Handlungen? An 1. Stelle steht wieder die Unwissenheit des Besitzers, der von den möglichen und wichtigen Schutzimpfungen nichts weiß, oder der die Gefährlichkeit der Erkrankung nicht erkennt. An 2. Stelle muß die Gleichgültigkeit gegenüber dem Tier erwähnt werden und an 3. Stelle schließlich das Bestreben, Unkosten zu vermeiden. Ein unverkennbares Beispiel zum letzten Punkt ist der Fall Nr. 48: Ein 3 Wochen altes Haflingerfohlen, an Fohlenlähme erkrankt, sollte, um die Tierarztkosten zu sparen, geschlachtet werden. Nach den Worten des Besitzers war das Tier die Behandlungskosten nicht wert! Als das Fohlen allerdings nach der Heilung mit 6 Monaten für 600 DM verkauft wurde, verlor man über den vorausgehenden Gedanken an die Schlachtung kein Wort mehr.

Wo bleibt da die Fürsorge und das gute Verhältnis zwischen Pferd und Besitzer? Man möchte doch meinen, daß es ihm ein Bedürfnis ist, seine Tiere gesund zu erhalten, denn nur dann kann er mit ihnen arbeiten und schließlich auch Geld verdienen.

Betrachtet man nochmals rückblickend das Problem der Pferdehaltung, so liegt die Wurzel zu allen tierschutzwidrigen Handlungen in dem Verhältnis zwischen Pferd und Besitzer. Viele Pferde werden nicht "aus Liebe zum Pferd" erworben oder geritten, sondern zu Verdienstzwecken, als Demonstrationsobjekte ("Eitelkeit ist ein stärkerer Antrieb zur Bekanntschaft mit Pferden als Liebe zu ihnen" Binding), zur reinen Freizeitgestaltung (der Mensch hat seine Freude am Reiten), für den ehrgeizigen Reitsport. Da also häufig das wirkliche Verständnis für das Pferd fehlt, ist die damit verbundene Unkenntnis und Gleichgültigkeit nicht verwunderlich.

Aus diesem Grund soll in Verbindung mit der Pferdehaltung noch der § 3 TSchG erwähnt werden: "Es ist verboten, 1. einem Tier außer in Notfällen Leistungen abzuverlangen, denen es wegen seines Zustandes offensichtlich nicht gewachsen ist oder die offensichtlich seine Kräfte übersteigen ...". Im Hinblick auf diesen Paragraphen kam es in den Fällen des blinden Wallachs (Nr. 25), der lahmen Schulpferde (Nr. 26), der an den Luftwegen erkrankten Pferde (Nr. 27 u. 34) neben

einem Verstoß gegen § 2 auch zu einem Verstoß gegen § 3, 1. TSchG, da die Tiere z.B. dem Reitschulbetrieb anhand ihres Zustandes offensichtlich nicht gewachsen waren. Die jeweiligen Besitzer hätten das erkennen müssen, denn nach Ennulat u. Zoebe wird sich der Reiter "... den zur Erkennung des bestehenden Mißverhältnisses zwischen Leistungsüberforderung und Leistungsfähigkeit erforderlichen Sachverstand i.d.R. zurechnen lassen müssen ...". Ennulat u. Zoebe weisen dabei im Pferdesport besonders auf die Military - Prüfungen, Rennveranstaltungen und Springturniere hin: "... Werden die Kräfte des Tieres überfordert, wird der Reiter wohl immer zumindest mit bedingtem Vorsatz handeln ...". Leider werden die Pferde durch den fehlenden Sachverstand sehr oft überfordert. Dagegen bereitet das Erkennen der Überforderung der Kräfte eines Tieres nach Lorz (59) dem Tierarzt im Allgemeinen keine Schwierigkeiten.

Daher gehört es zu den Aufgaben des Tierarztes, tierschutzwidrigen Handlungen, hier speziell in der Pferdehaltung, entgegenzuwirken, sie mit Beratung und Belehrung der Besitzer zu verhindern, abzustellen und die Folgen tierschutzwidriger Handlungen zu beseitigen. Leider ist die aufklärende und therapeutische Arbeit des Tierarztes nicht immer erfolgreich. Dies ist damit zu erklären, daß sich der Besitzer den tierärztlichen Anweisungen bisweilen widersetzt und daß manche Erkrankungen erfahrungsgemäß unheilbar sind. Ersteres betrifft besonders die Krankheiten der Pferde, die mit längerer Außerdienststellung der Tiere verbunden sind, wie z.B. Erkrankungen der Luftwege, Lahmheiten, Satteldruck. Die Pferde werden entgegen den Anweisungen des Tierarztes weiterhin oder zu früh wieder gearbeitet, da für den Laien die Krankheitssymptome oftmals kaum oder gar nicht erkennbar sind oder der Besitzer seinem Tier wissentlich die Rekonvaleszenz nicht gewährt, da er es ständig nutzen will. Diese egoistische Einstellung des Besitzers legt bei vielen Pferden den Grundstein zu einer chronischen Erkrankung. Statt einer Außerdienststellung werden sie weiterhin gefordert, bis sie schließlich in der Leistung nachlassen - das ist dann i.d.R. altersmäßig unphysiologisch früh der Fall - und zur Schlachtung gehen.

Ein anderes Pferd wird an ihre Stelle treten, das allerdings keine bessere Behandlung seitens des Besitzers zu erwarten hat.

Der Tierarzt kann wohl die Pferdebesitzer immer wieder belehrend unterweisen, sie auf Fachliteratur und Ausbildungsstätten der Pferdehaltung, auf den Besuch von anerkannten Reit- und Fahrschulen hinweisen, aber er kann nicht verhindern, daß Pferde von Personen erworben und betreut werden, denen die Grundkenntnisse der Pferdehaltung fehlen.

Dies könnte nur eine gesetzliche Regelung, die sich leider im TSchG nicht findet.

Was die Tierarten Hund und Katze in dieser Arbeit betrifft, so sind sie der fehlerhaften Tierhaltung ebenso ausgesetzt, wie das Pferd. Dabei entgeht die Katze, auf Grund ihres Verhaltens, noch eher der unsachgemäßen Behandlung als der Hund. Denn der Hund ist leider das Tier, dem seine Anhänglichkeit und Treue, seine duldsame Natur dem Menschen gegenüber, zum Verhängnis wird. Ein Hund ist schnell erworben und ebenso schnell kann man ihn wieder "los werden": Als Weihnachtsgeschenk wird er aus dem Schaufenster einer Tierhandlung gekauft und den bettelnden Kindern geschenkt. Zur Ferienzeit wird er dann, inzwischen unbequem geworden, auf einem Autobahnparkplatz ausgesetzt und, wenn er Glück hat, von tierfreundlichen Menschen gefunden und dem Tierheim übergeben. Mit anderen, in dieser Arbeit erwähnten Haustieren wird man kaum so verfahren können. Katzen würden in diesem Fall verwildern und den Menschen wesentlich weniger vermissen, als der Hund. Das Gegenstück zu dieser lieblosen Handlungsweise ist die übertriebene Tierliebe: Tiere werden von ihrem Besitzer wie Menschen behandelt. Hierzu eignet sich besonders der Hund, auf Grund seiner bereits oben erwähnten Eigenschaften. Die Folgen dieser Tierhaltung sind z.B. Adipositas, hervorgerufen durch falsche Fütterung und Bewegungsmangel. Das Haustier ist dem Menschen immer ausgeliefert, aber der Hund in besonderem Maße, da ihm der Mensch i.d.R. an Verstand und Kraft überlegen ist (andere Tierarten wie Mastkälber, Schweine, Hühner sind an dieser Stelle ausgenommen, da sie in dieser Arbeit keine Erwähnung finden).

Von den 48 Fällen dieser Arbeit betreffen 21 Fälle den Hund und 4 die Katze. Von diesen fallen 12 Fälle (10 Hunde und 2 Katzen) unter Punkt 3.1. Tierhaltung. Es handelt sich wie beim bereits besprochenen Pferd u.a. um Verstöße gegen § 2 TSchG. Die Unterteilung von Punkt 3.1. erfolgte wie beim Pferd. Zu dem Punkt Umgang mit Hunden soll noch einmal auf ein besonders eindrucksvolles Beispiel eingegangen werden, das immer wieder Hunde betrifft (Schlachttransporte ausgenommen): Ein Spaniel (Nr. 1), der von einer 3. Person im Auto, in der prallen Sonne, zurückgelassen wurde und einen Hitzschlag erlitt. Hier kann allerdings nicht mehr von Unwissenheit in der Tierhaltung gesprochen werden, da jeder Autofahrer weiß, daß die Temperatur in einem in der Sonne abgestellten Fahrzeug in kürzester Zeit bis auf 50 - 60 °C ansteigt. Als Beispiel für einen Fütterungsfehler wird ein Pudel (Nr. 12) erwähnt, der auf Grund übermäßiger Knochenfütterung an einer Koprostase erkrankte. Wie beim Pferd handelt es sich bei der Gesundheitsfürsorge von Hund und Katze meist um versäumte Schutzimpfungen: Ein Jagdhund (Nr. 16), der an Staupe, und eine Katze (Nr. 17), die an Katzenseuche erkrankten, da sie nicht schutzgeimpft waren, obwohl der Besitzer von der jeweiligen möglichen Schutzimpfung wußte. Für die verspätete und unvollständige Heilbehandlung sind besonders 3 Fälle erwähnenswert: Ein Bernhardiner (Nr. 20), der dem Tierarzt erst vorgestellt wurde, als er bereits durch seine Erkrankung so geschwächt war, daß er "seit einigen Tagen nicht mehr aufstand" und vom Auto in das Behandlungszimmer getragen werden mußte; oder der Bernhardiner (Nr. 21), der auf Grund eines Autounfalls einen Abszeß am Hals bekam, der erst bemerkt wurde, als er aufbrach und der Hund während der Nacht vor Schmerzen heulte. Der 1. Bernhardiner verbrachte 33 Tage in stationärer Behandlung, um "gebessert" entlassen zu werden, während der 2. Bernhardiner wegen Unheilbarkeit getötet werden mußte. Der 3. Fall, ein Riesenschnauzerbastard (Nr. 22), wurde von seinem Herrn so vernachlässigt, daß sich eine 3. Person seiner annahm. Der Hund litt an einer schweren Otitis, die seit 1 Jahr bemerkt, aber unbehandelt, so schmerzhaft geworden war, daß es 3 Männern nicht möglich war, den sonst nachweislich gutmütigen Hund zur Untersuchung zu fixieren.

Er ließ sich am Kopf überhaupt nicht mehr berühren. Schließlich erfolgte nur eine unvollständige Heilbehandlung, da der Hund dem Tierarzt nach der 2. Behandlung nicht mehr vorgestellt wurde.

Hätte man diese Hunde dem Tierarzt frühzeitig vorgestellt, so wären den Tieren die unnötig lang anhaltenden Schmerzen erspart geblieben und die Tötung wäre in Fall Nr. 21 nicht notwendig gewesen.

Wie beim Pferd bereits besprochen, kommt es auch in der Hundehaltung durch Unkenntnis, Gleichgültigkeit und Scheu vor Unkosten zu tierschutzwidrigen Handlungen, was besonders die Beispiele (Nr. 16, 17, 20, 21, 22) zur Gesundheitsfürsorge und Heilbehandlung deutlich machen.

Zur unterlassenen und verspäteten Heilbehandlung tritt noch ein weiteres Problem: Der Behandlungsversuch durch den Besitzer ohne tierärztliche Beratung. Der Laie versucht bisweilen sein Tier mit Arzneimitteln und Eingriffen eigenmächtig zu "kurieren". 6 Beispiele sollen die Folgen dieser "Laienbehandlung" veranschaulichen: 1. Die Behandlung eines seit 8 Tagen an Durchfall erkrankten Schäferhundes (Nr. 28) mit Mexaform durch den Besitzer; 2. die falsche Anwendung eines Desinfektionsmittels (unverdünnt! entgegen der Gebrauchsanweisung) durch den Besitzer, um seine Katze (Nr. 29) von angeblichen Ektoparasiten zu befreien; 3. eine unsachgemäße Laiengeburtshilfe bei einer Kalbin (Nr. 30). Der Tierarzt wurde nicht gerufen, sondern der Bauer schnitt den bereits ausgetretenen Teil des Kalbes ab, als es beim Extraktionsversuch mit dem Becken stecken blieb; 4. eine unsachgemäße Laiengeburtshilfe, bei der dem Kalb (Nr. 31) beim Auszug beide Vordergliedmaßen gebrochen wurden; 5. eine unsachgemäße Laiengeburtshilfe bei einer Kalbin (Nr. 4), bei der es zur Sprengung der Beckensymphyse kam; 6. eine "rektale Untersuchung" eines an Kolik erkrankten Islandponys (Nr. 32) durch den Besitzer (Schausteller) oder einen anderen Laien. Die Folge war eine Darmperforation.

In allen 6 Fällen wurde also ein eigenmächtiger Behandlungsversuch durch Laien vorgenommen und der Tierarzt erst nach begangenem Fehler, also nicht rechtzeitig zugezogen. Man kann hier wohl von fahrlässiger Handlungsweise (bei Mexaform und dem Desinfektionsmittel wurde die Gebrauchsanweisung

nicht beachtet) und roher Gesinnung sprechen (Laiengeburtshilfe bei Schweregeburten, rektale Untersuchung), die den Tieren Schmerzen, Leiden und Schäden bereiteten.

Allgemein ist zu sagen: Eine medizinische Behandlung darf nur nach den Regeln der Kunst durchgeführt werden. Da dem Laien aber die medizinische Ausbildung fehlt, kann er nicht nach den Regeln der Kunst vorgehen und damit besteht die Gefahr, daß der Laie durch seine Handlungsweise den Tieren Schmerzen, Leiden oder Schäden verursacht. Laienhilfe in beschränktem Maße ist nur zu akzeptieren, wenn eine genaue Unterweisung der betreffenden Person durch den Tierarzt stattgefunden hat. Abschließend sei zum Punkt Tierhaltung noch auf das Problem der Vergiftungen hingewiesen. 5 Fälle sollen als Beispiel dienen: Ein Pferd (Nr. 5), das wahrscheinlich Rattengift gefressen hatte, da es sich nachts von seiner Anbindung löste und das vom Reitstallbesitzer offen auf die Stallgasse gestellte Gift vorfand; ein Spaniel (Nr. 2) und ein Schäferhund (Nr. 3), die in verschiedenen Haushalten, einmal 7 und einmal 80 Optalidon-Dragees aufnahmen; ein Pudel (Nr. 23), der unter den Symptomen einer Schneckengiftvergiftung starb und der bereits erwähnte Schäferhund (Nr. 28), der an einer Mexaform-Vergiftung erkrankte.

In allen 5 Fällen wurde die nötige Sorgfalt außer Acht gelassen. Wie kann man Rattengift, für jedes Tier erreichbar, offen auf die Stallgasse stellen! Ebenso wenig läßt man Medikamente dort liegen, wo sie für Kinder und Tiere erreichbar sind, oder man verabreicht nicht Mexaform, wenn auf der Gebrauchsanweisung besonders darauf hingewiesen wird, daß es nur für den Menschen bestimmt ist und bei Hunden und Katzen zu Nebenwirkungen führt. Ferner geht man mit einem Hund nicht auf einem Schuttgelände spazieren, da hier besonders die Möglichkeit der Aufnahme von gesundheitsschädigenden Stoffen besteht. Dies geschah im Falle des Pudels (Nr. 23), der vermutlich an einer Schneckengiftvergiftung starb, und der trotz sichtbarer Allgemeinstörungen viel zu spät zum Tierarzt gebracht wurde. Tiere mit Vergiftungserscheinungen bedürfen einer sofortigen tierärztlichen Behandlung, da hier nur ein kurzer Zeitraum zwischen Tod und Leben des Tieres entscheiden kann. Für den Laien, der häufig nicht weiß, daß es sich um eine Vergiftung handelt, gilt die nach § 2 TSchG u.a. ge-

forderte Heilbehandlung, die rechtzeitig zu erfolgen hat; es ist also nicht vertretbar, ein Tier, wie z.B. den Pudel (Nr. 23), der bereits am Nachmittag schwere Allgemeinstörungen zeigte, erst um 23 Uhr zum Tierarzt zu bringen!

Es stellt sich nun die Frage, wie können die oben angegebenen Vergiftungen vermieden werden?

Zum Thema Ratten- und Schneckengift ist zu sagen, daß ein Auslegen von Schädlingsbekämpfungsmitteln wohl notwendig ist, aber nur mit größter Vorsicht zu geschehen hat. Dabei ist jeweils die Gebrauchsanweisung des Giftes zu beachten, die z.B. bei einem bestimmten Rattengift u.a. lautet: "Achtung! Rattenringe unerreichbar für Kinder und Haustiere auslegen! Bei versehentlicher Einnahme gebe man Vitamin-K-Tabletten. Arzt aufsuchen"! Und weiter heißt es: "Die 'Vorsichtsmaßnahmen beim Umgang mit Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln', Markblatt Nr. 18 der Biologischen Bundesanstalt, jeweils letzte Ausgabe, sind zu beachten".

In diesem Merkblatt wird auf die Gefahr beim Umgang mit Pflanzenschutzmitteln, auf die Vorsichtsmaßnahmen zur Verhinderung von Vergiftungen und auf Erste Hilfe im Vergiftungsfall hingewiesen. U.a. heißt es in dem Merkblatt: "... Der Anwender der Pflanzenschutzmittel aber hat die Pflicht, durch sorgfältiges Beachten der Hinweise der Gebrauchsanweisung und des Etiketts, sich und seine Umgebung zu schützen... . Alle Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel sind Gifte im weiteren Sinne, denn sonst wären sie wirkungslos... . Köder... insbesondere vor Kindern sichern! Gefahr für Nutztiere! ...".

Ein gesonderter Abschnitt des Merkblattes gilt dem "Schutz von Haus- und Nutztieren". Hier heißt es u.a.: "... Tiere von Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln sowie von anwendungsfertigen Zubereitungen fernhalten ...".

Bei Studium dieses Merkblattes muß dem Leser die Gefährlichkeit der Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel deutlich werden. Da dieses Merkblatt aber nicht beim Verkauf z.B. von Rattengift ausgegeben wird, hat sich der Käufer wenigstens an die beiliegende oder auf die Packung aufgedruckte Gebrauchsanweisung zu halten. Da nicht nur Haustiere durch die genannten Gifte gefährdet sind, sondern auch Wildtiere, wie z.B. Vögel und Igel, sind die Gifte so

auszulegen, daß sie nur der jeweils zu bekämpfenden Tierart zugänglich sind.

zum Thema Medikamente in der Wohnung ist zu sagen, daß diese stets unerreichbar für Kinder und Tiere aufzubewahren sind. Medikamente, zum menschlichen Gebrauch bestimmt, wie sie i.d. R. in jedem Haushalt vorhanden sind, sollten in einem z.B. mit einem roten Kreuz gekennzeichneten Arzneischränk verwahrt werden. Falls Tiere gehalten werden, ist für die ihnen zugedachten Medikamente ein gesonderter Schränk einzurichten, im Stall z.B. die sog. Stallapotheke. Dabei ist hinzuzufügen, daß Arzneimittel niemals nach Gutdünken angewendet werden dürfen, sondern nur nach Befragung des Tierarztes und genauem Studium der Gebrauchsanweisung.

Werden die oben genannten Vorsichtsmaßnahmen beachtet und die z.B. vom Menschen benötigten Optalidon-Dragees nach Gebrauch wieder an ihren für Kinder und Tiere unerreichbaren Platz gelegt, so ist es ausgeschlossen, daß ein Tier, wie der genannte Schäferhund (Nr. 3), an einer Aufnahme von 80 Optalidon-Dragees stirbt.

Trotz Vorsichtsmaßnahmen besteht die Gefahr der Giftaufnahme, wenn Hunde außerhalb des Grundstückes frei laufen. Bei Spaziergängen sollte man daher Gebiete, wie ein Schuttgelände meiden, und den Hund ständig im Auge behalten, um zu beobachten, ob er etwas frißt.

Abschließend sei zum Thema Tierhaltung noch einmal auf die Tätigkeit des Tierarztes hingewiesen. Wie bereits im Zusammenhang mit der Pferdehaltung erwähnt, betrifft die tierärztliche Tätigkeit insbesondere die Beratung und Belehrung des Besitzers und das Verhüten, Lindern und Heilen von Leiden und Krankheiten der Tiere.

In Bezug auf die Laienbehandlung und die zuletzt genannten Vergiftungen, kann der Tierarzt den Besitzern nur immer wieder deutlich machen, wie gefährbringend ihre oft fahrlässigen, unüberlegten Handlungen für das Tier sein können.

Die Aufgabe des Tierarztes ist es, allen Personen, die Tiere halten, betreuen oder zu betreuen haben, nahezubringen, daß Tierhaltung nicht nur den Besitz von Tieren bedeutet, sondern: Das Wissen um ihr Verhalten, ihre Fütterung und Pflege; Kenntnisse in Bezug auf ihre gefährlichsten Erkrankungen in Ver-

bindung mit Gesundheitsfürsorge und rechtzeitiger Heilbehandlung. Diese erforderlichen Grundkenntnisse, die Voraussetzung einer tierschutzgerechten Tierhaltung sind, sollten schon vor Anschaffung des betreffenden Tieres erworben werden.

4.2. Tierhandel

Zum Tierhandel werden in dieser Arbeit 2 Fälle erwähnt: Ein junger Kater (Nr. 33), der krank in einer Tierhandlung gekauft wurde und der bereits unter Tierhaltung genannte Hannoveranerwallach (Nr. 34), der krank (chronische Laryngitis) weiterverkauft wurde.

Im Falle des Katers kaufte ihn die Besitzerin "aus Mitleid", da sie erkannte, daß das Tier krank war. Sie erwarb also wissentlich ein krankes Tier! Gegen den Handel ist daher nichts einzuwenden. Allerdings verstieß der Händler gegen das TSchG (§ 2), da er, trotz bemerkter Erkrankung des Katers keine Heilbehandlung einleitete, nach Aussagen der Besitzerin sogar ablehnte.

Im Falle des Pferdes ist nicht bekannt, an wen und unter welchen Bedingungen es verkauft wurde. Geht man davon aus, daß der Wallach nicht zur Schlachtung kam, sondern als Reitpferd weiterverkauft wurde, so liegt kein gesetzliches Verschulden vor, wenn der Verkäufer dem Käufer die Erkrankung nicht mitteilte, denn: "... Der Verkäufer hat nicht die rechtliche Pflicht, dem Käufer einen Nicht-Hauptmangel anzugeben..". Erst beim Verschweigen eines dem Verkäufer bekannten Hauptmangels oder des Fehlens zugesicherter Eigenschaften, würde der Verkäufer nach § 485 BGB schuldig werden (arglistiges Verschweigen) (Fröhner et al.). Hier stellt sich aber die Frage, ob das kranke Tier nach § 3,2. TSchG überhaupt verkauft werden durfte. Der Wallach war auf Grund einer chronischen Laryngitis krank. § 3,2. TSchG verbietet das Veräußern oder Erwerben von kranken Tieren zu einem anderen Zweck als zur unverzüglichen schmerzlosen Tötung nur, wenn ein Weiterleben für das Tier mit nicht behebbaren Schmerzen oder Leiden verbunden ist. Es ist nicht anzunehmen, daß der Wallach unter Schmerzen litt, da er noch nicht einmal Hustenreiz zeigte. Vermutlich war die Erkrankung bis zu diesem Zeitpunkt

auch noch nicht mit Leiden verbunden. Hier muß eingefügt werden, daß das TSchG unter "Leiden" nicht den in der Human- und Tiermedizin verwendeten Begriff für chronische Erkrankungen versteht, sondern unter "Leiden" werden alle Unlustgefühle verstanden, die mit dem exakten Begriff "Schmerz" nicht erfaßt werden. Diese Gefühle, vorwiegend körperlich oder (tier-) seelisch oder auch rein seelisch empfunden, sind nicht einheitlich zu kennzeichnen. Nach den Erkenntnissen der Tierpsychologie und Verhaltensforschung "... werden Leiden namentlich durch der Wesensart des Tieres zuwiderlaufende, instinktwidrige und vom Tier gegenüber seinem Selbst- oder Arterhaltungstrieb als lebensfeindlich empfundene Einwirkungen verursacht ..." (Lorz 59).

Nach dieser Auslegung des Begriffes "Leiden", kann man unterstellen, daß ein Pferd mit chronischer Laryngitis nicht leidet, solange es nicht gefordert wird. Dies ändert sich, sobald der Besitzer das Tier regelmäßig arbeitet und dadurch den Zustand der Erkrankung verschlechtert.

Daher ist gegen den Verkauf des Wallachs insofern nichts einzuwenden, als er nicht den Eindruck eines mit unbehebbar Schmerzen oder Leiden erkrankten Tieres machte. Dennoch hat der Besitzer tierschutzwidrig gehandelt, falls er den Wallach ohne Angabe über die Erkrankung weiterverkaufte, weil er dem Tier keine, im TSchG geforderte vollwertige Heilbehandlung (Lorz 59), zukommen ließ oder durch den Verkauf sogar verhinderte; denn der Käufer, von der Erkrankung nicht unterrichtet, arbeitete das Pferd sicher solange, bis ihm die Krankheit auffiel.

Diese beiden Fälle zeigen nur einen kleinen Ausschnitt der tierschutzwidrigen Handlungen, die den Tierhandel betreffen. Der praktische Tierarzt wird insbesondere immer wieder mit kranken Tieren aus Zoohandlungen konfrontiert. Die Tiere, z.B. Hunde und Katzen, werden mit Kaufvertrag und sogar Impfausweis und Ahnentafel (bisweilen beides gefälscht) erworben und erkranken 1 bis 2 Tage nach dem Kauf. Ein empörter Besitzer sucht dann den Tierarzt auf, um von diesem dann zu erfahren, daß der unterschriebene Vertrag i.d.R. keine Klage oder Rückgabe ermöglicht. In vielen Fällen hängt die Familie bereits so an dem Tier, daß eine Rückgabe unter keinen Umständen stattfinden würde und die Krankheit mit den sich

daraus ergebenden Kosten hingenommen wird. Der Verkäufer rechnet mit dieser Einstellung der Kunden. Damit ist diesem einen Tier geholfen, aber mit allen anderen Tieren, die nach ihm im Schaufenster erscheinen, wird in der gleichen Weise verfahren. Das Tier ist für den Händler in erster Linie ein Handelsobjekt, also Geldwert, und nicht das Wesen, das ein Recht auf Leben und Wohlbefinden hat. Sobald aber ein Tier mit Geld und Verdienst in Zusammenhang gebracht wird, ist es vor tierschutzwidrigen Handlungen noch weniger sicher, als das Tier mit ideellem Wert. Das wird an den von Grzimek bereits im Literaturteil erwähnten Massenhundezuchten und dem Ausspruch von Pommery deutlich, der die "Vermehrung" reinrassiger Hunde für sinnvoll hält, da diese als einzige "kommerziell verwertbar" sind, wogegen er über die Mischlingshunde mißbilligend äußert, daß diese zu Preisen auf den Markt gebracht werden, "... die in keinem Verhältnis zu ihrer Qualität stehen ..." und deren Handel er weder als "besonders lukrativ" noch als eine "interessante Freizeitbeschäftigung" bezeichnet. Wenn der Autor eines Buches, mit dem schon bedenklichen Titel "Geld verdienen mit Tieren", auch noch von Tieren wie von einer Ware, nämlich von Qualität spricht, dann fragt man sich, wo bleibt hier der Tierschutzgedanke?

Leider unterstützt der Käufer ungewollt diesen Tierhandel, indem er ein Tier entweder aus Mitleid kauft, oder sich nicht die Zeit nimmt, zu einem anerkannten Züchter zu gehen, oder weil er es ablehnt, einen gesunden, gut gepflegten Mischlingshund vom Nachbarn oder ein herrenloses Tier aus dem Tierheim zu nehmen.

Wie der Tierhandel durch den Käufer unterstützt wird, zeigt ja deutlich das Beispiel des vermutlich an Katzensenke erkrankten Katers (Nr. 33).

Nach Aussagen der Besitzerin erwarb sie das kranke Tier (Hauskatze ohne besondere Farbe oder Herkunft) für 60 DM! Der Verkäufer erzielte also einen hohen Gewinn. Dem Kater war mit dem Verkauf geholfen, aber die Einstellung des Verkäufers wird sich nicht ändern und folglich haben die nachkommenden Tiere keine Aussicht auf bessere Behandlung.

Nach § 16 (1) TSchG sind "... Zoofachhandlungen und ähnliche

Einrichtungen, in denen Tiere feilgehalten werden, ... durch die zuständige Behörde zu beaufsichtigen".

Da diese Kontrollen in größeren zeitlichen Abständen erfolgen, können tierschutzwidrige Handlungen unbemerkt begangen werden. Daher sollte in diesen Fällen der Amtstierarzt eingeschaltet werden, da er Kontrollen durchführen und nach § 2 (2) TSchG Maßnahmen anordnen kann, die eine tierschutzgerechte Haltung der Tiere gewähren.

Abschließend sei zum Tierhandel gesagt: Solange das TSchG keine Ausbildung und keinen qualifizierten Nachweis für Tierhändler oder Inhaber von Tierhandlungen verlangt, - und dies ist leider auch im neuen TSchG der Fall - bedürfen Tierhandlungen und Händlerställe einer strengen Überwachung, um wenigstens der Tierquälerei so weit als möglich entgegenzutreten.

4.3. Töten von Tieren

Unter diesem Punkt sind 11 Fälle aufgeführt (10 Hunde und 1 Katze), die einen Einblick geben, aus welchen Gründen Tiere getötet werden sollen und getötet werden (hier ist die Tötung von Tieren zur Ernährung des Menschen ausgenommen).

Als 1. Grund ist hier der Wunsch zu nennen, sich des inzwischen unbequem gewordenen Tieres durch Tötung zu entledigen. Hierzu 5 Beispiele: Ein 1jähriger Schäferhund (Nr. 35), der, in der Erziehung vernachlässigt, streunte und fremde Kinder biß, die auf den Hof kamen; eine 4jährige Jagdhündin (Nr. 36), die sich bei der Jagdprüfung als untauglich erwies und daher einem "tauglichen" Jagdhund weichen mußte; ein 3 Monate alter Dackel (Nr. 37), dessen Anwesenheit der Besitzerin zuwider war, da das Tier an einem mit Juckreiz verbundenem Ekzem litt; eine 4jährige Katze (Nr. 38), die das 4jährige Kind der Familie gebissen hatte und es auch weiterhin anzugreifen drohte.

Hier ist auch das bereits erwähnte Haflingerfohlen (Nr. 48) einzureihen, das auf Grund von Fohlenlähme geschlachtet werden sollte, um die Tierarztkosten zu sparen.

Während bei Schäferhund, Jagdhund und Katze der Tötungswunsch direkt an den Tierarzt herangetragen wurde, drohte die Be-

sitzerin des Dackels ihren Hund selbst zu töten, falls der Tierarzt ihn nicht sofort in stationäre Behandlung nehmen würde. Daraufhin kam der Hund sofort in stationäre Behandlung und wartete anschließend 6 Monate vergebens in seiner Box auf die Abholung durch seine Besitzerin. Diese meldete sich trotz Mahnungen nie mehr. Es handelte sich hier um eine offensichtliche Entledigung.

Den 5 Fällen ist gemeinsam, daß sich der jeweilige Besitzer seines Tieres durch Tötung entledigen wollte. Da aber der nach dem TSchG geforderte "vernünftige Grund" zur Tötung nicht vorlag, lehnte der Tierarzt die Tötung, im Falle des Fohlens die Schlachtung ab.

Als triftige Gründe zur Tötung, entweder auf Wunsch des Besitzers oder sogar auf Anraten des Tierarztes (medizinische Indikation), sind zu nennen: Unheilbar kranke, alte und böseartige Tiere. 6 Fälle sind hier beispielgebend: Ein adipöser Rauhaardackel (Nr. 29), der einen 3. Dackellähmeanfall innerhalb 8 Monaten hatte, mit starken Schmerzen zum Tierarzt gebracht wurde und dessen Besitzerin jeden weiteren Behandlungsversuch ablehnte; ein junger Dalmatinerbastard (Nr. 40), der nach langer Behandlung mit stationärem Aufenthalt geheilt erschien, aber 3 Monate nach der Entlassung erneut an Demodikose erkrankte; eine 1jährige Apenzeller Sennenhündin (Nr. 41), die an einer chronischen Myositis eosinophila litt und in kurzen Abständen immer wieder Rezidive zeigte. An dieser Stelle sind auch die bereits erwähnten Warmblutstuten (Nr. 10) und das Pony (Nr. 11) nocheinmal aufzuführen, die wegen völliger Verformung der Hufe getötet werden mußten und eine unheilbar erkrankte Kuh (Nr. 47) mit hochgradigen Schmerzen.

Die oben genannten Tiere wurden auf Grund schlechter Prognose unheilbarer Erkrankungen vom Tierarzt getötet.

An 2 weiteren Hunden, ein 16jähriger Dackel (Nr. 42) und ein 12jähriger Pudel (Nr. 43), wurde die Euthanasie wegen Alterserscheinungen durchgeführt, da ein Weiterleben nur mit nicht behebbaren Leiden verbunden gewesen wäre. Schließlich folgt ein Schäferhund - Dobermannbastard (Nr. 44), der auf Grund von Böseartigkeit gegen die Familie getötet wurde. Als letzter Fall ist ein Pudelbastardwelp (Nr. 45) zu nen-

nen, dessen Wurfgeschwister von ihrem Besitzer "erschlagen" worden waren. Dabei entging dieser Welpen der Tötungsaktion, weil ihn ein Tierfreund gerade noch rechtzeitig entdeckte und mit nach Hause nahm. Die Welpen waren unerwünscht und ungewollt gewesen und wurden, ohne den Versuch gemacht zu haben, sie im Alter von etwa 12 Wochen (und nicht schon mit 6 Wochen!) an andere Personen abzugeben, vom Besitzer der Hündin getötet. Die besprochenen Fälle, unter dem Punkt "Töten von Tieren" zeigen, daß Tiere aus Gründen der Unbequemlichkeit, aus Überdruß an einem Tier, aus Kostenersparnis, wegen unheilbarer Erkrankungen, Altersschwäche und Bössigkeit getötet werden oder werden sollen. Allerdings ist der Tötungswunsch des Besitzers für den Tierarzt keineswegs ein Grund zur Tötung, denn nach dem TSchG darf die Tötung nur aus einem vernünftigen Grund vorgenommen werden. Hierüber hat also allein der Tierarzt zu entscheiden; er trägt die volle Verantwortung für den Tötungsgrund. "... Beweispflichtig für das Vorliegen eines rechtfertigenden Grundes ist der Tötende, also der Tierarzt; er kann sich im Zweifelsfall nicht dadurch exkulpieren, daß er auf den erklärten Wunsch des Tiereigentümers verweist.." (Schultze-Petzold 78).

Schultze-Petzold (78) weist in seinem Bericht auf 2 weitere Probleme hin, die in ähnlicher Form auch in 3 Fällen dieser Arbeit enthalten sind: Wie soll sich der Tierarzt verhalten, wenn der Besitzer mit Aussetzen des Tieres droht, falls der Tierarzt die Tötung ablehnt, und darf der Tierarzt die Tötung bei Tieren vornehmen, die, aus welchen Gründen auch immer, in einem Tierheim unverkäuflich bleiben?

Hierzu die 3 Fälle: Der Langhaardackel (Nr. 37), der sofort in stationäre Behandlung genommen wurde, weil die Besitzerin androhte, das Tier eigenhändig zu töten; die Katze (Nr. 38), die die Besitzerin unter keinen Umständen mehr aus dem Behandlungszimmer mitnehmen wollte, um sie auf Rat des Tierarztes in ein Tierheim zu bringen; der Schäferhund - Dobermannbastard (Nr. 44), der aus dem Tierheim stammte, einen Menschen akzeptierte und die anderen Familienmitglieder biß. In den ersten beiden Fällen war wirklich zu vermuten, daß an den Tieren, im Falle der Abweisung der Aufnahme durch den Tierarzt, tierschutzwidrige Handlungen in Form von Tötung oder Aussetzen begangen worden wären. Schultze-Petzold (78)

erklärt, daß die Drohung des Besitzers, falls der Tierarzt die Tötung ablehnt, seinen Hund auszusetzen, eigentlich kein Problem ist, da ein solcher Hund, zumindest im Bereich der BRD, sehr schnell aufgegriffen und in ein Tierheim eingeliefert wird. "... Die dem Hund zugefügte Beeinträchtigung durch das Aussetzen ist in aller Regel weitaus geringer als bei einer Tötung ..." (es ist die Tötung durch den Tierarzt gemeint). Das Aussetzen eines Tieres wird nach § 18, (2), 4. TSchG bestraft, der Besitzer verstößt also gegen das Gesetz. Dagegen ist Wirbeltiertötung ohne vernünftigen Grund, kriminelles Unrecht. Der Tierarzt macht sich also strafbar, wenn er infolge der Drohung durch den Besitzer das Tier töten würde. Aber wann kann der Tierarzt sicher sein, ob der Besitzer das Tier "nur" aussetzt, oder schließlich doch eigenmächtig tötet? Im Zweifelsfall sollte man sich als Tierarzt immer zu Gunsten des Tieres entscheiden und, wie in den beiden Fällen demonstriert, das Tier aufnehmen und z.B. an ein Tierheim weiterleiten.

Als Beispiel für die Tötung eines Tierheimhundes steht der Fall des Schäferhund - Dobermannbastards (Nr. 44). Obwohl der Hund nicht mehr im Tierheim gehalten wurde (er stammte aber von dort), sondern in einer Familie, wäre es sein Schicksal gewesen, wieder in das Tierheim zurückzukommen und dort auf einen anderen Besitzer zu warten. Da der Hund aber wegen seiner Bissigkeit gefährlich war, ist kaum anzunehmen, daß er einen neuen Besitzer gefunden hätte (d.h. einen Herrn, der ihn auf Grund seiner Schärfe nicht an die Kette oder lebenslänglich in den Zwinger gesperrt hätte). Seine "Bösartigkeit" wäre durch einen erneuten Tierheimaufenthalt, Besitzer- und Umgebungswechsel wohl nicht gemildert worden. Man kann unterstellen, daß der Tierarzt den Hund, nach Ablauf einer bestimmten Frist, im Tierheim getötet hätte. Dazu sagt Schultze-Petzold (78): "... Die Verweildauer in einem Tierheim kann daher notwendigerweise nur befristet sein, weil sowohl finanzielle Möglichkeiten wie das tatsächliche Raumangebot natürliche Grenzen setzen. In solchen Fällen wird es gerechtfertigt sein, ein Tier, sofern eine andere Verbringung bzw. Nutzung nicht möglich ist, nach einer bestimmten Frist zu töten, um Platz für andere Tiere zu schaffen. Die Linderung der Notlage unbestimmt vieler Tiere, deren konkrete

Zahl im Augenblick der Tötung nicht feststehen braucht, ist danach höher zu bewerten als die Erhaltung des Lebens eines Tieres, das für einen bestimmten Zeitraum den besonderen Schutz im Tierheim erfahren hat und aus welchen Gründen auch immer dort zu einem 'Dauergast' zu werden droht ...".

Abschließend sei zum Thema "Töten von Tieren" gesagt: Jeder, der sich ein Tier anschafft, muß sich darüber im Klaren sein, daß er von diesem Zeitpunkt an die Verantwortung für das Leben und Wohlbefinden eines Lebewesens übernimmt, dessen man sich nicht gedankenlos entledigen kann, wie eines unbrauchbaren Stuhles oder alten Autos. Ihm muß bewußt sein, daß ihm ein Lebewesen anvertraut ist, das ein Recht auf Leben und Wohlbefinden hat - also nicht einfach durch Tötung abzuschaffen ist - ; das krank werden kann und unbequeme Alterserscheinungen wie der Mensch zeigt; das unter einem Besitzer- und Umgebungswechsel leidet.

Daher ist es die Pflicht eines jeden, sich vor Anschaffung eines Tieres darüber Gedanken zu machen, ob er ihm eine möglichst lebenslängliche tierschutzgerechte Haltung gewähren kann. Dies gilt besonders für jene Tierarten, die sich bestimmten Personen und einer bestimmten Umgebung eng anschließen (z.B. Hunde, Katzen, Pferde). Anschaffung eines Tieres heißt also: Verantwortlich sein für das Leben und Wohlbefinden des Tieres bis zu seinem Tode; heißt: Ehrfurcht vor seinem Leben; heißt: Entledigung nur im äußersten Notfall, wobei Sorge zu tragen ist, daß ihm bei Besitzerwechsel eine tierschutzgerechte Haltung gewährt wird; heißt: Schmerzlose Tötung, nur zur Sicherstellung der Ernährung des Menschen und der Tiere; wenn sein Leben nicht mehr lebenswert ist (z.B. unheilbare Erkrankung, die ihm Leiden und Schmerzen bereitet); wenn der Tierarzt aus tierschützerischen Gründen eine Tötung bejaht.

Es gehört zu den Aufgaben des Tierarztes, den Tierbesitzer auf all diese Probleme hinzuweisen.

4.4. Der Tierarzt als Tierschützer

Am Ende aller besprochenen 48 Patientenfälle steht der Tierarzt - als Therapeut, Beratender oder die Tötung Ausführender - denn er allein ist dazu berufen, Leiden und Krankhei-

ten der Tiere zu verhüten, zu lindern und zu heilen (Bundes-tierärzteordnung). Nach der Berufsordnung ist der Tierarzt "... der berufene Beschützer der Tiere".

Wie schon in der Einleitung erwähnt, sind hier die sog. "Tierschützer" und Berufsgruppen, wie Biologen und Verhaltensforscher anderer Ansicht. Weichert sieht in den Tierschutzverbänden die zuständigen Tierschützer und nur "... zum Teil ..." in den Tiermedizinern. Beissenhirtz (Bund gegen den Mißbrauch der Tiere) möchte als einzige fachwissenschaftliche Grundlage des neuen TSchG die moderne Tierpsychologie geltend machen: "... Da Tierschutz, Gesetzgeber und Justiz die Auffassung des Volkes zu vertreten haben, kann es daher in Tierschutzverfahren keine naturwissenschaftlichen, streng genommen auch keine tiermedizinischen, sondern - neben tierschutzethischen - nur tierpsychologische Beweisführung geben ... Beispiel: Zwar kann der Tierarzt durch Obduktionsbefund beweisen, daß ein Tier an den Folgen einer groben Mißhandlung starb. Veterinärmedizinisch kann er nicht beweisen, daß das betreffende Tier während der Mißhandlung Qual - Leiden, tierseelische Not - empfand...". Natürlich bedarf es gerade in den Fällen, in denen die Tierquälerei keineswegs offensichtlich ist, eines Beweises, daß das Tier unter Schmerzen litt. Aber ist denn dazu die Tiermedizin nicht fähig? Kann man denn den Tierarzt isoliert von Tierschutzvereinigungen, Biologen und Verhaltensforschern sehen? Besteht denn der Tierschutz darin, festzustellen, ob ein Tier leidet? Ist Tierschutz nicht auch Herausfinden und Abstellen der Ursachen und Mißstände, ein Verhindern von tierschutzwidrigen Handlungen, die zu Schmerzen, Leiden und Schäden führen? Und ist ein Tier zu Schaden gekommen - wer hilft letzten Endes, sein Wohlbefinden wieder herzustellen? Ist es nicht der Tierarzt, der seinen Beruf ganz in den Dienst des Tieres gestellt hat? Hier werden die "Tierschützer" sagen - dazu sind wir auch bereit, wir opfern sogar unsere Zeit unentgeltlich für das Wohlergehen der Tiere. Das ist richtig, nur liegt der Unterschied darin, daß der Tierarzt wissenschaftlich fundierten Tierschutz betreibt und nicht emotional, wie viele Tierschützer, sondern fachlich begründet handelt. Nach Barbrack geben sich zahlreiche Tierschützer der Vorstellung hin, "... Tierschutz sei vornehmlich eine Sache

des Gemüts, der Gesinnung und des fühlenden Herzens, weniger eine Angelegenheit der kühlen Vernunft und schon gar nicht des handwerklichen Könnens ...". Barbrack weist in seinem Artikel noch weiter auf die Problematik des sogenannten organisierten Tierschutzes hin: "... Es hat nicht jede Organisation umsichtige, sachverständige Persönlichkeiten, die sich ihrem Dienst widmen und sie zu Ansehen und Erfolg führen. Mißgriffe sind deshalb unvermeidlich. Wenn freilich die Konsequenzen nur in dem Verein, den die Verantwortung trifft, spürbar würden, so brauchte man hierwegen nicht viel Aufhebens machen; doch bedauerlicherweise leidet unter dem Versagen einer örtlichen Gruppe häufig genug das Gesamte... . Die gleichen Schwierigkeiten tauchen auf, wenn offensichtlich ungeeignete Personen in die Vereinsleitungen gewählt werden...". Unsachgemäße Verlautbarungen und Handlungen haben nachteilige Wirkungen auf den Gesamttierschutz. "... Man wird ihn einfach nicht mehr ernst nehmen...". Wenn diese Äußerungen von Barbrack auch aus dem Jahre 1958 stammen, also lange vor den Beratungen zum neuen Tierschutzgesetz, so sind sie heute noch gültig. Dem Wort Tierschutz haftet ein unangenehmer Beigeschmack an, der Belächeln und mitleidiges Kopfschütteln bei manchen Menschen auslöst. Das kommt eben daher, daß Tierschutz nicht vornehmlich eine Sache des Gemüts ist, sondern nur mit Vernunft, auf wissenschaftlicher Basis, vom Fachmann und unter dessen Anleitung durchgeführt werden kann. Dieser Fachmann ist, in Zusammenarbeit mit Biologen, Verhaltensforschern und Tierschutzorganisationen, der Tierarzt. Es ist verständlich, daß nicht die Tierärzte allein Tierschutz betreiben, sondern andere Fachrichtungen zu Rate ziehen. Dennoch haben sie auf Grund ihrer Ausbildung das umfassendste Wissen im Bezug auf Tiere und Tierschutz. Hier ist zu erwähnen, daß es die Spezialisierung, auf ein Fachgebiet und eine Tierart, in der Tiermedizin ebenso gibt, wie in anderen Wissenschaften und Berufen.

Der Tierarzt ist also nicht nur durch die Berufsordnung der berufene Beschützer der Tiere, sondern auf Grund seiner Ausbildung und Tätigkeit. Täglich wird er mit Tierschutzproblemen konfrontiert. Wie die gesammelten Fälle zeigen, ergibt sich ein großer Teil dieser Tierschutzprobleme aus der Un-

kenntnis des Besitzers gegenüber seinem Tier. Hier hat der Tierarzt die Aufgabe, beratend, aufklärend zu wirken und schließlich therapeutisch einzugreifen. Dabei wird ihm die Arbeit häufig durch die sog. "Erfahrungen" von Laien erschwert. Dritte Personen beeinflussen Tierbesitzer zu Ungunsten des Tieres, wie z.B. ein hustendes Pferd (Nr. 27) wie gewohnt weiter zu reiten oder einen Hund (Nr. 16) nicht gegen Staupe schutzimpfen zu lassen. Das Tier ist hier das leidtragende Wesen und der Tierarzt wird erst aufgesucht, wenn bereits Schmerzen, Leiden und Schäden entstanden sind. Um dies zu vermeiden, sollte der Besitzer nicht dritte Personen, sondern direkt den Fachmann, nämlich den Tierarzt befragen. Weitere Erschwernisse der tierschützerischen Tätigkeit des Tierarztes sind die zu früh abgebrochene oder die zu lange unterbrochene Heilbehandlung. So kann z.B. eine schwere Otitis bei einem Hund (Nr. 22) nach zweimaliger Behandlung nicht ausgeheilt, sondern nur gebessert sein. Trotz Hinweis zur notwendigen Nachbehandlung wurde das Tier nicht wieder vorgestellt.

Ein weiteres Tierschutzproblem in der tierärztlichen Praxis ist die Gefahr der Laienbehandlung. Diese tritt besonders in der Großtierpraxis in Erscheinung, da der Besitzer mehr Gelegenheit hat, den Tierarzt bei seiner Tätigkeit zu beobachten, z.B. bei Geburten, Klauenbehandlungen, Tympanie beim Rind u.a. . Der Bauer versucht eines Tages, das Kalb selbst zu entwickeln, eine Klauenbehandlung durchzuführen, oder hantiert mit Gartenschlauch und Trokar. In den meisten Fällen versucht der Besitzer hiermit die Tierarztkosten zu sparen. Hier trifft man auf das schwerwiegende Problem, das den tierärztlichen Beruf bei den "Tierschützern" und Tierbesitzern nicht uneingeschränkt als Tätigkeit auf rein tierschützerischer Basis betrachten läßt: Der Tierarzt verdient mit seinem Beruf seinen Lebensunterhalt. Seiner Tätigkeit haftet also immer der Beigeschmack wirtschaftlichen Denkens an. Dies hat seine Richtigkeit und wird anerkannt, wenn der Tierarzt z.B. zu einer Rindergeburt gerufen wird. Aber wie kann der Tierarzt den Besitzer davon überzeugen, daß er seinen noch gesunden Hund zu Gunsten des Tieres und nicht aus Gründen des tierärztlichen Verdienstes, schutzimpfen lassen soll?

Er kann die Impfung nicht erzwingen, sondern nur beratend an die Vernunft des Besitzers appellieren und ihn über die Folgen einer versäumten Impfung unterrichten.

Die Scheu vor den Unkosten durch die tierärztliche Tätigkeit wird besonders in den beiden Beispielen deutlich, in denen ein Fohlen (Nr. 48) an Fohlenlähme erkrankt, geschlachtet werden und eine Kuh (Nr. 47), an einer Phlegmone erkrankt, mit hochgradigen Schmerzen bei vollem Bewußtsein ohne Schmerzlinderung für unbestimmte Zeit auf die Tötung durch die TBA warten sollte. In beiden Fällen wollte der jeweilige Besitzer Unkosten vermeiden. Sie willigten erst in eine Behandlung ein, nachdem der Tierarzt versichert hatte, keine Kosten zu erheben (Kuh) oder diese so gering als möglich zu halten (Fohlen). Der Tierarzt führte schließlich die Behandlung demonstrativ aus tierschützerischen Gründen durch, wobei er den Besitzer auf das TSchG hinwies.

Die oben besprochenen Probleme, die den Tieren Schmerzen, Leiden und Schäden bereiten, werden in erster Linie vom Besitzer verursacht. Demgegenüber stehen die Probleme der tierärztlichen Tätigkeit, die allein den Tierarzt betreffen, nämlich ständig nach dem Grundsatz des TSchG, § 1, zu handeln: "Dieses Gesetz dient dem Schutz des Lebens und Wohlbefindens des Tieres. Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen".

Dieser Grundsatz kann nur erfüllt werden, wenn der Tierarzt durch den täglichen Umgang mit dem Tier und dessen Krankheiten nicht abstumpft; wenn er in der Gewissenhaftigkeit seiner Tätigkeit keinen Unterschied zwischen einem "edlen Pferd" und einem Mastschwein macht; wenn er eine Tötung nur nach tierschützerischen, tiermedizinisch fundierten Gründen und nicht auf den bloßen Wunsch des Besitzers durchführt; wenn er nicht nur die z.B. zu behandelnde Kuh sieht sondern sein Augenmerk allen Tieren des Stalles schenkt; wenn er jedes Tier soweit als möglich ohne Zufügung von unnötiger Angst und unnötigen Schmerzen behandelt, denn das Tier ist dem Schmerz "... ungehemmt durch den Verstand, hilfloser preisgegeben ...", als der Mensch. "... Zu dem Schmerz des Tieres gesellt sich in bemerkenswertem Ausmaß das Urgefühl der Angst, wenigstens bei den höheren Tieren... . Der Angst ist das Tier ebenso hilflos ausgeliefert, wie dem Schmerz. Solche Angsterlebnisse

werden zeitlebens nicht vergessen und können das Gesamtverhalten des Tieres völlig verändern. Das Anlegen eines Verbandes oder eine sonstige kleine schmerzlose Behandlung eines Tieres kann zu derartigen Angstvorstellungen mit wilden gefährlichen Abwehrbewegungen führen, sodaß sie höchst problematisch wird. Kleine schmerzhaft e Eingriffe ohne Betäubung lassen sich nach Seiferle am Menschen verantworten, am Tier aber mit seiner unbeherrschten Angst nicht... . Wenn wir also vom Schmerz und von der Angst der lebendigen Kreatur überzeugt sind und die Pflicht zu ihrer Beschützung empfinden, so freuen wir uns über die schmerz- und angstmildernden und verhütenden Narkosmethoden, die uns die jüngste Forschung in großem Maße anbietet..." (Westhues).

An dieser Stelle ist der § 5 (2), 1. TSchG zu erwähnen:

"... Eine Betäubung ist nicht erforderlich, 1. wenn bei vergleichbaren Eingriffen am Menschen eine Betäubung in der Regel unterbleibt...". Wie oben zitiert, lassen sich kleine schmerzhaft e Eingriffe ohne Betäubung am Menschen, jedoch nicht am Tier verantworten. Der Tierarzt sollte also in diesen Fällen bemüht sein, nicht nur nach § 5 (2) 1. TSchG sondern in erster Linie nach dem Grundsatz des TSchG (§ 1) zu handeln. Es ist also nicht allein ausschlaggebend, daß ein Tier behandelt wird, sondern auch wie der Tierarzt die Untersuchung und Behandlung durchführt. Es muß das Ziel eines jeden Tierarztes sein, bei seinen Patienten Vertrauen zu erwecken und unnötige Aufregung und Zwangsmaßnahmen zu vermeiden. Dies gilt allerdings nicht nur für Tierärzte, sondern für alle, die Tiere halten und betreuen. "... Oft fühlen die Tiere, daß der Arzt ihnen helfen will und trotz zeitweiliger Schmerzen entziehen sie ihm nicht ihr Vertrauen. Nach dem Eingriff sollte der Tierarzt bemüht sein, durch freundliches Zureden und Klopfen das Tier wieder zu beruhigen ..." (Cena). Das Verhalten des Tierarztes sollte also immer zu Gunsten des Tieres ausgerichtet sein und für die Beobachtenden als Vorbild dienen. Das gilt nicht nur für Untersuchung und Behandlung, sondern ebenso für die oftmals notwendige Tötung. Es ist nicht in erster Linie wichtig, daß, wie Cramon fordert, beim Hund in Anwesenheit des Besitzers eine ästhetische Tötung angezeigt ist, sondern es muß das Anliegen aller am

Tierschutz interessierten Kreise sein, die Tötung eines Tieres schmerzlos durchzuführen, d.h. eine Methode anzuwenden, die einen vollkommen qualfreien Tod gewährleistet. Als Beispiel soll die schmerzlose Tötung beim Hund durch die intravenöse Verabreichung eines Narkosemittels in Überdosierung durch den Tierarzt, genannt werden. Die tierschutzgerechte Tötung des Hundes ist mit dieser Methode gelöst (Ullrich 96). Eine solche schmerzlose Tötung ist gleichzeitig auch ästhetisch.

Dieses Bestreben des Tierarztes, den Grundsatz des Tierschutzes (§ 1) zu befolgen, muß auch als Rechtfertigung von Sterns (88) Kritik an der tierärztlichen Tätigkeit in Verbindung mit dem Pferdesport gegenübergestellt werden. "... Da der moderne Springsport von den Pferden indessen Leistungen verlangt, für die die Natur sie nicht geschaffen hat, ist es nur folgerichtig, daß die Veterinärmedizin, die eine allzeit willige Magd des extremen Sports zu sein scheint, nun schon an der Transplantation unverbrauchter Ersatzteil-Sehnen arbeitet, mit denen man begabte Springpferde über die Haltbarkeitsdauer ihrer natürlichen Anatomie hinaus noch ein paar weitere Jahre zum höheren Ruhm (und Geldverdienst) der Reiter auszubeuten gedenkt. Nervenschnitte und medizinische Bäder für beinkranke Pferde sind längst Bestandteil moderner Therapie ...". Von tierärztlicher Seite ist hier zu sagen: Tiermedizinisch steht fest, daß beinkranke Pferde, die u.a. durch operative Eingriffe behandelt wurden, im Springsport und zu besonderen Leistungen nicht mehr herangezogen werden dürfen. Da der Tierarzt bemüht ist, "... Leiden und Krankheiten der Tiere zu verhüten, zu lindern und zu heilen ..." (Bundestierärzteordnung), und ihr Leben zu erhalten, solange es nach tierschützerischen Maßstäben überhaupt möglich ist (Kraft 55), werden die Leiden, Krankheiten und Schmerzen dieser Tiere durch operative Eingriffe gelindert oder geheilt, um ihr Leben zu erhalten.

Der Tierarzt versucht also soweit als möglich das Wohlbefinden dieser Pferde wieder herzustellen - allerdings nicht, um ihre Gesundheit weiterhin zu Schanden reiten zu lassen. Unter diesen Gesichtspunkten ist Sterns (88) Kritik an den Sehnentransplantationen berechtigt. Jeder Tierarzt sollte es

ablehnen, ein Pferd auf diese Weise zu operieren, um seine Kräfte weiterhin ausbeutungsfähig zu machen. Allerdings kann der Tierarzt nicht die weitere Art der Verwendung operierter Tiere verhindern. Dies kann nur ein entsprechend streng gehandhabtes TSchG.

Hier ergibt sich ein anderes schwerwiegendes Problem. Inwieweit kann der Tierarzt Tierbesitzer aus seinem Klientel wegen Verstoß gegen das TSchG anzeigen? Der Tierarzt wird Anzeige erstatten, wenn es sich um uneinsichtige Besitzer handelt, die tierschutzwidrige Handlungen begangen haben und noch begehen oder weiterhin begehen werden, wie sie im 11. Abschnitt des TSchG "Straf- und Bußgeldvorschriften" aufgeführt sind. Allerdings wird der Tierarzt in diesem Fall z.B. nicht mehr in jenen Pferdestall gerufen werden, d.h. er schränkt dadurch seine Verdienstmöglichkeiten selbst ein. Als weitere Möglichkeit kommt die Benachrichtigung des Amtstierarztes in Frage, der dann eine Überwachung der betreffenden Tierhaltung durchführt und nötigenfalls Anzeige erstattet.

Im anderen Fall wird die Belehrung des Besitzers durch den Tierarzt genügen, weitere tierschutzwidrige Handlungen zu verhüten.

Bei diesem Problem kommt es nun allein auf die Einstellung und das Pflichtbewußtsein des Tierarztes gegenüber dem Tier an. Für jeden Tierarzt sollte daher Senecas Ausspruch gelten: Gewissen - sei die Richtschnur deines Handelns! Der Tierarzt, der sich wirklich dazu berufen fühlt, Tiere zu schützen, wird vor einer Anzeige nicht zurückschrecken, wenn dem Tier nur noch auf diese Weise geholfen werden kann.

Abschließend sei nochmals aus der Rede von Westhues zitiert: "... Viele Menschen bleiben lebenslänglich ohne Fühlung mit der Tierwelt, andere geben sich der Zuneigung zum Tier ganz hin, und es ist leicht zu sehen, daß intensive Tierliebe kein Erfordernis und kein Beweis unseres sittlichen Standes ist. Aber tierfremde wie tierverliebte Menschen sind nach Bernhart in der Regel nicht ganz in Ordnung; entweder sind sie abgelöst und fremd vom Elementaren, Natürlichen, Lebendigen oder sie sind abgekehrt von der Welt des Geistes oder im Zerwürfnis mit sich und der Menschheit überhaupt. Beide Arten, mit ihrer Zuneigung und Abkehr, machen sich über die

naturgegebene Zuordnung von Tier und Mensch keine oder keine rechte Vorstellung... . Dem Tier verfällt die an der Mitwelt brüchig gewordene Menschenseele, wie auch eine erfolglos gebliebene Herrschsucht, die in der folgsamen Kreatur eine Art Erfüllung genießt...". Der Tierarzt, dem diese Probleme immer gegenwärtig sein müssen, darf daher seine Aufmerksamkeit nie allein dem Tier widmen, sondern auch den betreuenden Personen. Aus ihrer Einstellung zum Tier kann er oftmals die Ursachen tierschutzwidriger Handlungen und Möglichkeiten zu deren Verhindern und Abstellen ersehen. Hier wird er dem Menschen begegnen, der an seinem Tier hängt, wie an einem Freund oder gar Kind und demjenigen, der Tiere nur hält, um sie zu nutzen. Am Ende steht der Zwiespalt - der ideelle Wert des Luxustieres und der materielle Wert des Nutztieres, den der Tierarzt nach bestem Wissen und Gewissen lösen muß. Vor allen Dingen ist es seine Aufgabe, die Menschen davon zu überzeugen, daß der Tierarzt dazu da ist, das Wohlbefinden und das Leben der Tiere, so lange es nach tierschützerischen Maßstäben überhaupt möglich ist, zu erhalten und diesen Gedanken des Tierschutzes auch demjenigen zu übermitteln, der Tiere hält, betreut oder zu betreuen hat. Vielleicht würde dann dem Tierschutz mehr Anerkennung und Ernst, und dem Beruf des Tierarztes mehr Verständnis entgegengebracht werden, als aus dem Spruch einer Tölzer Motivtafel hervorgeht:

" O, heiliger Sankt Leonhard
schau gnädig ro auf unsre Fahrt
und gib, daß wir durch unser Fahrn
den teuren Viechdokta dasparn! "

5 ZUSAMMENFASSUNG

An 48 willkürlich ausgewählten Patientenfällen (21 Hunde, 4 Katzen, 4 Rinder, 19 Pferde) werden tierschutzwidrige Handlungen nachgewiesen und die sich daraus ergebende aktive Tierschutzarbeit des praktischen Tierarztes dargelegt. Dabei werden besonders die Tierschutzprobleme der Tierhaltung, des Tierhandels, der Entledigung und Tötung von Tieren angesprochen.

Auf Grund dieser Patientenfälle kann man sagen, daß die tierschutzwidrigen Handlungen in der Mehrzahl nicht einer gefühllosen Gesinnung, sondern vielmehr der völligen Unkenntnis derjenigen Personen entspringen, die Tiere halten, betreuen oder zu betreuen haben (TSchG vom 23. Juli 1972).

Diese Unkenntnis zeigt sich besonders in der Tierhaltung: Im unsachgemäßen Umgang mit den Tieren, da das wirkliche Verständnis für die jeweilige Tierart und ihre Verhaltensweisen fehlt; in falscher Fütterung; in vernachlässigter Gesundheitsfürsorge; in verspäteter oder unterlassener Heilbehandlung; in der eigenmächtigen Laienbehandlung.

Die Tierschutzprobleme des Tierhandels beruhen dagegen nicht nur auf der Unkenntnis sondern auch auf einer gefühllosen Gesinnung, da das Tier als reine Handelsware mit materiellem Wert betrachtet wird. Es finden besonders Tierhandlungen Erwähnung, die wissentlich kranke Tiere unbehandelt verkaufen. Was die Entledigung und das Töten von Tieren betrifft, lag der vom TSchG geforderte "vernünftige Grund" zur Tötung nicht in allen Fällen vor; es handelte sich bei einigen Patienten nur um den Wunsch des Besitzers, sich des Tieres durch Tötung zu entledigen. Dies ist nach dem TSchG nicht erlaubt. Dagegen ist das Töten von Tieren "aus tierschützerischen Gründen" und auf Grund "tierärztlicher Indikation" vertretbar. Z.B. werden Tiere getötet, deren Weiterleben mit nicht behebbar Schmerzen und Leiden verbunden ist; die auf Grund von Bösartigkeit allgemeingefährlich sind; die von ihrem Besitzer aus triftigen Gründen nicht mehr gehalten werden können, keinen anderen Besitzer finden und selbst vom Tierheim abgelehnt werden.

Schließlich findet noch das Töten von Jungtieren, speziell von Hundewelpen, Erwähnung. Wie bei jeder Wirbeltiertötung

muß auch hier ein "vernünftiger Grund" vorliegen, d.h. eine Tötung ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie der Sachverständige - im allgemeinen der Tierarzt - in voller Verantwortung vor dem Gesetz für erforderlich hält. Dabei wird ausdrücklich erwähnt, daß die Person, die die Tötung durchführt, für das Vorliegen eines rechtfertigenden Grundes beweispflichtig ist - also auch der Tierarzt. Daher wird der Tierarzt und nicht der Besitzer bei Verstoß gegen das TSchG im Falle der Tötung, nach § 17 (1) bestraft.

Die Tierschutzarbeit des Tierarztes besteht darin, Leiden und Krankheiten der Tiere zu verhüten, zu lindern und zu heilen. D.h. mit Abstellen der Ursachen, die zu tierschutzwidrigen Handlungen führen, Beseitigung deren Folgen und Beratung, sowie Belehrung des Besitzers, diesen tierschutzwidrigen Handlungen entgegenzuwirken.

6 SUMMARY

Cruel treatment of animals could be demonstrated in 48 arbitrarily chosen clinical cases (21 dogs, 4 cats, 4 cattle, 19 horses) and the need for active participation of the veterinary practitioner in the protection of animals is stressed. The problems of animal protection associated with the possession of animals, trade in animals, disposal and destruction of animals are discussed in detail. On the basis of these cases it can be said that the majority of cruel acts do not arise from a callous mentality but rather from complete ignorance on the part of the persons responsible for the care of the animals (in the sense of the German Bill for the Prevention of Cruelty to Animals of July 23, 1972; in the following, this bill will be referred to as BPCA).

This ignorance is especially evident in private animal owners in that they deal with their animals in an inadequate way as they lack a genuine understanding for the animal species involved and its specific behaviour. Feeding errors, neglected health care, belated or omitted therapeutic treatment, and unauthorized lay treatment are further examples.

By contrast, cruel treatment of trade animals is due not only to ignorance but also to a callous mentality, as the animals are regarded as merchandise with merely material value. Pet shops are mentioned that knowingly sell diseased animals.

As far as the disposal and destruction of animals are concerned the "sensible reason" called for by the BPCA did not exist in all of the cases studied; sometimes it was only the wish of the owner to get rid of the animal by euthanasia.

This is not permitted by the new BPCA. By comparison, it is acceptable to destroy animals in order to prevent suffering, and on the basis of veterinary indication, e.g. animals the survival of which would be associated with incurable pain, aggressive animals that constitute a danger to the public, animals that can no longer be kept by their owners for good reasons, if no other owner can be found and if they are rejected even by animal homes.

Finally the destruction of neonate animals - especially pups - is discussed. Like any destruction of a vertebrate animal, this act requires an "acceptable sensible reason", that is

euthanasia is only justified if an expert (generally, a veterinarian), in full responsibility before the law, considers it to be necessary. It is mentioned expressively that the burden of proof of a sensible reason for the destruction rests with the person who performs the euthanasia - this includes the veterinarian. Thus if an animal is destroyed under circumstances violating the provisions of the BPCA, § 17 (1) of the bill calls for punishment of the veterinarian, not of the owner.

The part of the veterinarian in animal protection consists of prevention, relief and cure of suffering and diseases of animals, i.e. correction of conditions that lead to cruel treatment of animals, elimination of its consequences, and consultation and instruction of owners.

7 LITERATURVERZEICHNIS

1. - Amtliche Begründung zum TSchG.
in: Schultze - Petzold, H.: Aktuelle
Fragen der tierschutzrechtlichen
Kasuistik.
Dtsch. Tierärztl. Wschr. 81 519-
521 u. 541-146 (1976)
2. Baier, W. u.
Walser, K. Haftpflicht und Gewährrschaft im
Fortpflanzungsgeschehen der Haus-
tiere.
Parey, Berlin 1968
3. Barbrack, K. Bedeutung und Problematik des orga-
nisierten Tierschutzes.
Das Recht der Tiere (1958) Heft 1/2,
8 - 10
4. Beissenhirtz, W. Tierschutz und Versuche am lebenden
Tier.
in: Gerold, H.: Tierschutz.
Athenäum, Frankfurt a.M. 1972
5. Bernhart, - in: Westhues, M.: Über den Schmerz
der Tiere.
Münchener Universitätsreden. Hueber,
München 1955, Heft 12
6. - Berufsordnung der Deutschen Tierärz-
teschaft.
in: Die Deutsche Tierärzteschaft:
Berufsbild Tierarzt.
Eberlein, Hannover 1975
7. Binding, R. Reitvorschrift für eine Geliebte.
Bertelsmann, München 1975
8. Biologische Bundesan- Allgemeine Vorsichtsmaßnahmen beim
stalt für Land- und Umgang mit Pflanzenschutzmitteln.
Forstwirtschaft Merkblatt Nr. 18/1, 1976
9. Blendinger, W. Psychologie und Verhaltensweisen
des Pferdes.
Hoffmann, Heidenheim 1971

10. Boch, J. u. Supperer, R. Veterinärmedizinische Parasitologie.
Parey, Berlin 1971
11. Böhm, A. Behandlung einer beidseitigen Metacarpusfraktur bei einem neugeborenen Kalb unter Praxisbedingungen.
Tierärztl. Umsch. 29 620-622 (1974)
12. Brunner, F. Der unverstandene Hund.
Neumann - Neudamm, Melsungen 1974
13. Brunner, F. in: Niemand, H.-G.: Hundehaltung aber wie?
Oertel & Spörer, Reutlingen 1974
14. BMELF-Informationsdienst Neues Tierschutzgesetz.
Dtsch, Tierärztebl. 20 298 (1972)
15. - Bundes-Tierärztleordnung vom 17.5. 1965.
in: Die Deutsche Tierärzteschaft: Berufsbild Tierarzt.
Eberlein, Hannover 1975
16. - Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)
Beck, München, 1975
17. Carding, T. Tierschutz in internationaler Sicht.
Information Deutscher Tierfreunde E.V. 15 Nr. 33/34, 17-20 (1975)
18. Cena, M. Die Ethologie der Nutztiere in der tierärztlichen Praxis.
tierärztl. prax. 1 391-396 (1973)
19. Clarke, E.G.C. and Clarke, M.L. Veterinary Toxicology.
Bailliere Tindall, London 1975
20. Columella in: Blendinger, W.: Psychologie und Verhaltensweisen des Pferdes.
Hoffmann, Heidenheim 1971
21. Cramón,-, von Bericht über die DVG-Tagung "Tierschutzrecht".
Dtsch. tierärztl. Wschr. 82 297-298 (1975)

22. - Der Neue Brockhaus.
Brockhaus, Leipzig 1942
23. - Der Neue Herder.
Herder, Freiburg 1968
24. Descartes in: Eberle; A.: Das Tier ist (k)eine Sache.
Tierärztl. Umsch. 29 33-38 (1974)
25. Deschambre, - in: Donath, W.F.: Hunde gesund ernährt.
Müller Rüschlikon, Zürich 1971
26. - Die Bibel
oder die ganze Heilige Schrift.
Nach der deutschen Übersetzung von Martin Luther
Württembergische Bibelanstalt, Stuttgart 1908
27. Donath, W.F. Hunde gesund ernährt.
Müller Rüschlikon, Zürich 1971
28. Eberle, A.: Das Tier ist (k)eine Sache.
Tierärztl. Umsch. 29 33-38 (1974)
29. Eckert,- in: Stoye, M.: Möglichkeiten und Grenzen der planmäßigen Parasitenbekämpfung beim Pferd.
Dtsch. Tierärztl. Wsch. 82 328-333 (1975)
30. Efkes, G. u. Probleme der Hundehaltung im Tierheim (Göttingen).
Bredow, C., von Schriftliche Mitteilung 1975
31. Eikmeier, H. Therapie innerer Krankheiten der Haustiere.
Enke, Stuttgart 1970
32. Ennulat, K. u. Das Tier im neuen Recht, Kommentar
Zoebe, G. Kohlhammer, Stuttgart 1972
33. Erk, E. in: Stern, H.: Sterns Bemerkungen über Pferde.
Kindler, München 1971

34. Ertl, J. in: Gerold, H.: Tierschutz.
Athenäum, Frankfurt a.M. 1972
35. Ewer, R.F. in: Leyhausen, P.: Verhaltensstudien an Katzen.
Parey, Berlin 1973
36. Fleischer, C. Tierschutz in Zoo- und Hundehaltungen.
Dtsch. Tierärztl. Wsch. 82 147-150 (1975)
37. Fröba, G. Behandlung der Gebärmutterperforation beim Rind bei der Geburt.
tierärztl. prax. 3 411-414 (1975)
38. Fröhner, E. u. Neumann-Kleinpaul, K. Lehrbuch der gerichtlichen Tierheilkunde.
u. Dobberstein, J. Parey, Berlin 1955
39. Gass, H. Seuchen- und parasitologische Probleme beim Kauf von Kleintieren aus dem Tierhandel.
Prakt. Tierarzt 13 513-516 (1972)
40. Grabert, W. u. Mulot, A. Geschichte der Deutschen Literatur
Bayerischer Schulbuch-Verlag, München 1966
41. Gerold, H. Tierschutz.
Athenäum, Frankfurt a.M. 1972
42. Giese, C. u. Kahler,- Tierschutzrecht.
Duncker & Humblot, Berlin 1951
43. Grünberger, K. Das neue Tierschutzrecht.
Dtsch. Tierärztl. Wschr. 80 55-59 (1973)
44. Grzimek, B. Warum töten Hunde Menschen?
Tier 14 Nr. 12, 3 (1974)
45. Guardini, R. in: Eberle, A.: Das Tier ist (k)eine Sache.
Tierärztl. Umsch. 29 33-38 (1974)
46. Hammanns,- in: Gerold, H.: Tierschutz.
Athenäum, Frankfurt a.M. 1972

47. Hauser,- Pro und Kontra bei der Wurfbeschränkung.
Prakt. Tierarzt 56 46 (1975)
48. Helfferich, B. u. Höchstmengen verschiedener Futtermittel für Pferde.
Gütte, J.O. in: Löwe, H. u. Meyer, H.: Pferdezucht und Pferdefütterung.
Ulmer, Stuttgart 1974
49. Hölzel, W. Der Traum vom eigenen Pferd.
Franckh, Stuttgart 1971
50. Hurtienne, H. Akute Atemwegserkrankungen des Pferdes.
Tierärztl. Umsch. 31 112-117 (1976)
51. Hurtienne, H. u. Beitrag zur Behandlung von Frakturen am Kopf des Pferdes.
Wissdorf, H. Dtsch. Tierärztl. Wschr. 79 597-606 (1972)
52. Kant, I. in: Eberle, A.: Das Tier ist (k)eine Sache.
Tierärztl. Umsch. 29 33-38 (1974)
53. Kotter, L. Vom Recht des Tieres.
Information Deutscher Tierfreunde E.V. (1966) Nr. 18, 7-10
54. Kraft, H. Folgeerscheinungen nach Virusinfektionen der Luftwege beim Pferd.
Tierärztl. Umsch. 30 422-424 (1975)
55. Kraft, H. in: Gerold, H.: Tierschutz.
Athenäum, Frankfurt a.M. 1972
56. Lange, H.-E. Die Behandlung einer Griffelbeinfraktur unter Praxisbedingungen.
Tierärztl. Umsch. 29 280-281 (1974)
57. - Lebensmittelrecht.
Beck, München, 1974
58. Leyhausen, P. Verhaltensstudien an Katzen.
Parey, Berlin 1973

59. Lorz, A. Tierschutzgesetz, Kommentar
Beck, München 1973
60. Lorz, A. Tierschutz - Forschungspreise.
Information Deutscher Tierfreunde
E.V. 14 Nr. 32, 39-40 (1974)
61. Lorz, A. in: Fleischer, C.: Tierschutz in Zoo-
und Hundehandlungen.
Dtsch. Tierärztl. Wschr. 82 147-
150 (1975)
62. Löffler, - in: Gerold, H.: Tierschutz.
Athenäum, Frankfurt a.M. 1972
63. Löwe, H. u. Pferdezeitung und Pferdefütterung.
Meyer, H. Ulmer, Stuttgart 1974
64. Lyons, E.T. in: Stoye, M.: Möglichkeiten und
Grenzen der planmäßigen Parasitenbe-
kämpfung beim Pferd.
Dtsch. Tierärztl. Wschr. 82 328-
333 (1975)
65. Maurach, - in: Grünberger, K.: Das neue Tier-
schutzgesetz.
Dtsch. Tierärztl. Wschr. 80 55-59
(1973)
66. Meyer, W.M. in: Blendinger, W.: Psychologie und
Verhaltensweisen des Pferdes.
Hoffmann, Heidenheim 1971
67. Meyer Jones, L. Veterinary Pharmacology and Thera-
peutics.
Iowa State University Press, Ames,
Iowa, U.S.A. 1965
68. Munro, - in: Hauser, -: Pro und Kontra bei der
Wurfbeschränkung.
Prakt. Tierarzt 56 46 (1975)
69. Niemand, H.G. Hundehaltung aber wie?
Oertel & Spörer, Reutlingen 1974
70. Niemand, H.G. Praktikum der Hundeklinik.
Parey, Berlin 1974

71. Pick, M. Aus dem Tagebuch eines Tierarztes.
St.Georg 76 Nr. 6, 39 (1975)
72. Pick, M. Aus dem Tagebuch eines Tierarztes.
St. Georg 76 Nr. 11, 50-51 (1975)
73. Pommery, J. Geld verdienen mit Tieren.
Econ, Düsseldorf 1973
74. Radwilla,- u. in: Wintzer,H.-J. et al.: Zur Tetaprophyllaxe beim Pferd.
Löhrer, - Berl. Münch. Tierärztl. Wschr. 88
181-183 (1975)
75. Ruppert, E. Tierarzt und Tierschutz.
Prakt. Tierarzt 54 512-514 (1973)
76. Ruthe, H. Der Huf
Fischer, Jena 1969
77. Schäfer, M. Das Pferd mein Hobby.
Nymphenburger, München 1970
78. Schultze-Petzold,H. Aktuelle Fragen der tierschutzrechtlichen Kasuistik.
Dtsch. Tierärztl. Wschr. 81 519-521 u. 541-546 (1974)
79. Schultze-Petzold,H. Zur Tötung sog. überzähliger Welpen aus der Sicht des Tierschutzgesetzes vom 24. Juli 1972.
Prakt. Tierarzt 55 269-270 (1974)
80. Schütz, H.-R. Tierschutzgesetz vom 24. Juli 1972 und Aufzuchtbeschränkungen bei Rassehunden.
Prakt. Tierarzt 56 358-360 (1975)
81. Seiferle, E. in: Westhues, M.: Über den Schmerz der Tiere.
Münchener Universitätsreden
Hueber, München 1955, Heft 12
82. Siegmund, O.H. The Merck Veterinary Manual.
Merck & Co. INC. Rayway, J.J., U.S.A.
1973

83. Silbersiepe, E. Lehrbuch der Speziellen
 Berge, E. Chirurgie.
 Müller, H. Enke, Stuttgart 1965
84. Spinoza in: Eberle, A.: Das Tier ist (k)eine
 Sache.
 Tierärztl. Umsch. 29 33-38 (1974)
85. Stede, M. Der Zustand des Pferdehufes als ein
 Kriterium für eine tierschutzgerechte
 Pferdehaltung.
 Dtsch. Tierärztl. Wschr. 83 345-
 346 (1976)
86. Stephanitz, H., von in: Fleischer, C.: Tierschutz in
 Zoo- und Hundehandlungen.
 Dtsch. Tierärztl. Wschr. 82 147-
 150 (1975)
87. Stephanitz, R., von in: Trumler, E.: Hunde ernst genom-
 men.
 Piper & Co., München 1974
88. Stern, H. Sterns Bemerkungen über Pferde.
 Kindler, München 1971
89. Stern, H. in: Fleischer, C.: Tierschutz in
 Zoo- und Hundehandlungen.
 Dtsch. Tierärztl. Wschr. 82 147-
 150 (1975)
90. Stolting, H. u. Das Tier im Recht.
 Zoebe, G. Limpert, Frankfurt a.M. 1962
91. Stoye, M. Möglichkeiten und Grenzen der plan-
 mäßigen Parasitenbekämpfung beim
 Pferd.
 Dtsch. Tierärztl. Wschr. 82 328-
 333 (1975)
92. Tegge, G. Zur Anwendung des Tierschutzgesetzes
 vom 23. Juli 1972
 Prakt. Tierarzt 56 360-366 (1975)
93. - Tierschutzgesetz
 Sonderdruck aus BGBl. Teil I Nr. 74
 vom 29. Juli 1972

94. Trumler, E. Hunde ernst genommen.
Piper & Co., München 1974
95. Trumler, E. in: Hauser,-: Pro und Kontra bei
der Wurfbeschränkung.
Prakt. Tierarzt 56 46 (1975)
96. Ullrich, K. Die schmerzlose Tötung von Tieren.
Das Recht der Tiere (1959) Heft 1/2,
14-16
97. Ullrich, K. Grundriß der Speziellen Pathologie
und Therapie der Haustiere.
Enke, Stuttgart 1966
98. Uppenborn, W. Pferdezucht und Pferdehaltung.
Bintz-Dohany, Offenbach a.M. 1970
99. - Verordnung über das Halten von Hun-
den im Freien vom 6. Juni 1974
Dtsch. Tierärztebl. 22 473-475 (1974)
100. Vit,- in: Gerold, H.: Tierschutz.
Athenäum Frankfurt a.M. 1972
101. Volckart, W. Atlasfraktur bei einem Fohlen als
Folge unsachgemäßer Gewöhnung an das
Halfter.
Dtsch. Tierärztl. Wschr. 79 323
(1972)
102. Wegener,- in: Hauser,-: Pro und Kontra bei der
Wurfbeschränkung.
Prakt. Tierarzt 56 46 (1975)
103. Weichert, H.-J. in: Gerold, H.: Tierschutz.
Athenäum, Frankfurt a.M. 1972
104. Westhues, M. Über den Schmerz der Tiere.
Münchener Universitätsreden
Hueber, München 1955, Heft 12
105. Wintzer, H.-J. u. Zur Tetanusprophylaxe beim Pferd.
Körber, H.-D. u. Berl.Münch. Tierärztl. Wschr. 88
Holland, U. 181-183 (1975)
106. Wolff, A. Veterinärvorschriften in Bayern.
Rehm KG, München 1968

107. Wolff, R. Katzen.
Ulmer, Stuttgart 1974
108. Wolter, R. Höchstmengen verschiedener Futter-
mittel für Pferde.
in: Löwe, H. u. Meyer, H.: Pferde-
zucht und Pferdefütterung.
Ulmer, Stuttgart 1974
109. Xenophon Über die Reitkunst.
Hoffmann, Heidenheim 1962
110. Zeeb, K. in: Stern, H.: Sterns Bemerkungen
über Pferde.
Kindler, München 1971
111. Zeller, R. Pferdekrankheiten
in: Löwe, H. u. Meyer, H.: Pferde-
zucht und Pferdefütterung.
Ulmer, Stuttgart 1974
112. Zeller, R. in: Wintzer, H.-J. et al.: Zur Teta-
nusprophylaxe beim Pferd.
Berl. Münch. Tierärztl. Wschr. 88
181-183 (1975)

DANKSAGUNG

Für die Überlassung des Arbeitsplatzes möchte ich dem Kommissarischen Vorstand des Lehrstuhls für Innere Krankheiten des Pferdes und der Fleischfresser und für Gerichtliche Tiermedizin, Herrn Prof. Dr. G. Dirksen sehr herzlich danken.

Ganz besonders danken möchte ich Herrn Prof. Dr. H. Kraft für die Überlassung des Themas und für die allzeit hilfsbereite Unterstützung bei der Anfertigung meiner Arbeit.

LEBENS LAUF

Am 10. Januar 1950 wurde ich, Gunhild Muntau, als Kind des Dipl.-Berg.-Ing. Gottfried Muntau und seiner Ehefrau Ilse Muntau, geb. Keller, in Celle geboren.

1956 trat ich in die Volksschule in Wietze/ Kreis Celle ein.

1958 wurde unsere Familie nach Berg/ Kreis Starnberg versetzt, wo ich die Volksschule in Aufkirchen besuchte. 1960 trat ich in das private math.-nat. Gymnasium Schier in Berg ein. Von dort wechselte ich 1966 an das staatliche Gymnasium in Starnberg über, wo ich 1969 die Reifeprüfung ablegte.

Seit 1966 ist unsere Familie in Aufhausen/ Kreis Starnberg wohnhaft.

Im Wintersemester 1969 begann ich mit dem Studium der Tiermedizin an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Hier legte ich im November 1974 die Tierärztliche Prüfung ab. Meine Approbation als Tierärztin erhielt ich am 7. Januar 1975.

